

LandInForm

Magazin für Ländliche Räume

AUSGABE 2.19

Sommerfrische Schwarzatal _ 38

Innovatives Schlachten _ 40

Den ländlichen Osten aufgeben? _ 44

Zusammen
geht's besser

Bürger und Kommune

Inhalt



Seite 38 __
Sommerfrische Schwarzatal



Seite 40 __
Innovativ schlachten: Extrawurst



Seite 44 __
Den ländlichen Osten aufgeben?

Für das Netzwerk

INSIDE

- 05** __ DVS-Newsletter
- 05** __ Kooperationsgesuche
- 05** __ Landwirte gesucht

DAS WAR

- 06** __ Kirche und LEADER
- 06** __ LEADER: einfacher in Gegenwart und Zukunft?
- 07** __ Zusammenarbeit für die Agrarumwelt
- 07** __ Stallbau und Tierwohl
- 08** __ EIP in motion

DAS KOMMT

- 09** __ Schichtwechsel in Braunkohlerevieren
- 09** __ Gemeinsam regionale Demokratie stärken
- 09** __ LEADER für internationale Gäste

Im Fokus

EINFÜHRUNG

- 10** __ INTRO

KOMMUNALE ROLLEN

- 12** __ Bürger, Kommunen und Verwaltung: neue Perspektiven?
- 14** __ Bürger beteiligen!
- 15** __ Bürgerkredite für Kommunen
- 16** __ Größe allein ist nicht alles
- 17** __ Gebietsreformen zerschlagen das Ehrenamt – Interview

WENN BÜRGER MITMISCHEN

- 18** __ Lokale Räte, interkommunales Konzept
- 20** __ Kommunikation und Selbstbestimmung
- 22** __ Wir reden hier über Geld
- 24** __ Auf Augenhöhe
- 27** __ Die Zukunft malen
- 28** __ Zusammenarbeit dank Mitmachamt
- 30** __ Neue Region: das Ruhner Land
- 33** __ Vorbild Schweiz? – Interview



ab Seite 10 __

Im Fokus:

Viele aktuelle Probleme wie der demografische Wandel sind komplex: Um sie zu lösen, gilt es, unterschiedliche Sichtweisen und Kenntnisse zu berücksichtigen. Häufig arbeiten dazu Kommunen und Bürger zusammen. Wie gelingt das? Und was braucht es dazu?

Aus der Praxis

- 34 __ Vor dem Hauptfilm
- 35 __ Zwölf Minuten Licht
- 36 __ Mobile Demenz- und Sozialberatung
- 38 __ **Mehr als ein Urlaubsgefühl**
Das Schwarzwald in der thüringischen LEADER-Region Saalfeld-Rudolstadt erhält die ortsbildprägende Sommerfrische-Architektur und stärkt damit die Identität der Menschen in der Region.

Forschung trifft Praxis

- 40 __ **Extrawurst: Stressfrei schlachten**
Das EIP-Projekt „Innovative Schlachtverfahren“ erprobt, welche Fortschritte ein Schlachtmobil für die tiergerechtere Schlachtung, die Fleischqualität und den Arbeitsschutz bringen könnte.

Prozesse und Methoden

- 42 __ Schwarmintelligenz für gute Projektanträge

Perspektiven

POLITIK UND GESELLSCHAFT

- 44 __ **Den ländlichen Osten aufgeben? – Zwei Interviews**
Das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle empfiehlt in seiner Studie „Vereintes Land – drei Jahrzehnte nach dem Mauerfall“, die ostdeutsche ländliche Wirtschaft nicht länger zu fördern. Wie ökonomisch wäre das – und wie sozial?
- 46 __ Mehr Umweltschutz durch Digital Farming? – Interview

PARTNER UND EXPERTEN

- 48 __ Von Landengeln und Dorfkümmerern

BILDUNG UND FORSCHUNG

- 50 __ Raus aus der Fläche, rein ins Netz?
- 52 __ Ökonomie versus Gemeinwohl? – Interview

Service

- 53 __ Die Position
- 54 __ angelesen
- 55 __ angekündigt
- 56 __ Termine



Liebe Leserinnen und Leser,

aktive Bürger haben meist viele Hüte auf. Wo Nachbarschaftshilfe geleistet wird, freiwillige Feuerwehr, Sportverein und Festkomitees vom selben Personenkreis getragen werden, wollen viele Menschen nicht noch mehr schultern. Die Selbstorganisation im Dorf hat also Grenzen und funktioniert nur dort, wo einigermaßen stabile Verhältnisse den Rahmen bilden. Menschen in stark von Abwanderung betroffenen und wirtschaftsschwachen Regionen haben weniger Möglichkeiten. Wenn sich dort Gruppen organisieren, kann sich ihr Engagement auch gegen die Situation in ihrer Region richten. Die Politik spricht trotzdem auch dann noch gerne vom umtriebigen und pflichtbewussten Ehrenamt – eine Sichtweise, die für die Leute vor Ort unglaublich wirkt.

Dorfakteure, die unsere Veranstaltungen besuchen, nennen vor allem in Abwanderungsgebieten Problemfelder, die auch dieses Heft aufgreift: „Übersetzt“ sind das mangelnde Finanzausstattung und geringe finanzielle Freiräume für bürgerwirksame Projekte, wenig Mitsprache bei der Gestaltung des direkten Lebensumfelds, da politische Entscheidungen weiter weg getroffen werden und zu „ertragen“ sind. Das schwächt auch die Bereitschaft der Bürger, für ihren Ort einzustehen.

In den vergangenen Jahren sind viele neue Themenfelder wie die Energiewende und Projekte zur Integration hinzugekommen: Die potenziellen „Engagementfelder“ werden dadurch umfangreicher, haben Bezüge zueinander, schaffen aber auch Konflikte. Auch für neue Mitmachformate wie Bürgerkredite, Ortsteil- oder Regionalbudgets muss Beteiligung organisiert werden. Die Kenntnisse und vor allem die Zeit, solche Prozesse regional zu verankern und zu organisieren, können nicht einfach gefordert werden. Dorfkümmerer, Mitmachamt oder Dorfgespräche sind zwar Angebote, die Selbstwirksamkeit schaffen, aber wieder die Qualifikation und die Zeit der Macher vor Ort voraussetzen.

Wenn Strukturen nicht funktionieren, muss gegengesteuert werden. Auch wenn es teuer ist: Vor 50 Jahren wurden Bäche begradigt, heute werden sie renaturiert. Auch in besser ausgestattete Verwaltungen, neue Kooperationsformen und vielleicht auch die Rücknahme von Zusammenlegungen im Zuge von Gebietsreformen könnte man investieren. In diesem Kontext fände ich den Slogan gut: „Weil es der ländliche Raum wert ist.“

Viele Anregungen beim Lesen wünscht

Jan Swoboda

Impressum

LandInForm –
Magazin für Ländliche Räume
Erscheinungsweise: vierteljährlich
Auflage: 10 000 / ISSN: 1866-3176

Herausgeber:

Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE), Bonn

Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume (DVS),

Redaktion: Andrea Birrenbach, Dr. Juliane Mante, Anja Rath

Dr. Jan Swoboda (V.i.S.d.P.)

Redaktionelle Unterstützung:
neues handeln GmbH

Titelbild: David Davies/Alamy Stock Fotos,
twinstarphoto/iStock

Grafik: MedienMélange: Kommunikation!
Rückseite: Thomas Fluegge/iStock

Gestaltung: MedienMélange: Kommunikation!
www.medienmelange.de

Druck: Bonifatius GmbH
Gedruckt auf Recyclingpapier

Bezugsadresse und Redaktionsanschrift:
Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Deichmanns Aue 29, 53179 Bonn
Telefon: 0228 6845-3435, -3081, -3461
Fax: 030 1810 6845-3361
E-Mail: landinform@ble.de
www.netzwerk-laendlicher-raum.de

Bezug: kostenfrei, LandInForm als PDF-Datei unter
www.land-inform.de

Anmerkungen der Redaktion:

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Abbildungen wird keine Haftung übernommen.

Die Urheberrechte liegen beim Herausgeber. Eine Genehmigung zur Zweitverwertung auch in Auszügen in Wort, Schrift und Bild erteilt die Redaktion gern gegen Nennung der Quelle und Belegexemplar.

Als Zugeständnis an die Lesbarkeit der Texte verzichten wir auf Doppelformen bei den Geschlechtern.

LandInForm wird durch den Bund und die Europäische Union im Rahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) gefördert.
Zuständige Verwaltungsbehörde: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)

Kürzel der DVS-Autoren:

Andrea Birrenbach: abb, Jan Freese: jaf, Isabell Friess: isf, Nina Jürges: nkj, Stefan Kämper: stk, Simon Keelan: sik, Moritz Kirchesch: mok, Irene Lange: ila, Isabella Mahler: ima, Juliane Mante: jum, Stephanie Müller: stm, Dagmar Nitsch: dan, Natascha Orthen: nao, Sofia Oxencroog: soo, Jost Pütz: jop, Anja Rath: arh, Bettina Rocha: ber, Susanne Schniete: sus, Jan Swoboda: jas, Anke Wehmeyer: awr

Für das Netzwerk



KENNEN SIE SCHON DEN DVS-NEWSLETTER?

Wissen, was das Land bewegt: Unser Newsletter „landaktuell“ liefert Ihnen relevante Neuigkeiten zu Förderpolitik, Wettbewerben, Veranstaltungen und Projekten vor Ort. Die Publikation erscheint sechs bis acht Mal im Jahr und kann kostenlos abonniert werden. [jop]



Service:

Download und Abonnement unter:
www.landaktuell.de

Noch mehr News:

Die DVS ist auch bei Twitter und Facebook
https://twitter.com/dvs_land
www.facebook.com/dvs.laendlicher.raum



KOOPERATION BEI KULTURFESTIVAL

Die österreichische LAG Mühlviertler Kernland sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt einen Kooperationspartner aus dem LEADER-Bereich für die Kunst- und Kulturfestivalwoche „Vivid Freistadt“. Ziel ist es, das Festival internationaler zu machen. Es soll Ende Juli oder im August 2020 stattfinden. Das Projekt wurde beim Programm „LEADER transnational Kunst“ eingereicht und ist von der Agrarmarkt Austria und dem Bundeskanzleramt Österreich bereits genehmigt. [awr]



KONTAKT:

LAG Mühlviertler Kernland
Telefon: 0043 7942 75111
office@leader-kernland.at



LANDWIRTE GESUCHT!

In der kommenden LandInForm-Ausgabe wollen wir das Verhältnis von Landwirten und Dörfern in den Fokus nehmen. Dabei möchten wir auch Landwirte und Landwirtinnen porträtieren, die sich in ihrer Dorfgemeinschaft für die Entwicklung vor Ort einsetzen. Sie sind aktiv oder haben eine Geschichte zu erzählen? Die LandInForm-Redaktion freut sich auf Rückmeldungen. [arh]



SERVICE:

Einen etwas ausführlicheren Aufruf gibt's auch als Video auf dem DVS-Facebook-Kanal (s.o.).

KONTAKT:

Redaktion LandInForm
Telefon: 0228 6845-3461
landinform@ble.de

NEUER NACHBAR: WOLF

Die französische LAG Belledonne nahe Grenoble ist umgeben von Naturparks, in denen der Wolf ein neues Zuhause gefunden hat. Jetzt sucht sie nach Partnern zum Erfahrungsaustausch, die sich mit den Folgen der Ansiedlung beschäftigen und dabei Anwohner, Tourismus und alles, was die Region ausmacht, berücksichtigen. [awr]



KONTAKT:

Marion Chaumontet
GAL Belledonne
marion.chaumontet@espacebelledonne.fr
<https://enrd.ec.europa.eu>
> Suche: GAL Belledonne

SERVICE:

Weitere Kooperationsgesuche finden Sie auf der DVS-Website:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/kooperationen

Das war

Gemeinsam auf dem Weg zum Exkursionsziel



KIRCHE UND LEADER – WELTEN VERBINDEN UND KRÄFTE BÜNDELN

Wie aktiv sind Kirchen und ihre Wohlfahrtsverbände als Akteure in LEADER-Aktionsgruppen? Wie kann die Zusammenarbeit in Zukunft gestärkt werden?

Diese Fragen stellten sich über 120 Vertreter von LEADER-Aktionsgruppen und kirchlichen Institutionen, die vom 6. bis 8. März in den Westerwald kamen. Mit der Evangelischen Kirche in Deutschland, dem Deutschen Caritasverband, der Diakonie Deutschland, der Deutschen Bischofskonferenz und weiteren Kooperationspartnern hatte die DVS die Akteure eingeladen, sich besser kennenzulernen, Praxiserfahrungen auszutauschen und zu überlegen, wie die Zusammenarbeit intensiviert werden sollte.

Sich einmischen, Spielräume nutzen und Kirche im Gemeinwesen verankern, um in Zeiten des Wandels relevant zu sein, forderte Ralf Kötter vom Institut für Aus-, Fort- und Weiterbildung in der Evangelischen Kirche von Westfalen. Susanne Melior, Mitglied des Europäischen Parlaments, betonte, dass LEADER auch zukünftig wichtig bleibe, um die

Bürger im ländlichen Raum zu aktivieren, denn nur die praktische Beteiligung vor Ort könne die Menschen von Europa überzeugen.

Kurzvorträge, Praxisforen, Exkursionen und Projekte der Kirchen: Die Teilnehmer lernten beispielsweise ein Kirchen-Netzwerk und touristische Projekte kennen, sowie solche, deren Fokus auf Jugendengagement oder in der Gemeinwesenarbeit liegt. Für wichtig hielten die Diskussionsteilnehmer, dass zwischen kirchlichen Akteuren und den LEADER-Regionen ein Austausch stattfindet, denn die Kirche könne nicht nur ihr Engagement einbringen, sondern auch ihre Strukturen, die anderen, kleinen Trägern zugutekommen.

An Thementischen spannte sich der Bogen von Projektthemen wie Umgang mit Leerständen, Nachhaltigkeit konkret, neuen Wohnformen in der alternden Gesellschaft

über Netzwerkthemen hin zu regionalpolitischen Forderungen, Kirche und LEADER-Gruppen mögen doch (noch) aktiver aufeinander zugehen.

Hartmut Berndt von der Bundesarbeitsgemeinschaft der LEADER-Aktionsgruppen betonte, dass soziale Themen stärker in den Fokus der ländlichen Entwicklung gehörten inklusive passgenauer Förderung. Superintendent Stefan Berk vom Kirchenkreis Wittgenstein verwies darauf, dass LEADER jedoch nicht Ersatz für fehlende Mittel der Kirchen sein könne. [stk]



SERVICE:
Dokumentation unter:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/kircheundleader

VORMERKEN

12.+13.
NOV
2019

Bundesweites LEADER-Treffen
Merseburg bei Halle

www.netzwerk-laendlicher-raum.de/leadertreffen



KONTAKT:
Stefan Kämper, DVS
Telefon: 0228 6845-3722
stefan.kaemper@ble.de

SERVICE:
Dokumentation unter:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/umsetzung

LEADER: EINFACHER IN GEGENWART UND ZUKUNFT?



Unterschiedliche Perspektiven anerkennen, voneinander lernen, die Umsetzung von LEADER erleichtern: Etwa 50 Teilnehmer aus dem Kreis der LEADER-Verwaltungen, Zahl- und Bewilligungsstellen sowie Regionalmanagements kamen zu einem DVS-Workshop am 26. und 27. März 2019 in Göttingen.

Für die aktuelle Förderperiode ging es um verbesserte Umsetzungsbedingungen: die Bewertung angemessener Kosten durch Ausschüsse, standardisierte Einheitskosten sowie Erleichterungen für kleine Projekte und Kooperationsprojekte. Für die Zukunft wurde klar: Aktionsgruppen wünschen sich eine stärkere Verbindlichkeit

der Entwicklungsstrategien, eine Öffnung in Richtung Experiment, harmonisierte Regeln für Kooperationsprojekte, Vereinfachungen für (Klein-)Projekte und eine Kontinuität im Regionalentwicklungsprozess über das Ende der Förderperiode hinaus oder zwischen den Förderperioden. Die LEADER-Referenten verabredeten, gemeinsam aktiv die für LEADER relevanten Passagen des nationalen Strategieplans der Gemeinsamen Agrarpolitik zu entwickeln und neue Ideen mit den Zahlstellen abzustimmen. Dass LEADER in der ländlichen Entwicklungspolitik gestärkt werden muss, darüber waren sich alle Teilnehmer einig. [stk]

ZUSAMMENARBEIT FÜR DIE AGRARUMWELT

Über den Agrarumweltschutz tauschten sich Vertreter von Bund, Ländern und Verbänden auf Einladung der DVS Mitte Mai in Bonn aus. Zunächst stellte Wolfgang Löhle vom Bundeslandwirtschaftsministerium den derzeitigen Prozess vor, mit dem die Gemeinsame Agrarpolitik reformiert werden soll und der auch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) betrifft: Anders als bisher wird es nur noch einen Nationalen Strategieplan geben, der die erste und zweite Säule sowie die Entwicklungsprogramme der Länder zusammenfasst.

Anschließend präsentierte Rainer Oppermann vom Institut für Agrarökologie und Biodiversität eine Untersuchung zum Agrarumweltschutz: Um auf Landschaftsebene die Zielarten

der Agrarlandschaft effektiv zu schützen, müssten 20 Prozent der Flächen extensiv genutzt werden und weitere zehn Prozent für Biodiversitätsmaßnahmen zur Verfügung stehen. Die wirksamsten Schutzmaßnahmen im Acker seien Brachen, Blühstreifen und Extensivgetreide; im Grünland der Schutz von Natura-2000-Gebieten, ebenso die extensive Bewirtschaftung und Streuobstflächen. Im zweiten Teil berichteten die Teilnehmer jeweils für ihr Bundesland oder ihren Verband, was sie tun, um die Umsetzung der Agrarumweltmaßnahmen zu verbessern. Sie waren sich einig, dass begleitende Maßnahmen, wie Beratung und Management, sowie die regionale Unterstützung der Umsetzung von Agrarumweltmaßnahmen förderlich und auch zur Zielerreichung nötig sind. [jaf]



SERVICE:

Dokumentation unter:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/aukm

KONTAKT:

Dr. Jan Freese und
Simon Keelan, DVS
Telefon: 0228 6845-3477, -3091
jan.freese@ble.de
simon.keelan@ble.de



Der dritte Halt beim Transferbesuch: der Betrieb Jung in Fronhausen mit rund 4.000 Legehennen in Mobilställen.



SERVICE:

Dokumentation zur
Veranstaltung online unter
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/stallbau

KONTAKT:

Bettina Rocha, DVS
Telefon: 0228 6845-3882
bettina.rocha@ble.de

STALLBAU UND TIERWOHL

Ein Transferbesuch führte rund 60 Vertreter aus Beratung, Verwaltung und Forschung sowie vom Verbraucherschutz im März 2019 zu drei hessischen landwirtschaftlichen Betrieben. Dabei ging es um die Frage: Wie lässt sich eine besonders tiergerechte Haltung in Wert setzen?

Der Betrieb Sippel in Weilmünster hält rund 680 Mastschweine und setzt auf Transparenz. Er mästet mit hofeigenem Futter, verzichtet auf Gentechnik und Antibiotika. Vom Hofladen können Kunden zum Schweinestall hinübergehen und sich durch ein Fenster im Stall einen eigenen Eindruck von der Haltung der Tiere machen. Die Kunden überzeugen vor allem die Nähe zum Schlachthaus, sagt der Betriebsleiter. Es liegt direkt an der Hofstelle. Auf ein Tierwohl-Label könne er daher verzichten. Neben dem Hofladen betreibt die Familie eine Filiale im Nachbarort, die Kommunikation dazu, wie sie ihre Tiere hält und schlachtet, übernimmt sie komplett selbst.

Die hessische Staatsdomäne Selgenhof, ein Bioland-Hof, hält rund 190 Milchkühe – und zwar horntragende. Das ist insbesondere deshalb möglich, weil die Tiere im Sommer

auf der Weide sind. Bei einigen Kühen sind leichte Verletzungen, die Spuren der in einer Herde üblichen Rangkämpfe erkennbar, die Herde ist aber ruhig. Unter dem Label „Landmark“ beliefert der Betrieb zwei REWE-Filialen, die meisten Produkte vermarktet er aber über einen eigenen Kundenstamm von rund 2000 Privathaushalten, die die hofeigene Molkerei per Lieferservice bedient. Dabei setzt die Domäne erfolgreich auf ihren Eigennamen, das Bioland-Logo ist nur relativ klein abgebildet.

Der Transferbesuch fand im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Stallbau und Tierwohl“ statt, die die DVS in Kooperation mit dem Bundesverband der gemeinnützigen Landgesellschaften anbietet. Die Exkursion ergänzten Vorträge, beispielsweise zur Wirkung von Stallbauarchitektur auf Konsumenten. [ber]

Das war

Geflügel im Blick: die mobilen Hühnerställe des Betriebs „An der Biopforte“ beim Transferbesuch der Innovationsdienstleister



EIP IN MOTION

Die DVS vernetzt Akteure aus den Europäischen Innovationspartnerschaften „Landwirtschaftliche Produktivität und Nachhaltigkeit“ (EIP-Agri). Was war, ist und kommt.

In Deutschland setzen zwölf Bundesländer EIP-Agri um: In Operationellen Gruppen (OGs) erarbeiten Landwirte, Berater und Forscher gemeinsam Antworten auf praxisnahe Forschungsfragen – zu unterschiedlichen Themenfeldern. Die DVS veranstaltet thematische Workshops, bei denen sich die Akteure austauschen können. Im Februar 2019 drehte sich zwei Tage lang alles um die Eiweißpflanzen.

Wenn der Rahmen stimmt

Rund 30 Mitglieder von OGs trafen sich dazu im sächsischen Vogtland auf dem Hofgut Eichigt, das Eiweißpflanzen anbaut. Sieben Projekte präsentierten sich dort. Dabei wurde deutlich, wie aktuell manche EIP-Agri-Fragen sind, beispielsweise inwieweit einheimische Eiweißpflanzen den Ackerbau und die Tiermast verändern können. Ergänzend hielten Experten Vorträge und es stellten sich die Netzwerke DemoNet Erbse Bohne, OK NET ecofeed und Legumes Translated vor. „Bei dem Thema passiert auch auf europäischer Ebene sehr viel“, sagt Natascha Orthen, die in der DVS für die EIP-Agri-Vernetzung zuständig ist. Sie findet es gut, wenn möglichst viele Akteure, die in einem Themenbereich aktiv sind, zusammenkommen.

Alle Beteiligten zusammen

Im März 2019 fand der dritte bundesweite Workshop für OGs und Innovationsdienstleister (IDLs) statt. Etwa 120 Teilnehmer kamen in der Stadtbrauerei im thüringischen Arnstadt zusammen, darunter auch Vertreter von Verwaltungsbehörden sowie europäische Gäste. „Wir freuen uns, dass das Format so

gut angenommen wird“, sagt Natascha Orthen. Etwa 80 Projekte stellten sich auf dem „Marktplatz“ vor und die Teilnehmer konnten drei Schulungsangebote wahrnehmen. Kernanliegen war aber der Austausch. „Die Diskussion zu EIP-Agri in der neuen Förderperiode war kontrovers, beispielsweise darüber, ob es eine 100-Prozent-Förderung geben soll“, sagt Bettina Rocha, die zweite EIP-Vernetzerin in der DVS. „Der Austausch hilft dabei, die eigene Rolle zu definieren.“ So habe die Diskussion einen Verwaltungsreferenten zum Grübeln gebracht: Er wolle seine Haltung nochmals überdenken, sagte er. Auch Evaluatoren und Vertreter von Zahlstellen nahmen an dem bundesweiten Workshop dabei. „Die Stärke des Formats ist, dass alle an EIP-Agri Beteiligten zusammenkommen“, findet Bettina Rocha. Dazu gehören auch die Innovationsdienstleister: Einige Länder haben diese Berater etabliert, um ihre OGs zu unterstützen. Speziell für die IDLs bietet die DVS eigene Workshops an, die sie oft mit Transferbesuchen auf Betrieben verknüpft. Im April 2019 hat der neunte stattgefunden.

Film ab!

Rund 200 Forschungs-Praxis-Projekte sind bisher in der Online-Datenbank zu EIP in Deutschland, die die DVS betreut, eingespeist. Zahlreiche davon sind bereits abgeschlossen: Einige stellen ihre Ergebnisse auf thematisch passenden Portalen vor, beispielsweise dem Bundeszentrum für Landwirtschaft – zu anderen dreht die DVS aktuell Kurzfilme: Beispielsweise sind die über den mobilen Schlachthof der OG „Extrawurst“

und zum Projekt „Nachhaltige Biomassenutzung“, das die Pflege der sogenannten Knicks in Schleswig-Holstein ökonomischer macht, schon online.

Das kommt

In Kooperation mit der Tierärztlichen Hochschule Hannover und der Landwirtschaftskammer Niedersachsen lädt die DVS für den 2. und 3. Juli 2019 OGs zum Thema Geflügelhaltung ein. Neben dem Austausch stehen Vorträge zu aktuellen Entwicklungen mit konkreten Beispielen auf dem Programm – sowie ein genauerer Blick auf den Tagungsort: Die Veranstaltung findet auf dem Lehr- und Forschungsgut Ruthe in Sarstedt statt. [arh]



SERVICE:

Alle Informationen zu EIP gibt es online unter: www.netzwerk-laendlicher-raum.de/eip

TIPP:

Sowie mindestens vier OGs aus zwei Ländern Bedarf anmelden, organisiert die DVS einen thematischen Workshop.

KONTAKT:

Natascha Orthen und Bettina Rocha, DVS
Telefon: 0228 6845-3268, -3882
natascha.orthen@ble.de,
bettina.rocha@ble.de

Das kommt

Von der Braunkohle zu erneuerbaren Energien: ein Beispiel, was aus einer Braunkohleregion werden kann.

SCHICHTWECHSEL IN BRAUNKOHLEREVIEREN!

Impulse, Austausch, Ideenschmiede und Exkursion
am 17. und 18. September 2019 im Helmstedter Revier

Was kommt, wenn die Kohle unter der Erde bleibt? Diese Frage beschäftigt derzeit nicht nur die Landes- und Bundespolitik, sondern insbesondere die Menschen, die in einem der vier deutschen Braunkohlegebiete leben. Nicht nur landschaftlich werden sich diese massiv verändern – auch ein großer Arbeitgeber bricht weg.

Die DVS und die LEADER-Region Grünes Band im Landkreis Helmstedt wollen den Blick nach vorne lenken. Gemeinsam mit LEADER-Akteuren, Regionalpartnern und anderen Gestaltern des Strukturwandels wollen wir beleuchten, was be-

reits in den Revieren passiert. Auf einer Exkursion erfahren wir zudem, welche Konflikte und Perspektiven es im Braunkohlerevier Helmstedt gibt und was die Region bereits tut. Am zweiten Tag wollen wir in einem kreativen Prozess konkrete Projektideen und Ansätze der Teilnehmer zur Gestaltung des Strukturwandels in Teams weiterentwickeln.

Willkommen sind auch Vertreter aus anderen sich stark wirtschaftlich wandelnden Regionen – denn ein Austausch über die Braunkohlereviere hinaus könnte das Treffen bereichern. [stm]



KONTAKT:
Stephanie Müller, DVS
Telefon: 0228 6845-3998
stephanie.mueller@ble.de
www.netzwerk-laendlicher-
raum.de/schichtwechsel



GEMEINSAM REGIONALE DEMOKRATIE STÄRKEN

Für Mitte Oktober 2019 plant die DVS zusammen mit dem Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) zum dritten Mal eine Veranstaltung: Es soll darum gehen, wie das gesellschaftliche Miteinander und die demokratischen Werte in ländlichen Gebieten gestärkt werden können. Dazu schauen wir uns zunächst an, wer bereits im Bereich „Demokratiestärkung“ aktiv ist. Außerdem widmen wir uns der Frage, wie regionale Netzwerke – etwa LEADER-Aktionsgruppen und Partnerschaften für Demokratie (PfDs) – gemeinsam an dem Thema und Projekten arbeiten können. Die Veranstaltung richtet sich an Aktive in der ländlichen Entwicklung. [stk/ima]



SERVICE:
Termin und Programminfos ab Mitte Juli: [www.netzwerk-laendlicher-
raum.de/demokratie](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/demokratie)

KONTAKT:
Stefan Kämper, DVS
Telefon: 0228 6845-3722
stefan.kaemper@ble.de

LEADER IN DEUTSCHLAND FÜR INTERNATIONALE GÄSTE

Kultur, Handwerk und regionale Produkte aus dem ehemaligen Grenzgebiet zwischen Thüringen und Bayern:
Das bietet die internationale LEADER-Exkursion im Herbst mit Teilnehmern aus Deutschland, Österreich und der Schweiz.

Die DVS lädt gemeinsam mit dem Netzwerk Zukunftsraum Land aus Österreich und der Netzwerkstelle für den ländlichen Raum aus Luxemburg zur Exkursion vom 30. September bis 2. Oktober 2019 ein. Wie im Vorjahr in Österreich geht es um beispielhafte LEADER-Projekte und den internationalen Austausch.

Starten werden wir in der Region Saale-Orla mit Kultur. Bei einer Rundreise erleben wir eine besondere Bahnfahrt, Geschichte, regionale Fisch- und Käse-Spezialitäten sowie traditionelles Handwerk. Auch innovative Ideen zum Umgang mit Ehrenamt und alten Menschen sind Teil des Programms. Nach einer Übernachtung in der Festung im Landkreis Kronach, der zweiten LEADER-Region, geht es tropisch weiter: Bananen und Kakaofrüchte in Bio-Qualität – die bietet das Tropenhaus Klein Eden an.

Außerdem besuchen wir die Arnikastadt Teuschnitz und probieren lokal produzierte Schokolade. [awe]



SERVICE:
Die Teilnehmerzahl ist auf 50 Personen begrenzt. Die Anmeldung ist ab Mitte Juni 2019 möglich unter:
[www.netzwerk-laendlicher-
raum.de/leader-international](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/leader-international)

KONTAKT:
Anke Wehmeyer und
Isabell Friess, DVS
Telefon: 0228 6845-3841, -3459
anke.wehmeyer@ble.de
isabell.friess@ble.de



Prozess

Beteiligung

IM FOKUS

Bürger und Kommune: Zusammen geht's besser

Viele aktuelle Probleme wie der demografische Wandel sind komplex: Um sie zu lösen, gilt es, unterschiedliche Sichtweisen und Kenntnisse zu berücksichtigen. Häufig arbeiten dazu Kommunen und Bürger zusammen. Wie gelingt das? Und was braucht es dazu?



Bürger, Kommunen und Verwaltung: neue Perspektiven?

Für die Zusammenarbeit von Bürgern und Kommunen ist entscheidend, wie die Verwaltungen aufgestellt sind. Denn überlastete Verwaltungsmitarbeiter in überholten Strukturen haben keine Kapazitäten, um Bürgerinitiativen zu unterstützen. [VON JÜRGEN STEMBER]

Die ländlichen Räume müssen sich heute demografischen und technologischen Entwicklungen stellen. Diese Wandlungsprozesse wirken sich auf das politisch-administrative System und damit das Verhältnis zwischen Bürgern, Politik und Verwaltung aus. Dabei stehen nicht nur Fragen der Gestaltung und des Zusammenhalts, sondern auch der zukünftigen Rolle der Verwaltung auf dem Plan. Welche Rolle kann die Kommune als Ordnungs- und Leistungsverwaltung einnehmen? Wie fungieren Verwaltung und Politik als Gestalter? Und wie ermöglichen sie Teilhabe?

In den öffentlichen Verwaltungen und besonders den Kommunalverwaltungen der ländlichen Regionen sorgen die demografischen Entwicklungen für eine Verschärfung der bereits bestehenden Strukturprobleme. Die Folgen sind drastisch. Es gibt erhebliche Nachwuchsprobleme, einen hohen und weiter steigenden Bedarf an qualifizierten Fachkräften und einen deutlich erhöhten Weiterbildungsbedarf. In ländlichen Räumen bieten Verwaltungen ihren Mitarbeitern nicht so viele Anreize wie in Ballungsräumen, so dass nicht mehr alle offenen Stellen besetzt werden können. Aufgaben müssen deshalb angepasst oder können in Zukunft gar nicht mehr erledigt werden. Die horizontale und vertikale Konkurrenzsituation zwischen den Verwaltungen um die Fachkräfte ist voll entbrannt und die traditionellen Vorteile einer Verwaltungsbeschäftigung, wie unbefristete Arbeitsverhältnisse und familienfreundliche

Arbeitszeiten, werden zunehmend relativiert. Es gibt jedoch dennoch Strategien für den ländlichen Raum, um Bürgernähe herzustellen und dem Gefühl der staatlichen Ab- oder gar Ausgrenzung entgegenzuwirken.

Kommune als Ordnungs- und Leistungsverwaltung
Auf der Ebene der Kommunalverwaltung als Dienstleister könnten bislang nicht ausgeschöpfte Kooperationspotenziale erschlossen werden. Wer hierbei instinktiv an Gebietsreformen denkt, liegt grundlegend falsch (siehe dazu auch Beitrag auf Seite 16). Denn dadurch wurden keine entscheidenden Veränderungen bewirkt, nur Änderungen der räumlichen Skalierung. Oder um es konkreter zu formulieren: Die Städte, Gemeinden oder Kreise sind räumlich und institutionell größer geworden, ihre Dienstleistungsangebote haben sich jedoch in den meisten Fällen nicht oder nur marginal verändert, wodurch sich letztlich die Erreichbarkeit noch verschlechtert hat.

Wesentlich Erfolg versprechender sind organisatorische Basisveränderungen, wie eine Differenzierung zwischen Front- und Backoffice-Tätigkeiten: Dieses Organisationsprinzip ermöglicht die verstärkte Kooperation bei den Arbeiten, die in einer Verwaltung in den Fachabteilungen erfolgen und denjenigen Tätigkeiten, die dem Service, etwa dem Kontakt mit dem Bürger dienen. Und die verstärkte Kooperation von Städten, Gemeinden und Kreisen im Backoffice-Bereich erzeugt Effizienzgewinne

und neue Kapazitäten, die wiederum in den erweiterten Service, das Frontoffice, fließen können.

Diese spezielle Form von interkommunaler Kooperation ist unter dem Begriff der „Shared Services“ im Sinne von „gemeinsamen Diensten“ bekannt – und funktioniert auch für die öffentliche Verwaltung. Zwei oder mehrere Verwaltungen greifen dazu auf einen gemeinsam neu gebildeten, einen bestehenden oder einen ausgelagerten Organisationsbereich zurück. Durch ein Shared-Service-Center werden Ressourcen gemeinsam genutzt, die vorher auf eine größere Anzahl von Einheiten oder Verwaltungen verteilt waren. Dies könnte im Personalbereich, der Beschaffung und den zentralen Diensten funktionieren, kurzum in jedem Bereich, der nicht unmittelbar mit der direkten Bearbeitung der Bürgeranliegen zu tun hat.

Eine grundlegende Aufgabenneuordnung sowie der Einsatz von IT, dem E-Government, würde im ländlichen Raum darüber hinaus neue Service-Qualitäten erschließen. So könnten etwa mobile Verwaltungsmitarbeiter Dienstleistungen in die Dörfer bringen. In multifunktionalen Service-Läden, die Verwaltungsdienstleistungen gemeinsam mit anderen, durchaus auch privaten Dienstleistungen – wie Post oder Einkaufsmöglichkeiten – ortsnahe anbieten, wären vorbereitende Aktivitäten für die Verwaltung möglich. Es ist letztlich wichtig, Verwaltungsdienstleistungen auf unterschiedlichen Wegen und in innovativen Formen als Multi-Channel-Management im ländlichen Raum neu zu strukturieren. In der Kombination wären dies neue Qualitäts- und Service-Gewinne für alle Bürger auf dem Land, die durch die Kooperationen im Back-Office-Bereich finanziert und ermöglicht werden könnten.

Verwaltung und Politik als Gestalter

Auf Ebene der Verwaltung und der Politik als Gestalter kommt es entscheidend darauf an, spezifische und auf den jeweiligen Standort bezogene Entwicklungskonzepte zu entwerfen. Denn nur durch nachholende Entwicklungen können die ländlichen Räume keinen Attraktivitätsgewinn gegenüber den Zentren erzielen. Deshalb gilt es für Politik und Verwaltung, gemeinsam Aktivitäten und Initiativen zu entwickeln, die auf eigenständige Innovationen im Bereich der Wirtschaft, der Mobilität, der Förderung der lokalen Wirtschaft und der Schaffung neuer Bildungs- und Kulturangebote abzielen. Denkbar wären Innovationskonzepte für Existenzgründungen im ländlichen Raum, die frühzeitig mit geeigneten Partnern aus Wirtschaft und Wissenschaft entwickelt werden und so endogene Potenziale erschließen könnten.

Verwaltung und Politik als Ort der Teilhabe

Und nicht zuletzt wird dadurch die Ebene der Verwaltung und Politik als Ort der Teilhabe und Partizipation berührt, auf der ebenfalls wichtige und notwendige Impulse gesetzt werden können. Vorhandene Bürgernetzwerke, Ehrenämter oder Vereine einzubinden und zu stärken und neue Initiativen zu gründen, sind keine Herausforderungen für das politisch-administrative System: Die engagierten Bürger sind wichtige Verbündete, um Gestaltungswille und -möglichkeiten im Sinne einer demokratischen Festigung insgesamt zu stärken. Das klassische Rollenverhältnis zwischen Bürger, Politik und Verwaltung würde neu definiert, wenn politische Anstöße durch Initiativen oder den Bürgern selbst erfolgen. Nicht selten gab es sowohl seitens der Verwaltung als auch der Politik gegenüber derartigen Initiativen Vorbehalte bezüglich der Professionalität und der demokratischen Legitimation. Doch sieht man in einem solchen Paradigmenwechsel diese Initiativen nicht als Störung des kommunalpolitischen Alltags, sondern als eine wichtige Bereicherung – im Sinne von innovativem und neuem Denken –, so können sich daraus neue Chancen für den ländlichen Raum entwickeln. Die Führungskräfte der Verwaltung, aber vor allem die Bürgermeister und Landräte könnten und sollten die Initiative übernehmen, um diesen Prozess anzustoßen.

Die neuen Möglichkeiten der Teilhabe, wie Online-Partizipationen und -Abstimmungen, verdeutlichen, dass sich regionale Demokratie neu erfinden kann. Nicht zuletzt zeigen Pilotprojekte, wie das Projekt „Open-Government-Modellkommunen“ des Bundesinnenministeriums, dass es nicht nur wichtig, sondern vor allem auch möglich ist, das Handeln von Politik und Verwaltungen im ländlichen Raum zu öffnen und transparenter zu machen. Die ländlichen Räume haben zwar gewichtige Entwicklungsnachteile, verfügen jedoch über wesentliche Optionen, die eigene Entwicklung in die Hand zu nehmen. Verwaltungen und Politik können dazu einen wichtigen, wenn nicht sogar entscheidenden Beitrag leisten, indem sie als Innovationsvorreiter vorangehen und wesentliche Gestaltungsfunktionen nicht nur für, sondern vor allem mit den Bürgern wahrnehmen.

SERVICE:

Zum Weiterlesen: Joachim Beck und Jürgen Stember: Wie Open Government auf kommunaler Ebene gelingt. In: Innovative Verwaltung, H. 10/2018



KONTAKT:

Prof. Dr. Jürgen Stember
Hochschule Harz
Fachbereich Verwaltungswissenschaften
Telefon: 03943 659-419
jstember@hs-harz.de
www.hs-harz.de

Bürger beteiligen!

Kommunen können davon profitieren, wenn sich Bürger einbringen. Denn das Engagement und das Wissen vieler hilft, mit den aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen besser umzugehen. [VON MICHÈLE MORNER]

Für Kommunen wird es aus zwei Gründen wichtiger, ihre Bürger zu beteiligen: Zum einen sind die Herausforderungen unserer Zeit wie der demografische Wandel, der Klimawandel und die Migration vor Ort komplexe Probleme. Sie können nur dadurch gehandhabt werden, dass verschiedene Expertisen, Denkweisen und Perspektiven, etwa der betroffenen Bürger, einfließen. Zum anderen fühlen sich Bürger, die sich in Entscheidungsprozesse einbringen können, wahrgenommen und sind von sich aus stärker motiviert, sich in die Weiterentwicklung der Kommune einzubringen.

Damit in Beteiligungsprozessen die Perspektiven aller Beteiligten zusammengebracht werden können, müssen die Bürger allerdings auch fähig sein, unterschiedliche Argumente zu verstehen. Dies setzt nicht nur die Bereitschaft der Kommune voraus, ihnen Handlungs- und Entscheidungsspielräume zu geben, sondern erfordert auch, sie darauf vorzubereiten, dabei zu begleiten und zu unterstützen. Während die Bürger so die Gelegenheit erhalten, Wissen und Meinungen auszutauschen und weiterzugeben, erhalten die Behördenvertreter die Möglichkeit, fachliche und örtliche Expertisen aufzugreifen, Verständnis für den rechtlichen Rahmen zu wecken und die Komplexität von Abwägungsprozessen darzustellen. So wird Bürgerbeteiligung zu einem Sozialisationsprozess.

Wider die Politikverdrossenheit

Probleme nicht nur den Verantwortlichen der Kommune zu überlassen, sondern stärker zu vergesellschaften, erscheint auch vor dem Hintergrund des aktuellen Wertewandels ein Muss. Viele Menschen verspüren heute einen Wunsch nach Selbstentfaltung und sind ausreichend gebildet, um sich gewinnbringend zu engagieren; gleichzeitig hat die Pflicht an Wert verloren. Können Bürger Einfluss auf kommunale Entscheidungen nehmen, steigt ihr Verantwortungsgefühl für das große Ganze: Im besten Fall sinkt damit auch die Politikverdrossenheit und sie sind dazu bereit, ihre individuellen Ziele denen der Kommune unterzuordnen. Vor diesem Hintergrund stellt der Sozialwissenschaftler Siegfried Mauch die These auf, dass sich eine bürgerdemokratische Gemeinschaft nur dann entwickeln kann, wenn Verwaltungen beteiligungsoffen sind und die Bürger gleichzeitig von sich aus Interesse an freiwilliger Beteiligung haben.

Die Motivationstheorie hat einige Faktoren identifiziert, die solch eine intrinsische Motivation, also ein Handeln aus eigenem Antrieb

fördern. Wichtige Voraussetzungen dafür sind, dass prinzipiell alle mitmachen dürfen, die möchten, und die Beteiligten den Prozess als fair wahrnehmen. Des Weiteren bedarf es bestimmter Regeln und vor allem deren Einhaltung sowie Sanktionen bei Nichteinhaltung. Darüber hinaus müssen die Beteiligten eine Sinnhaftigkeit und Nachhaltigkeit in den Prozessen sehen und sich wertgeschätzt fühlen.

Wichtig: Austauschmöglichkeiten

Verständnis für die Werte und Ziele anderer entsteht am ehesten durch häufige Interaktion und Kommunikation. Dafür müssen in Kommunen Räume geschaffen werden, wie etwa Bürgerforen, in denen sich die Teilnehmer austauschen, Kontakte knüpfen und Vertrauen aufbauen. So können sie voneinander oder von Experten lernen und gemeinsame Lösungsansätze entwickeln. Dabei ist es im Grunde eine gute Ausgangsposition, wenn keiner der Beteiligten allein über genügend Wissen zur Problemlösung verfügt, da sich dann der Abstimmungsbedarf von alleine ergibt. Im Idealfall verfügen die Akteure über gleichwertige Kompetenzen aus verschiedenen Bereichen, denn dies ist Voraussetzung dafür, dass sie sich als ebenbürtige Interaktionspartner verstehen.

SERVICE:

Zum Weiterlesen: Michèle Morner, Manuel Misgeld: *Governing Public Value. How to Foster Knowledge-Intensive Collaboration in the Public Sector*, in: *Studies in Public and Non-Profit Governance*, Vol. 2, 2014, Emerald Group Publishing: Bingley, S. 41-57



KONTAKT:

Prof. Dr. Michèle Morner
Deutsche Universität für
Verwaltungswissenschaften Speyer
Telefon: 06232 654-276
morner@uni-speyer.de
www.uni-speyer.de



Foto: 123RF / lauradibase

Bürgerkredite für Kommunen

Kommunen können oft nicht selbst entscheiden, wofür sie Geld ausgeben. Das kann sich negativ auf das Demokratieverständnis ihrer Bürger auswirken. Ein Ansatz: Crowdfunding. So könnten Bürger in kommunale Projekte investieren, die sie sinnvoll finden. [VON FLORIAN SCHILLING]

8,7 Milliarden Euro. Mit diesem Überschuss haben Kommunen statistisch das Jahr 2018 abgeschlossen. Das bedeutet aber nicht, dass alle auch tatsächlich einen Überschuss erwirtschaften konnten. Trotz sprudelnder Steuereinnahmen und Rekordbeschäftigung gelingt es etlichen Städten und Gemeinden nicht oder nur schwer, ausgeglichene Haushalte zu erzielen. Die über viele Jahre mangelhafte und wenig aufgabengerechte Finanzausstattung hat zu hohen kommunalen Altschulden und einem massiven Investitionsrückstand von zuletzt rund 159 Milliarden Euro geführt. Die Schere zwischen finanzstarken und -schwachen Kommunen wird größer.

Gerade finanzschwache Städte und Gemeinden sind in ihrer Handlungsfähigkeit stark eingeschränkt. Zweckgebundene Ausgaben – vor allem Transferleistungen im Sozialbereich – steigen. Ihre Höhe können die Kommunen nicht selbst bestimmen. Dadurch wird der Spielraum für freiwillige Aufgaben kleiner. Spielplätze, Bäder oder kulturelle Einrichtungen können nicht mehr errichtet, unterhalten oder bespielt werden. Notwendige Investitionen in Schulen und Straßen mussten und müssen teilweise immer noch aufgeschoben werden. Das wirkt sich unmittelbar auf die Lebensqualität der Bürger vor Ort aus. Eine mangelhafte Finanzautonomie schränkt die kommunale Selbstverwaltung derart ein, dass eine lebendige Demokratie in den Städten und Gemeinden vor Ort massiv gefährdet ist.

Kommunale Finanzautonomie sichern
Wie können Kommunen also finanziell stärker werden? Aus Sicht des Deutschen Städte- und Gemeindebundes sind vor allem zwei Dinge erforderlich: Zum einen müsste der Bund mehr kommunale Sozi-



alkosten übernehmen, zum anderen ist die gemeindliche Steuerbasis zu stärken. Hierzu gilt es zunächst, die konjunkturunabhängige Grundsteuer zu sichern: Das Gesetzgebungsverfahren muss binnen Jahresfrist abgeschlossen sein, ansonsten kann die Grundsteuer bereits ab dem Jahr 2020 nicht mehr erhoben werden. Weiterhin ist die Gewerbesteuerpflicht auch auf Selbstständige auszuweiten. Um die kommunale Steuerautonomie zu stärken, sollte der gemeindliche Umsatzsteueranteil zu Lasten des Bundes beziehungsweise der Länder erhöht werden. Dabei sollten die zusätzlichen Umsatzsteuermittel allein nach der Einwohnerzahl verteilt werden, auf wirtschaftskraftbezogene Kennzahlen sollte dabei verzichtet werden. Das würde

gerade auch finanzschwächere Kommunen im ländlichen Raum stärken.

Bürger könnten investieren

Ein ergänzendes Finanzierungsinstrument für kommunale Investitionen kann in Zukunft, gerade auch in kleineren Gemeinden, das Crowdfunding darstellen. Im Mittelpunkt stünde weniger die Wirtschaftlichkeit aus Sicht der Kommune. Vielmehr wäre es eine Möglichkeit, Bürger direkt mit einzubeziehen. Durch ihr Engagement würden sie sich stärker mit dem Infrastrukturprojekt identifizieren. So ließe sich auch sicherstellen, dass nicht am Bedarf vorbeigebaut wird. Am bekanntesten ist der Bürgerkredit. Dabei erhält der Bürger –

anders als beim spenden- oder gegenleistungsbasierten Crowdfunding – seinen finanziellen Beitrag vollständig und verzinst zurück. Diese schwarmfinanzierten kommunalen Projekte müssen für die Bürger einen unmittelbaren Nutzen und sichtbaren Mehrwert haben. Bei Schulen, Bädern und der Feuerwehr trifft das auf jeden Fall zu.



KONTAKT:

Florian Schilling
Deutscher Städte- und Gemeindebund
Telefon: 030 77307-205
florian.schilling@dstgb.de
www.dstgb.de

Größe allein ist nicht alles

Gebietsreformen sind ein Thema, das Politik, Wissenschaft und Bevölkerung schon seit Jahrzehnten beschäftigt. Was bringen sie? Und wie wirken sie sich auf die Beteiligung aus?

[VON GISELA FÄRBER UND KARIN GLASHAUSER]

In den 1970er-Jahren ging es los: Während zu Beginn dieses Jahrzehnts in den westdeutschen Bundesländern Gebietsfusionen auf Gemeinde- und Kreisebene stattfanden, schlossen nach der deutschen Vereinigung die ostdeutschen Länder zunächst viele ihrer Landkreise zusammen. Später führten einige von ihnen Territorialreformen durch, fusionierten Kreise und kreisten zuvor kreisfreie Städte ein. Mecklenburg-Vorpommern weist heute die größten Flächenlandkreise der Bundesrepublik auf. Seit zehn Jahren werden auch in Rheinland-Pfalz Orts- und Verbandsgemeinden fusioniert. Zumeist wurden und werden die neuen Gebietskörperschaften technokratisch über Mindesteinwohnerzahlen und -flächen definiert, die häufig wenig Rücksicht auf gewachsene Identitäten vor Ort nehmen.

Die Folgen des demografischen Wandels, prekäre kommunale Haushaltslagen und der Wunsch nach einer gesteigerten Leistungsfähigkeit der Verwaltungen sind Begründungen für Gebietsreformen. Man erhoffte sich von den Reformen eine Reduzierung der hohen Schuldenstände einiger Kommunen und ging davon aus, dass eine vergrößerte Verwaltung leistungsfähiger ist, insbesondere, weil größere Kommunen mehr höher dotierte Stellen für qualifizierteres Personal anbieten können.

Keine Einsparungen

Die erhofften Einsparungen stellten sich jedoch, wie neuere Studien belegen, kaum ein. Das liegt vor allem daran, dass ein Großteil der kommunalen Ausgaben Transferleistungen für den Sozialbereich, also zumeist Pflichtaufgaben sind, die sich nicht einsparen lassen. Außerdem ändern sich durch die Fusion vorher selbstständiger Kommunen nicht die Siedlungsstrukturen, die die Kosten für die kommunale Infrastruktur langfristig bestimmen. Um bei Abstimmungen Mehrheiten für den kommunalen Haushalt zu gewinnen, müssen zudem alle neuen Ortsteile bedient werden. Das führte häufig sogar zu höheren Ausgaben. Gleichzeitig bedeuten Gebietsreformen, dass Gebäude und Liegenschaften sowie Investitionsschulden von den neuen Kommunen übernommen werden müssen.

Negative Folgen für die Partizipation

Neueste Studien zeigen zudem, dass sich Gebietsreformen negativ auf das aktive und passive Wahlrecht auswirken. Die Wege für Ehrenamtliche verlängern sich und das politische Geschehen erscheint ferner, was sich wiederum in Nicht- und Protestwahl äußert. Geringere Zahlen an ehrenamtlichen Kommunalpolitikern, die sich vor Ort engagieren und die Politikinhalte in die Bevölkerung tragen, führen zu einem geringeren Interesse der Bevölkerung für die öffentlichen Belange vor Ort. Mit dem Gefühl, immer weniger Einfluss zu haben, verringert sich die Identifikation der Menschen mit ihrem Ort.

Insgesamt fehlt es an Forschung, wie sich die Gebietsreformen auf die regionale und lokale Bevölkerungsentwicklung und die wirtschaftliche Entwicklung vor Ort tatsächlich ausgewirkt haben. Letztlich scheinen aber die Nachteile die sich kaum einstellenden Vorteile zu überwiegen. Deshalb sollten alternative Lösungen wie Kooperationen zwischen den Kommunen vorangetrieben werden. Eine Trennung in Backoffice und Frontoffice wäre denkbar: Administrative, übergeordnete Aufgaben könnten von denjenigen getrennt werden, die den Kontakt zu den Bürgern erfordern.

SERVICE:

Hintergrund: Im Rahmen der Bund-Länder-Initiative „Innovative Hochschule“ des Bundesforschungsministeriums betrachtet die Universität Speyer den „Wissens- und Ideentransfer für Innovationen in der Verwaltung“ sowie im Teilprojekt „Kooperation Vorderpfalz“ den Einfluss von Gemeindegrößen.



KONTAKT:

Prof. Dr. Gisela Färber, Karin Glashauser
Deutsche Universität für
Verwaltungswissenschaften Speyer
glashauser@uni-speyer.de
www.uni-speyer.de

Gebietsreformen zerschlagen das Ehrenamt



Werden kleine Gemeinden durch Gebietsreformen zusammengeschlossen, verlieren sie einen Teil ihrer Mitbestimmungsrechte. Die Dorfbewegung Brandenburg will dies ändern.

Frank Schütz ist ehrenamtlicher Bürgermeister der Gemeinde Golzow und Vorstand der Dorfbewegung Brandenburg e. V. – Netzwerk Lebendige Dörfer. www.lebendige-doefer.de

Herr Schütz, der Druck von kommunaler Ebene hat dafür gesorgt, dass eine Gemeindegebietsreform in Brandenburg im Jahr 2017 abgesagt wurde. Was wären aus Ihrer Sicht die Konsequenzen einer solchen Reform gewesen?

Die Frage ist: Was könnten die entstandenen Ortsteile einer Gemeinde dann noch entscheiden? Sie hätten noch nicht einmal bei der Flächennutzungsplanung Vetorecht, geschweige denn bei der Bauleitplanung. Das Recht auf Trägerschaft für Schulen und Kindergärten ginge verloren. Auch Golzow hätte die Trägerschaft für seine Schule abgeben müssen. Die eingemeindeten Ortsteile werden quasi handlungsunfähig und würden womöglich innerhalb der Politik einer größeren Gemeinde untergehen, denn die Ortsvorsteher haben kein Stimmrecht in den Gemeinderäten. Auch der Amtsausschuss besteht in der Regel aus den hauptamtlichen Bürgermeistern der Gemeinden, sie werden nicht in den Ausschuss gewählt, sondern abgeordnet. Eine zentrale Folge wäre die Zerschlagung des Ehrenamts in den Ortsteilen, denn die Ortsvorsteher arbeiten ehrenamtlich. Wenn sich durch Gebietsreformen immer mehr Handlungsspielraum von der ehrenamtlichen auf die Verwaltungsseite verlagert, wird der Bedarf direkt vor Ort nicht mehr erkannt oder zu langsam reagiert. Das fördert Politikverdrossenheit.

Können Sie auch einigen Argumenten pro Gebietsreformen etwas abgewinnen?

Dass die kommunalen Verwaltungsstrukturen modernisiert werden müssen, ist unumstritten. Unsere Schlussfolgerung für Golzow ist aber, dass wir die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen kommunalen Ämtern verbessern müssen und zielgerichtet moderne Medien nutzen wollen, um die Verwaltung effizienter zu machen. Daran arbeiten wir gerade.

Wie können eingemeindete Ortsteile wieder mehr Handlungsspielraum erhalten?

Wir brauchen mehr Beteiligungsrechte, um in den Ortsteilen und selbstständigen kleinen Gemeinden Entwicklungsmöglichkeiten zu schaffen. Die Ortsbeiräte müssen ein Mitglieds- und Vetorecht in den Gemeinderäten bekommen. Die ganze Zusammenlegeritis entsteht ja aus Demografieangst. Dabei sollte man die Infrastrukturen stärken, um die Ortschaften attraktiv für Einwohner und Zuzügler zu machen. Vor allem im Umkreis von Ballungszentren böte das den Gemeinden Chancen, die auch die Städte entlasten würden, etwa in Bezug auf knappen Wohnraum. Ortsteilbudgets sind ein weiteres wichtiges Instrument, das zum Beispiel in der brandenburgischen Gemeinde Storkow sehr gut funktioniert, da sie je nach Bedarf der Ortsteile und nach Haushaltslage der Kommune festgelegt werden (siehe Seiten 20–21). So können schnell und unbürokratisch Mängel beseitigt werden. Auch Dorfmoderatoren sind als Schnittstelle zwischen Ehrenamtlern und Kommunalpolitikern wichtig, sie verschaffen den Belangen der Ortsteile Gehör. Um den dafür notwendigen Rahmen zu schaffen, sind unter anderem die vorhandenen LEADER-Strukturen gut geeignet.

Wie verschafft die Dorfbewegung Brandenburg den Ortsteilen mehr Gehör?

Wir bringen uns in die Politik auf Landesebene ein. Kürzlich haben wir eine Stellungnahme zum Abschlussbericht der Enquetekommission zur Zukunft der ländlichen Regionen abgegeben und verfolgen genau, was damit passiert. An der Bildungsstätte Schloss Trebnitz haben wir eine „Akademie der Dorfhelden“ ins Leben gerufen, bei der ehrenamtlich Engagierte zusammenkommen können, nützliche Informationen und Hinweise erhalten, für ihre Arbeit Wertschätzung erfahren und ihr Wissen weitergeben. Wir kommunizieren außerdem eng mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund, ich selbst bin Mitglied in der Arbeitsgruppe „Ehrenamtliche Bürgermeister“, um wichtige politische Akzente für selbstständige Kommunen setzen zu können.

Vielen Dank für das Gespräch.

Das Interview führte Juliane Mante.

”

Wir brauchen mehr Beteiligungsrechte für die Ortsteile.“

Lokale Räte, interkommunales Konzept

Im Amt Goldberg-Mildenitz bestimmen lokale Räte mit über die Zukunft der Region. Denn anstatt einfach Projektvorschläge beim Land einzureichen, starteten die Bürgermeister und Verantwortlichen einen groß-angelegten Beteiligungsprozess. [VON SIRI FRECH]

Zukunft Goldberg-Mildenitz – so heißt der Weg zu einem interkommunalen Entwicklungskonzept, den das gleichnamige Amt seit einigen Monaten eingeschlagen hat. Die Region im Nordosten des Landkreises Ludwigslust-Parchim ist eine von vielen in Mecklenburg-Vorpommern, die nach der Wende deutlich ländlicher – im Sinne von weniger Menschen – mobiler und älter geworden ist. Diese Entwicklung ist im Amt Goldberg-Mildenitz jedoch kein ständiger Abwärtstrend: Seit fast 20 Jahren ist die Lage stabil – Einwohner- und Gewerbezahlen bleiben so gut wie konstant.

Ländliche Gestaltungsräume

Das Landesraumentwicklungsprogramm für Mecklenburg-Vorpommern brachte 2016 eine neue regionale Dynamik in Gang: Darin wird erstmals die Kategorie „Ländliche Gestaltungsräume“ ausgewiesen – damit sind solche Regionen gemeint, deren Wohlstands-, Wirtschafts- und demografische Entwicklung deutlich unter dem Landesdurchschnitt liegt. Das Ziel der Landesregierung war, „bis 2021 eine integrierte, also über bestehende Zuständigkeitsgrenzen hinweg abgestimmte Strategie zur Entwicklung der ländlichen Räume zu erarbeiten“. Vier Modellregionen sollten dabei mit gutem Beispiel vorangehen und ein neues Planungsinstrument erarbeiten – den Regionalen Flächennutzungsplan. Goldberg-Mildenitz ist eine dieser Regionen.

Das Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern bat den Amtsvorsteher Dirk Mittelstädt, Anträge für Förderprojekte einzureichen. Doch er und die weiteren vier Bürgermeister des Amtes weigerten sich. Sie wollten keinen Alleingang ohne ihre Bürger. „Erst muss ein gemeinsames Konzept her und dann können wir über Geld reden“, fasst Mittelstädt die gemeinsame Haltung zusammen. Zusammen mit den Bürgern

Bürgerbotschafter in allen Gemeinden sind der Kontakt zu den Bewohnern



Sie bilden
lokale Räte



Die lokalen Räte wählen
Repräsentanten



Die Repräsentanten bilden mit Amtsleitung und
Thünen-Institut den **Mildenitzrat**



entwickelt das Amt nun ein Zukunftskonzept. Auf seiner Grundlage soll später der Regionale Flächennutzungsplan erstellt werden.

Bürger mit Botschaften

Die finanziellen Mittel für einen breiten Beteiligungsprozess zusammenzutragen, war keine leichte Aufgabe für das Amt. Unterstützung kam vom Land Mecklenburg-Vorpommern, der Industrie- und Handelskammer zu Schwerin, dem Regionalen Planungsverband Westmecklenburg und der Metropolregion Hamburg. Das Thünen-Institut für Regionalentwicklung mit Sitz in Bollewick und Berlin wurde damit beauftragt, den Beteiligungsprozess zu begleiten. Dieser soll über einen Zeitraum von 18 Monaten in fünf Gemeinden mit insgesamt 36 Dörfern in Bewegung gebracht und lebendig gehalten werden.

Um viele Bürger zu erreichen, bauten die Planer zwei Strukturen zur Mitwirkung auf: Die erste ist die recht bekannte Form der öffentlichen Zukunftswerkstätten. Dabei erarbeiten kommunale Vertreter und Bürger mit externen Moderatoren Inhalte, Ziele, Projekte und Visionen für ihr Zukunftskonzept. Das Thünen-Institut entschloss sich, amtsweite Zukunftswerkstätten durchzuführen. Zusätzlich soll es weitere davon mit thematischem Fokus in jeder einzelnen Gemeinde geben. Das soll sowohl das Amt als auch die Gemeinden stärken. Die zweite Struktur ist das gemeinsame Kommunizieren und Entscheiden. Die Basis dafür bilden Bürgerbotschafter in den einzelnen Dörfern. In einem amtsweiten Aufruf konnten sich Bürger melden, die die Entstehung des Zukunftskonzeptes vor Ort unterstützen möchten. Die einzigen Voraussetzungen: gerne kommunizieren und gut vernetzt sein. Die Botschafter sind nun direkte Ansprechpartner für die Bürger der Gemeinden, sind immer auf dem aktuellen Stand der Entwicklungen und können Auskunft zum Prozess geben – ob in der Feuerwehrversammlung, beim Fußballtraining oder am Gartenzaun. Gleichzeitig sammeln sie Ideen und Anregungen für das Konzept und fangen Stimmungen ein. Sie bilden also die direkten Schnittstellen zwischen Bürgern, Amt und Planungsbüro.

Lokale Räte

26 Bürgerbotschafter haben sich in den ersten drei Monaten gemeldet und die Zahl wächst – Männer, Frauen, Junge, Alte, alle mit unterschiedlichen Interessen. Sie denken auf Gemeindeebene in fünf nicht institutionellen Räten über die gemeinsame Zukunft ihrer Gemeinde und des gesamten Amtes nach. Diese lokalen Räte sollen dauerhaft Ansprechpartner für das Amt sein und den Beteiligungsprozess in der Form unterstützen, wie sie es für gut und machbar halten – beispielsweise indem sie inhaltliche Ideen oder eigene Austauschformate entwickeln.

Die Kleinstadt Goldberg, die massiv von Leerstand betroffen ist, nutzt das Instrument schon: Auf der ersten Sitzung des Goldberg-Rates erschienen 14 Bürger. Im Austausch wurde deutlich, dass es keinen Ort mehr gibt, um ins Gespräch zu kommen und das Miteinanderdenken wieder zu etablieren. Als Lösungsansatz entstand die Idee der Bürgerspaziergänge. Zu diesen Rundgängen in der Gemeinde ist jeder eingeladen, der wieder ins Gespräch kommen möchte. Worüber, das ist erst einmal offen.

Zwei bis vier Repräsentanten je Gemeinde werden in den übergeordneten Mildnitz-Rat gewählt. Dieses Gremium besteht außerdem aus Vertretern des Amtes sowie des Planungsbüros und entscheidet über die Inhalte des Zukunftskonzeptes.

Neue Schnittstelle

Eine solch breite und neue Kommunikations- und Mitwirkungsstruktur muss wachsen und sich Schritt für Schritt etablieren. Noch stehen die Beteiligten am Anfang des gesamten Prozesses. Eines wurde bereits sehr deutlich: Die Struktur braucht Aufmerksamkeit und Pflege. Im Amt Goldberg-Mildnitz übernehmen diese Aufgabe Sachbearbeiterinnen der Regionalentwicklung. Sie arbeiten in neu eingerichteten Stellen an der Schnittstelle zwischen Amt und Bürgern und sitzen räumlich ausgelagert im Tourismusbüro, nicht im Amtsgebäude. Als Ansprechpartnerinnen für die Bürgerbotschafter unterstützen sie auf Wunsch dabei, die lokalen Räte einzuberufen und schreiben auch schon mal das

Protokoll. Bei ihnen laufen alle Informationen zusammen. Häufig werden sie angesprochen: „Sagen Sie mal, so eine Zukunftswerkstatt, was ist das eigentlich?“

Zeit für Stimmungswechsel

Die erste amtsweite Zukunftswerkstatt fand in der Feuerwehrrhalle statt. Eine Karte des Amtes aus bunten Klebestreifen bedeckte die halbe Halle, sieben Ideentische mit bunten Steckfahnen und blauen Projektsteckbriefen füllten den Raum. Innerhalb von 60 Minuten entwickelten die etwa 100 Bürger hunderte Visionsbausteine und Ideen. Sie hatten keine Scheu, ihre Vorschläge einzubringen. Vor Ort entstanden erste Kooperationen – zum Beispiel für eine neue Gastronomie in Goldberg. Nun gilt es, die Ergebnisse auszuwerten und aus ihnen die Arbeitsgrundlagen für die Zukunftswerkstätten in den einzelnen Gemeinden zu entwickeln. Durch diese können die Themen Schritt für Schritt vertieft und gleichzeitig lokal verankert werden.

Auch wenn der Prozess noch ganz am Anfang steht, ist eines schon deutlich geworden – es ist Zeit für einen Stimmungswechsel im Amt. Ein Mitglied des Mildnitz-Rates hat es so ausgedrückt: „Ich habe zehn Jahre lang gemeckert, nun möchte ich endlich etwas tun.“

SERVICE:

Wissenswert: Das Thünen-Institut für Regionalentwicklung führt gerade das bürgerwissenschaftliche Forschungsprojekt „Landinventur“ in Mecklenburg-Vorpommern durch. Ziel dieses vom Bundesforschungsministerium geförderten Projekts ist, mit Hilfe von Laienforschern ländliche Räume neu und alltagsnah zu beschreiben.

www.landinventur.de



KONTAKT:

Siri Frech
Thünen-Institut für Regionalentwicklung
frech@thuenen-institut.de
www.thuenen-institut.de

Kommunikation und Selbstbestimmung

Im brandenburgischen Storkow wird Beteiligung großgeschrieben: Allen Ortsteilen stehen Ortsteilbudgets zur Verfügung. Was sich die Bürger darüber hinaus von der Stadt wünschen, schildern sie ihrer Bürgermeisterin persönlich bei ihren jährlichen Ortsbegehungen.

[VON ANDREA BIRRENBACH]

Wenn die Bürger von Storkow finden, dass ihre Dorfgemeinschaftshäuser einen neuen Anstrich brauchen, dann krempeln sie selbst die Ärmel hoch: Sie verteilen Handzettel im Ort, auf denen steht, welche Werkzeuge nötig sind und wann es losgeht. Erfahrungsgemäß kommen zahlreiche Einwohner, die mit anpacken. Das Geld für solche Aktionen nehmen sie aus ihren Ortsteilbudgets. Wofür sie ihre Gelder ausgeben, entscheiden sie selbst. Ihrer Bürgermeisterin Cornelia Schulze-Ludwig zeigen sie jedes Jahr vor Ort, was sie geschafft haben und was noch ansteht. Außerdem besprechen sie mit ihr, was sie nicht selbst meistern können, sondern von der Stadt erwarten.

Die Ortsteilbudgets und die Ortsbegehungen der Bürgermeisterin gehören zu den wichtigsten Instrumenten der Bürgerbeteiligung in Storkow. Der Weg hin zu dieser Beteiligungskultur führte in Storkow über die Gemeindegebietsreform im Jahr 2003. In die Stadt Storkow wurden damals umliegende Dörfer eingemeindet. Heute besteht Storkow aus der Kernstadt mit sechs Stadtteilen und 14 Ortsteilen, es hat rund 9 000 Einwohner. „Die Storkower in den Ortsteilen fühlten sich damals durch die Gebietsreform von der Stadt fremdbestimmt“, sagt Cornelia Schulze-Ludwig. Deshalb war aus Sicht der Bürgermeisterin mehr Bürgerbeteiligung nötig. Da kam die Anfrage der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNE) recht, im Jahr 2012 eine Bestandsaufnahme zu machen: Die Studierenden des Masterstudiengangs „Ökologie und Regionalentwicklung“ befragten über 200 Bürger in Einzelinterviews, sogenannten Küchentischgesprächen, nach dem Verhältnis zu ihrem Wohnort. Außerdem füllten knapp 300 Bürger Fragebögen aus. Da es Überschneidungen beider Gruppen gab, gehen die Wissenschaftler davon aus, dass letztlich rund 400 Bürger ihre Meinung gesagt haben. Das Fazit: Viele Bürger brachten sich in ihren Ortsteilen ein, fühlten sich dort wohl, jedoch von der Stadt nicht ausreichend wahrgenommen.

Ortsspaziergang mit Verwaltungsmitarbeitern

„Solche Befragungen sind ein sinnvolles Instrument, weil sich die Bürger dadurch intensiv mit ihrem Ort beschäftigen, Dinge durchdenken, Ideen entwickeln und Pläne schmieden“, bilanziert Schulze-Ludwig. Als Konsequenz der Befragungen besucht die Bürgermeisterin nun regelmäßig einmal im Jahr die 14 Ortsteile, denn die Bürger wünschten sich mehr Nähe zur Verwaltung. Mittlerweile geht sie auch in die sechs Stadtteile der Kernstadt. Begleitet wird sie dabei von Mitarbeitern der Verwaltung, etwa dem Bauamtsleiter und dem Bauhofleiter. „Der direkte Kontakt zu den Menschen ist toll, und ich kann gleichzeitig die Ansprechpartner im Rathaus vorstellen: wer beispielsweise dafür zuständig ist, dass die Straßenlampen oder die Schlaglöcher repariert werden. Wir merken durch die rege Teilnahme, dass viele Bürger interessiert sind und ein Bedürfnis haben, uns zu zeigen, was ihnen noch nicht gefällt.“ Das Besprochene wird protokolliert und nach und nach im Rathaus abgearbeitet.

Gelebte Bürgernähe

Zusätzlich besuchte Schulze-Ludwig in diesem Jahr erstmals alle 14 Feuerwehrrandorte der Stadt, nimmt an Einwohnerversammlungen und themenbezogenen Treffen zu aktuellen Anliegen wie Integration und an thematischen Arbeitsgruppensitzungen teil. Sie versucht, möglichst überall präsent zu sein, wo Gesprächsbedarf besteht: „Das muss sein, das ist mir ganz wichtig. Ich verstehe meinen Job so“, sagt sie. „Als Bürgermeisterin muss man Spaß am Bürgerkontakt haben. Auch wenn ich einkaufen gehe, plane ich mehr Zeit ein, weil mich immer jemand anspricht.“ Für Schulze-Ludwig ist das Engagement für ihren Ort mehr als ein Beruf: Mit 20 wurde sie ehrenamtliche Bürgermeisterin von Alt Stahnsdorf, dem Storkower Ortsteil, in dem sie aufwuchs und heute noch lebt. Auch wissenschaftlich hat sie ihre Heimat analysiert: Sie studierte in Berlin Stadt- und Regionalsoziologie als Hauptfach, ihre Diplomarbeit



Bürgermeisterin Cornelia Schulze-Ludwig (vorne in schwarzer Kleidung) bei der Ortsbegehung in Wochowsee, dem kleinsten Ortsteil von Storkow (Mark)

behandelte „Endogene Potenziale der ostdeutschen Kleinstadt Storkow“. Seit 2011 arbeitet sie nun als hauptamtliche Bürgermeisterin von Storkow. Weggezogen ist sie nie, auch als Studentin pendelte sie immer zwischen ihrem Heimatort und der etwa eine Autostunde entfernten Hauptstadt. Ist gelebte Bürgernähe der Verwaltung also nur möglich, wenn eine Bürgermeisterin derart verwurzelt ist? Schulze-Ludwig findet: Nein. „Ortsbegehungen und Ortsteilbudgets – beides ist auf andere Orte übertragbar.“

Eigenes Geld für eigene Ideen

In Storkow war sie es, die die Ortsteilbudgets einführte. Sie möchte den Einwohnern dadurch Entscheidungsfreiheit geben. „Außerdem schaffen die Bürger dadurch Mehrwerte“, sagt sie, etwa wenn es um Projekte wie die Renovierung des Dorfgemeinschaftshauses geht. „Die Bürger beauftragen nicht einfach eine Malerfirma, sondern sie kaufen Farbe und streichen gemeinsam an. So tun sie auch etwas für den Zusammenhalt im Ort.“ Sie ist sich sicher, dass eine Identifikation mit der Stadt Storkow nur dann gelingen kann, wenn die Bürger der Ortsteile merken, dass sie etwas davon haben, Teil der Stadt zu sein. Die Ortsteilbudgets, die aus der Stadtkasse kommen, helfen aus ihrer Sicht dabei. „Doch für die Stadtkämmerer ist es wirklich kompliziert, die Ortsteilbudgets zu verbuchen.“ Das Geld kann nicht als Gesamtposten bewilligt werden, sondern Orts- teilbürgermeister und Ortsbeiräte müssen ihre Jahresplanung im September des Vorjahres machen und bereits dann festlegen, was sie mit ihrem Ortsteilbudget vorhaben. Die Kämmerer buchen die einzelnen Posten schließlich separat. Derzeit arbeitet das Land Brandenburg daran, dieses Prozedere zu vereinfachen.

Momentan stehen jedem Storkower Ortsteil 1 000 Euro als Jahresbudget plus 3,25 Euro pro Einwohner frei zur Verfügung. „Die Höhe wurde in einer Zeit

festgelegt, als Storkow noch große Fehlbeträge hatte. Wir könnten nun über eine Erhöhung nachdenken“, sagt Schulze-Ludwig, denn seit 2018 bildet die Stadt Rücklagen. Zusätzlich erhalten alle 14 Ortsteile zusammen eine Kulturförderung von insgesamt 10 000 Euro. Aufgeteilt wird dieser Betrag nach der jeweiligen Einwohnerzahl, 2,92 Euro erhält jeder Ortsteil pro Einwohner. Außerdem gibt es ein Seniorenbudget. Es beträgt ebenfalls 10 000 Euro. Pro Person ab 65 Jahre gibt es aus diesem Budget zwölf Euro pro Ortsteil. Diese beiden Töpfe verwenden die Bürger aller Ortsteile gemeinsam. Auch auf die LEADER-Förderung greifen die Ortsteile zurück, um ihre Ideen zu verwirklichen; Storkow liegt in der LEADER-Region Märkische Seen. Regionalmanagerin Grit Körmer schätzt die Zusammenarbeit mit Schulze-Ludwig, die sich auch im Vorstand der Lokalen Aktionsgruppe engagiert. Die Bürgermeisterin kommuniziert auf Augenhöhe mit den Bürgern, ihre Arbeitsweise trage dazu bei, dass „zwischen Bürgern und Verwaltung ein gutes Verhältnis“ herrsche.

Wie sich die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung und Selbstbestimmung in Storkow tatsächlich auf die Zufriedenheit der Bewohner auswirken, lässt sich schwer in Zahlen abbilden. Was jedoch für sich spricht, ist der Bevölkerungszuwachs: „Dieses Jahr sind wir 75 Personen mehr als im vergangenen Jahr“, sagt Schulze-Ludwig stolz. Sie geht davon aus, dass es auch in den nächsten Jahren weitere Zuzüge gibt. Wahrscheinlich spielt dabei – neben der Bürgerbeteiligung – auch eine Rolle, dass es Storkow wirtschaftlich gut geht und die Ortsteile von einer grünen, seenreichen Landschaft umgeben sind.



KONTAKT:

Cornelia Schulze-Ludwig
Stadt Storkow (Mark)
Telefon: 033678 68-412
schulze-ludwig@storkow.de
www.storkow-mark.de

Wir reden hier über Geld

Bei Bürgerhaushalten entscheiden die Einwohner über den kommunalen Haushalt. Es gibt zahlreiche deutsche Gemeinden, die sich dieser Idee annähern – auch einige ländliche. Wie gut funktioniert das? [VON ANJA RATH]

Im hügeligen Süden von Hessen liegt die Gemeinde Heidenrod, rund 7900 Menschen leben hier. Das Gemeindeparlament hat 2013 einen Bürgerhaushalt ins Leben gerufen, insbesondere um Ideen für Einsparpotenziale zu sammeln. Nun bittet Bürgermeister Volker Diefenbach seine Mitbürger regelmäßig, Vorschläge in die kommunale Haushaltsplanung einzubringen. Ganz oben auf der Liste stehen meist Projekte, um das Dorf zu verschönern oder die Verkehrssituation zu verbessern. Der finanzielle Rahmen liegt in der Regel zwischen 5000 und 25000 Euro.

Ansatz mit Potenzial

„Bürgerhaushalte eignen sich insbesondere für kleinere Gemeinden“, sagt Serge Embacher vom Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE). „Ihre Strukturen sind überschaubarer als die großer Städte und das Bewusstsein, gemeinsam in einer Kommune zu leben, ist größer. Jeder weiß, was dort los ist.“ Um Bürger noch stärker zu aktivieren, unterstützte das BBE die Bundeszentrale für politische Bildung und die Organisation „Engagement global“ über zwei Jahre bei dem Projekt „Netzwerk Bürgerhaushalt“. Das Netzwerk listet aktuell über 240 deutsche Kommunen auf, die Bürger an der Haushaltsplanung beteiligen. Rund die Hälfte davon sind ländlich: große Landkreise, Mittelzentren, kleine Städte und Gemeinden, darunter sechs mit weniger als 5000 Einwohnern. „Dort können Bürgerhaushalte gute Diskussions- und Beteiligungsformate sein“, sagt Embacher. „Wenn man gemeinsam Präferenzen und strittige Fragen

herausarbeitet, beispielsweise, ob die Umgehungsstraße gebaut oder der Ortskern entwickelt werden soll, stiftet das sozialen Zusammenhalt. Gemeinschaftsgefühl entsteht auch durch gemeinsame Streitpunkte.“

Hinter dem Begriff Bürgerhaushalt verbergen sich unterschiedliche Verfahren: von Vorschlagshaushalten mit offenem Finanzrahmen wie in Heidenrod bis zu Bürgerbudgets. Letztere liegen laut des im Oktober 2018 erschienenen neunten Statusberichts des Netzwerks Bürgerhaushalt im Trend. Dabei stellen Kommunen den Bürgern einen festen Betrag zur Verfügung. „Die ursprüngliche Idee des Bürgerhaushalts ist eigentlich eine Erweiterung der Demokratie: Sie geht davon aus, dass die Steuergelder den Bürgern gehören und sie über das bestehende Haushaltsrecht hinaus Einfluss darauf haben sollen, was damit geschieht“, sagt Embacher. Formulierungen wie „Kommunen stellen ihren Bürgern Geld zur Verfügung“ hält er deshalb für gönnerhaft und politisch unangemessen.

Ob Bürgerbudget oder -haushalt – mitunter differenziert man sie gar nicht – beides kann den Austausch vor Ort ankurbeln: Das etwa 7000 Einwohner zählende Ketzin im brandenburgischen Havelland hat rund 24 Prozent der Einwohner dafür gewonnen, sich in die kommunalen Finanzen einzubringen. Für 2019 stellt die Gemeinde einen Topf von 50000 Euro zur Verfügung. Die Bürger konnten Projektvorschläge für maximal 10000 Euro pro Projekt einreichen.

Politisch gewollt

Allerdings ist ein Bürgerhaushalt kein Selbstläufer. „Es ist ernüchternd, aber die Beteiligung der Bürger ist verschwindend gering“, sagt Bürgermeister Diefenbach aus Heidenrod. Die meisten Vorschläge, etwa drei bis fünf in jedem der 19 Ortsteile, bringen die Ortsbeiräte ein. Die erhofften Anregungen für Einsparungen blieben bislang aus. Dabei betreibt die Gemeinde eine spezielle Website und informiert über das wöchentliche Gemeindeblatt. Die Bürger können öffentlich über die Vorschläge, die im Sommer für den Haushalt des Folgejahres eingereicht werden, abstimmen. Danach kommentiert die Gemeinde sie, Gremien beraten darüber und der Gemeinderat entscheidet im Dezember endgültig. „Die Gremien diskutieren die Anliegen intensiver als früher“, sagt Diefenbach. Er findet den Bürgerhaushalt nach wie vor gut. „Meine Empfehlung ist: Durchhalten!“

Das tun jedoch nicht alle: Rund 60 Prozent der beim Netzwerk Bürgerhaushalt aufgelisteten Kommunen haben ihre Aktivitäten mittlerweile eingestellt. „Das Problem vieler schleppend verlaufender Bürgerhaushalte ist, dass auf dem Weg vom Einreichen der Vorschläge zur Entscheidung, welche finanziert werden, oft nicht mehr mit den Bürgern kommuniziert wird“, sagt Serge Embacher. Bei vielen Verfahren brächten die Menschen vor Ort Ideen ein und erführen erst viel später, was daraus geworden ist. „Das Haushaltsrecht sichert den demokratisch gewählten Repräsentanten



Mit Stimmtalern zeigen die Eberswalder, welche Projekte sie am besten finden.

das letzte Wort zu. Da möchte sich keiner so gerne hereinreden lassen.“

Häufig lägen zudem die Interessen der Bürger quer zu denen der demokratisch legitimierten Repräsentanten, so Eindrücke von Akteuren, die sich im vergangenen November zur Internationalen Konferenz Bürgerhaushalte in Berlin trafen. Die Netzwerkakteure diskutieren den Ansatz kontrovers, schreibt Dominik Schlotter vom BBE zur aktuellen Debatte auf der Plattform Bürgerhaushalte. Und teils provokant: Bürgerhaushalte untergraben die repräsentative Demokratie, so eine Position. Eine gemäßigte sieht in Bürgerbudgets eine Ergänzung demokratischer Entscheidungsprozesse, die den Dialog zwischen Bürgern und politischen Entscheidern fördert. Gleichzeitig müsse man die Bürgerbeteiligung selbst ambivalent betrachten: Die Bürger, die sich beteiligten, kämen überdurchschnittlich häufig aus gebildeten Milieus, die Selektivität sei damit ein Problem. Die Stadt Eberswalde hat für ihren Bürgerhaushalt deshalb ein neues Verfahren eingeführt. „Es gibt bewusst keine inhaltliche Diskussion“, sagt Serge Embacher. „Dahinter steht die Erfahrung, dass sich bei klassischen Beteiligungsverfahren häufig wenige und immer dieselben Menschen einbringen.“ Dabei könne der Eindruck entstehen, sie verträten die öffentliche Meinung.

Sich reinreden lassen

In Eberswalde können nun bei einer volksfestähnlichen Veranstaltung alle Einwohner ab 14 Jahren fünf Stimmtaler in Vasen zu den eingereichten Projektvorschlägen werfen. Damit entscheiden sie über ein Budget von 100 000 Euro. Der Stadtrat hat sich dazu verpflichtet, dem Bürgerwillen zu folgen. 2016 beteiligten sich etwa sieben Prozent der rund 36 500 Eberswalder; zehn Projekte wurde umgesetzt: 15 000 Euro flossen beispielsweise in ein Einsatzfahrzeug für eine Rettungshundestaffel, 2 500 Euro in den Kletterturm einer sozialen Einrichtung. Die Verwaltung von Eberswalde prüft vor jeder Abstimmung, ob die Vorschläge zulässig sind. Im Durchschnitt kommen zwei Drittel von rund 100 Projekten zur Abstimmung. Die Kommune veröffentlicht alle Vorschläge und begründet, wenn sie nicht gültig sind, also beispielsweise der Vorschlag das Budget überschreitet oder der Antragsteller in den vergangenen drei Jahren schon Geld daraus erhalten hat.

„Mit den Füßen abstimmen“, nennt Serge Embacher den Weg von Eberswalde und begrüßt den Rahmen der Abstimmung, der im besten Sinne des Wortes volkstümlich sei. Andernorts kann aber auch eine inhaltliche Auseinandersetzung, beispielsweise in Form einer Zukunftswerkstatt oder eines Runden

Tisches, sinnvoller sein – also ein Diskurs. Das elsässische Kingersheim reagiert mit partizipativen Räten auf Bedarfe aus der Bürgerschaft. Darin arbeiten ausgeloste Bürger gemeinsam mit Vertretern involvierter Verbände und Zuständigen aus der Verwaltung Beschlussvorlagen für den Stadtrat aus. Bürgermeister Joseph Spiegel sagt dazu in einem Interview mit dem Deutschlandfunk: „Wichtig ist dabei, dass wir uns als gewählte Vertreter nicht anmaßen, alles allein vorab zu entscheiden.“

SERVICE:

Netzwerk Bürgerhaushalte
www.buergerhaushalt.org

Bürgerbudget von Eberswalde
www.eberswalde.de/Buergerbudget.2159.0.html

Bürgerhaushalt von Heidenrod
<http://buergerhaushalt.gemeinde-heidenrod.de/>



Auf Augenhöhe

Mitbestimmung kann anstrengend sein – für die Bürger und die Gemeindevertreter. Dennoch lohnt sie sich, wie die Erfahrungen der Dorfgespräche in Oberbayern zeigen.

[VON FLORIAN WENZEL UND CHRISTIAN BOESER-SCHNEBEL]

„Das entscheidet der Gemeinderat, da habt ihr nichts zu sagen!“ Diese Reaktion erlebte Sozialwissenschaftler Florian Wenzel beim Austausch zwischen kommunalen und bürgerlichen Akteuren – aber auch gegenteilige. Mit den sogenannten Dorfgesprächen möchten er und seine Projektpartner zeigen, dass die Demokratie insbesondere dann profitiert, wenn alle Menschen aus einem Ort sich persönlich begegnen. Auch jene, die nicht durch Vereinsarbeit oder Dialekt als zugehörig empfunden werden. Dabei soll ein rationaler und zugleich emotionaler sowie wertorientierter Dialog die Bürger in intensiven Austausch miteinander bringen – ganz nach dem Motto: „Wir haben uns ja gerade noch gefehlt.“

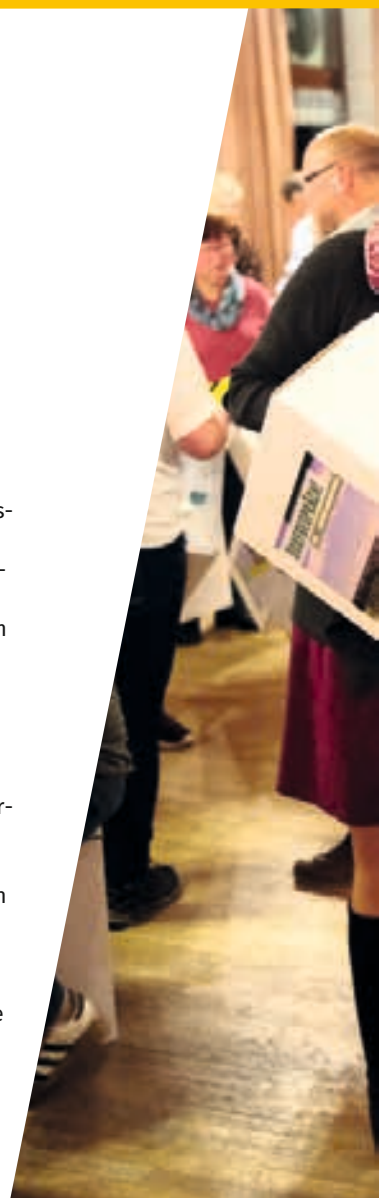
Jenseits klassischer Strukturen

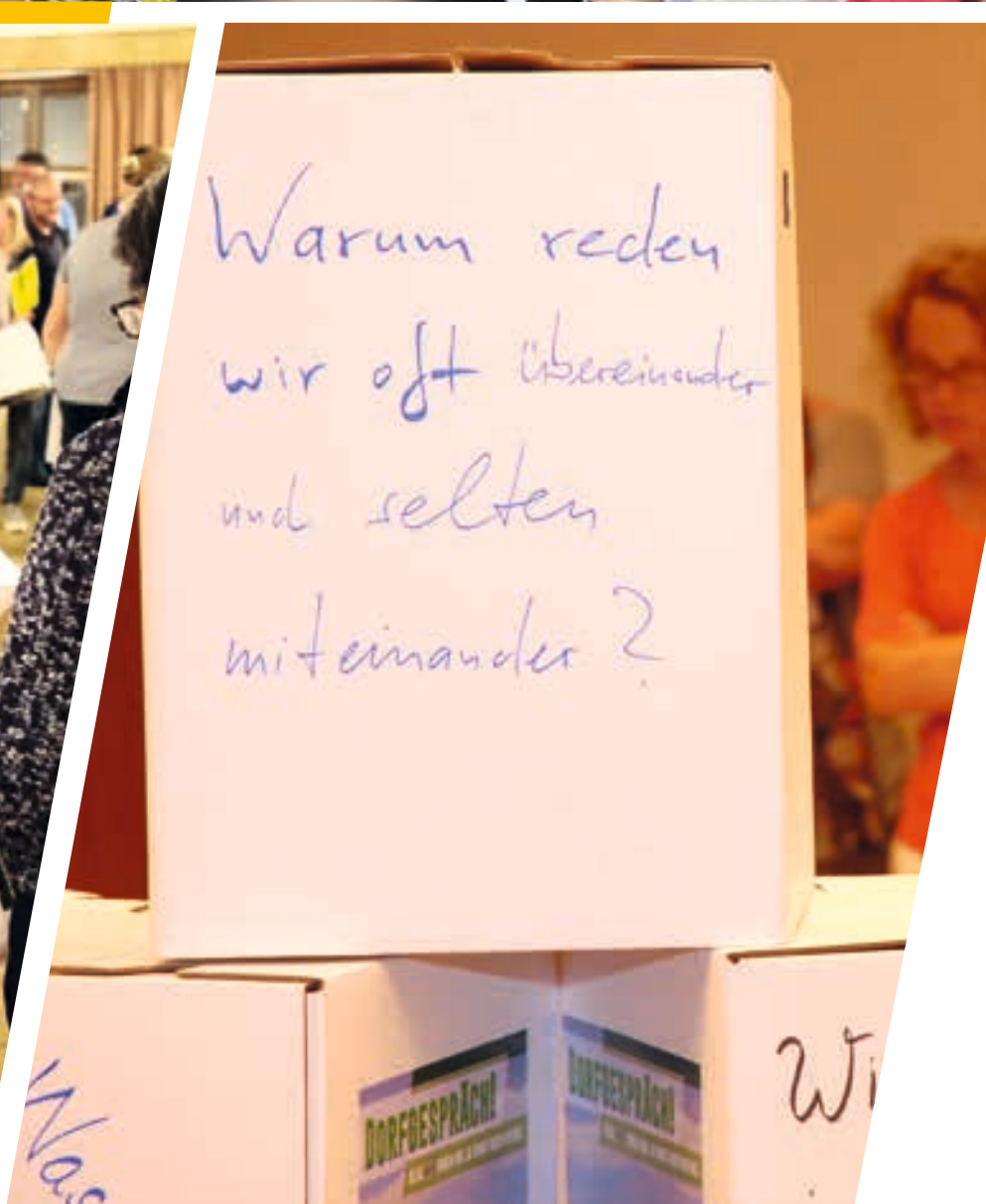
Die Idee zu den Dorfgesprächen hatten Florian Wenzel, Inhaber des Beratungsunternehmens Peripheria, und Christian Boeser-Schnebel vom Lehrstuhl für Pädagogik an der Universität Augsburg im Jahr 2015. Damals beobachteten sie, wie im ländlichen Raum vielerorts Helferkreise für Geflüchtete entstanden. Diese waren aus Sicht der beiden überraschend vielfältig

zusammengesetzt: Menschen, die sich vorher kaum ausgetauscht hatten, arbeiteten plötzlich zusammen. Darauf wollten sie aufbauen. Die Bundeszentrale für politische Bildung ermöglichte schließlich im Rahmen eines Modellprojekts, „Dorfgespräche“ in zehn Kommunen im ländlichen Raum Oberbayerns zu erproben und zu evaluieren.

Ein neues Wir schaffen

Die Dorfgespräche laufen immer ähnlich ab. In Halfing, einer der zehn oberbayerischen Kommunen, kontaktierten die Initiatoren beispielsweise in einer zweimonatigen Vorbereitungsphase circa 40 unterschiedliche Schlüsselpersonen: sowohl Gemeindevertreter als auch Einzelpersonen – bewusst solche, die bisher nicht in offiziellen Ehrenamtsfunktionen präsent waren. Sie wurden zu ihren Assoziationen zum Dorf befragt und sollten einschätzen, welche Ressourcen und Potenziale für Veränderungen das Dorf hat. Auf dieser Basis wurden drei je dreistündige Dialogabende geplant. Durch Flyer mit motivierenden Statements der Schlüsselpersonen, die an alle Haushalte verteilt wurden, luden die Projektakteure das gesamte Dorf ein. Zusätzlich bewarb ein Interviewfilm auf dem Videoportal vimeo





die Dialogabende. Ziel war es, dass sich anwesende Gemeinderäte, Bürgermeister, Verwaltungsmitarbeiter und Bürger auf Augenhöhe austauschen.

Der erste Dialogabend fand in einem Bierzelt mit 180 Dorfbewohnern statt – einem klassischen Dorffest ähnlich. Die Initiatoren ordneten die Bewohner verschiedenen Gruppen zu, beispielsweise Alteingesessenen und Zugezogenen, woraus sich Gesprächsthemen entwickelten. Die Alteingesessenen forderten auf: „Kommt doch zu unserem Verein!“ Die Zugezogenen verharrten in der Position: „Auf mich geht keiner zu, das ist ja eh nur ein geschlossener Club!“ Es gab noch weitere Konflikte, beispielsweise zwischen den Bewohnern des Kernorfes, die die Dorfmitte stärken wollten und denen der Außendörfer, die sich abgehängt fühlten. Einige Anwohner wünschten sich ein ruhigeres, Geschäftsleute hingegen ein belebteres Dorf. Solche Konflikte zeigten, wie notwendig es war, sich zu den verschiedenen Sichtweisen zu verständigen und sich damit auseinanderzusetzen, wer das Wir im Dorf eigentlich ist, wie das Dorf gemeinsam gedacht und gestaltet werden kann.

Beim zweiten Dialogabend entwickelten kleinere Gruppen von Dorfbewohnern gemeinsam spannungsreiche Fragen an die Dorfgemeinschaft: Wie offen gehe ich auf Fremde zu? Wieviel Veränderung möchten wir – jeder von uns – wirklich herbeiführen? Warum scheuen wir uns so sehr davor, mit Traditionen zu brechen und Neues zu beginnen? Warum ist es so schwer, Personen in die Gemeinschaft aufzunehmen, die nicht in einem Verein tätig sind? Gehen wir so respektvoll mit Randgruppen um, wie wir es für uns selbst wünschen würden? Die darauffolgenden Diskussionen zeigten, dass gerade das aktive Ansprechen von Konflikten neue Perspektiven eröffnen kann. So tauschten sich der Helferkreis für Geflüchtete und die Bürgerhilfe für Dorfbewohner zu ihren Wertvorstellungen aus und vereinheitlichten daraufhin die Regelungen für Fahrdienste und Sachspenden.

Beim dritten Dialogabend schließlich entwickelten die Teilnehmer eigenständige Bürgerprojekte, die ihren Interessen entsprachen und die sich nicht mit den Defiziten des Dorfes beschäftigten. Dabei forderten sie auch die politisch Verantwortlichen der jeweiligen Gemeinde auf, Möglichkeiten zur Unterstützung der Ideen zu nennen.

Ergebnisse unterschiedlich

In einer anderen Kommune sahen die Gemeindevertreter das offene und bürgerorientierte Vorgehen zunehmend als Konkurrenz zu den Gemeindeaufgaben an. Sie hinterfragten den Sinn des Dorfgesprächs: Die eigentlich engagierten Bürger saßen doch im Gemeinderat. In der gleichen Kommune ergriffen Engagierte des Mutter-Kind-Heims mit angeschlossenem Kindergarten die Initiative; diese Einrichtung stand bisher wegen vermeintlicher Bündelung sozialer Probleme

am Rande der Gemeinschaft. Die im Mutter-Kind-Heim Aktiven nahmen die Dorfgespräche zum Anlass, ihre Räume für Vereine zu öffnen. Außerdem etablierten sie selbstbewusst ein eigenes Veranstaltungs- und Begegnungsprogramm mit dem Titel „Dorfmitte“. Dort werden seitdem halbjährliche Treffen mit Bürgerinnen sowie von den Einwohnern initiierte Workshops für Kinder und Jugendliche angeboten. In diesem Ort gelang die Zusammenarbeit mit der politischen Gemeinde bisher nicht. Dieses Beispiel zeigt aber, dass Bürgerbeteiligung vor Ort auch bedeuten kann, nicht zu warten, bis man von politischer Seite eingeladen wird, sondern selbst proaktiv zu handeln.

In einer weiteren Kommune führte das Dorfgespräch dazu, dass drei Neubürgerinnen regelmäßig ein umfassendes Dorfblatt herausbringen. Die Gemeinde stellt finanzielle Mittel und logistische Unterstützung zur Verfügung. Sie unterstützte aktiv die Bürger dabei, die eigenen Wertvorstellungen lebendig werden zu lassen und sie in neuen selbstgeschaffenen und eigenbestimmten Strukturen umzusetzen.

Mitbestimmung kann sich lohnen

Für das Konzept, die Umsetzung, die wissenschaftliche Begleitung, Weiterbildungen und Publikationen des Modellprojekts „Dorfgespräche“ stellte die Bundeszentrale für politische Bildung von 2017 bis 2019 insgesamt 130 000 Euro zur Verfügung, zusätzlich engagierten sich viele Bürger ehrenamtlich in den Prozessen vor Ort. Das Landratsamt Rosenheim unterstützt das Projekt durch Werbung in den Kommunen und Vernetzung mit Bildungsanbietern. Es bildet die Schnittstelle zu den Gemeinden in der Region, die sich für eine Teilnahme bewerben konnten. Zusammen mit örtlichen Strukturen wie Caritas, Diakonie und Bildungswerken schufen die Initiatoren seit 2015 zudem neue Foren des Austauschs und der Kooperation zwischen Verwaltung, Politik und Bildungsträgern, die offen für neue bürgerorientierte gesellschaftliche Anstöße sind.

Die Bürger in Oberbayern haben die Erfahrung gemacht, dass es sich lohnen kann, das demokratische Miteinander mitunter selbst zu gestalten. Das Dorfgespräch stellt damit auch die Machtfrage vor Ort: Es hinterfragt örtliche Hierarchien dann, wenn sie keine schöpferische Weiterentwicklung mehr ermöglichen. Seit 2018 wird das Projekt durch bestehende Kooperationen, etwa mit dem Sächsischen Volkshochschulverband, nach Ostdeutschland ausgedehnt und soll dort insbesondere im Vorfeld der anstehenden Landtagswahlen zum Einsatz kommen.

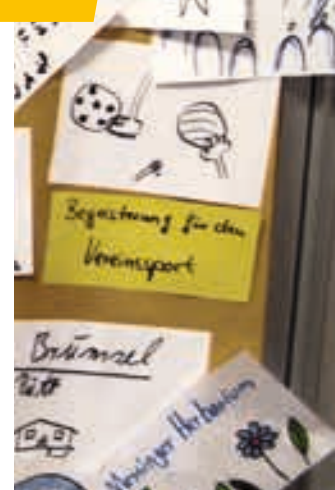
SERVICE:

Das detaillierte Vorgehen, Dokumentationen und visuelle Eindrücke sind auf der Projektwebsite www.dorfgespraech.net zu finden. Filmische Einblicke gibt es auf www.vimeo.com/dorfgespraech, die Publikation auf www.mitarbeit.de/dorfgespraech.



KONTAKT:

Florian Wenzel
periphieria.de – Bildung und Begegnung
Telefon: 08055 189157
florian.wenzel@periphieria.de
www.periphieria.de



Mit Stiften und Farbe entwickelten die Bewohner von fünf Dörfern im westlichen Niedersachsen einen Plan für ihren Ort. Die bunten Zukunftsszenarien sind nun in den Zentren der Dörfer ausgestellt – und teilweise schon umgesetzt. [VON ANNETTE WILBERS-NOETZEL]

Kreative Dorfentwicklung

Über einen Zeitraum von sechs Monaten fanden in allen Orten eine Auftaktveranstaltung, zwei „Arbeits-Mal-Gruppensitzungen“ sowie eine Abschlussveranstaltung statt. Immer mit dabei: Stifte und Farben. Während der Arbeitsphasen ließen die Dorfbewohner ihrer Kreativität freien Lauf. Sie bearbeiteten Themen, mit denen sie sich für das Projekt beworben hatten, mithilfe der Methode „Appreciative Inquiry“, einer wertschätzenden Befragung. Ob Umfeldgestaltung am Badensee

LandInForm 2/2019 **27**

Zusammenarbeit dank Mitmachamt

Die Einwohner von Weyarn wenden sich mit ihren Ideen an eine zentrale Stelle: das Mitmachamt. Die Bürgerbeteiligung in dem kleinen bayerischen Ort ist in einer Satzung fest verankert. [VON KATJA KLEE]

Weyarn ist eine ländliche Gemeinde, etwa 35 Kilometer südöstlich von München gelegen, mit inzwischen 3 800 Einwohnern, die in 21 Dörfern und Weilern auf einer Fläche von 47 Quadratkilometern leben. Ziemlich genau in der Mitte wird die Gemeindeflur von der Autobahn A8 durchschnitten. Die Sozialstruktur der Bevölkerung ist gemischt: Neben traditionell ländlichen Milieus gibt es viele städtisch geprägte Neubürger und Pendler. Vor allem in den vergangenen Jahren ist die Bevölkerung im Hauptort Weyarn stark angewachsen, da hier zwei größere Baugebiete ausgewiesen wurden. Zahlreiche Neubürger zog es nicht nur wegen der attraktiven Wohnlage vor den Toren Münchens, den vielen Freizeitmöglichkeiten und der intakten Dorfstruktur rund ums altherwürdige Augustiner Chorherrenstift nach Weyarn, sondern auch wegen Weyarns Ruf als Mitmach-Gemeinde. Was hat es damit auf sich?

Der Weyarner Weg der Bürgerbeteiligung
Die Gemeinde Weyarn ist in den Jahren 1993 bis 2014 einen ganz eigenen Weg der Bürger-

beteiligung gegangen, der überregional anerkannt und mit zahlreichen Auszeichnungen prämiert wurde. Unter den mehr als 11 000 Kommunen der Bundesrepublik ist sie eine der wenigen, in der die Bürgerbeteiligung durch eine kommunale Satzung fest verankert ist. Diese sieht auch eine eigene Koordinationsstelle für die Bürgerbeteiligung vor, das sogenannte Mitmachamt. Ausgangspunkt dieser Entwicklung war die Teilnahme der Gemeinde am bayerischen Dorferneuerungsprogramm Anfang der 1990er-Jahre. Für dieses umfassende Förderprogramm mit mehrjähriger Laufzeit ist die Mitwirkung der Bürger bei der Dorfgestaltung Bedingung.

In Bürgerwerkstätten, Ortschaftsversammlungen und Arbeitskreis-Sitzungen wurde in vier Jahren – von 1993 bis 1997 – unter der Anleitung eines Architekten, der bald nur noch „der Dorfplaner“ hieß, ein Dorf- und Gemeindeentwicklungsplan erarbeitet. Rund 300 Bürger, damals immerhin jeder zehnte Weyarner, beteiligten sich an diesem Prozess. Das umfassende Geheft mit

Bestandsaufnahme, Konzepten und Maßnahmen war das „Hausaufgabenheft für die nächsten zehn Jahre“ in der Gemeindeentwicklung und sah Investitionen in Millionenhöhe vor.

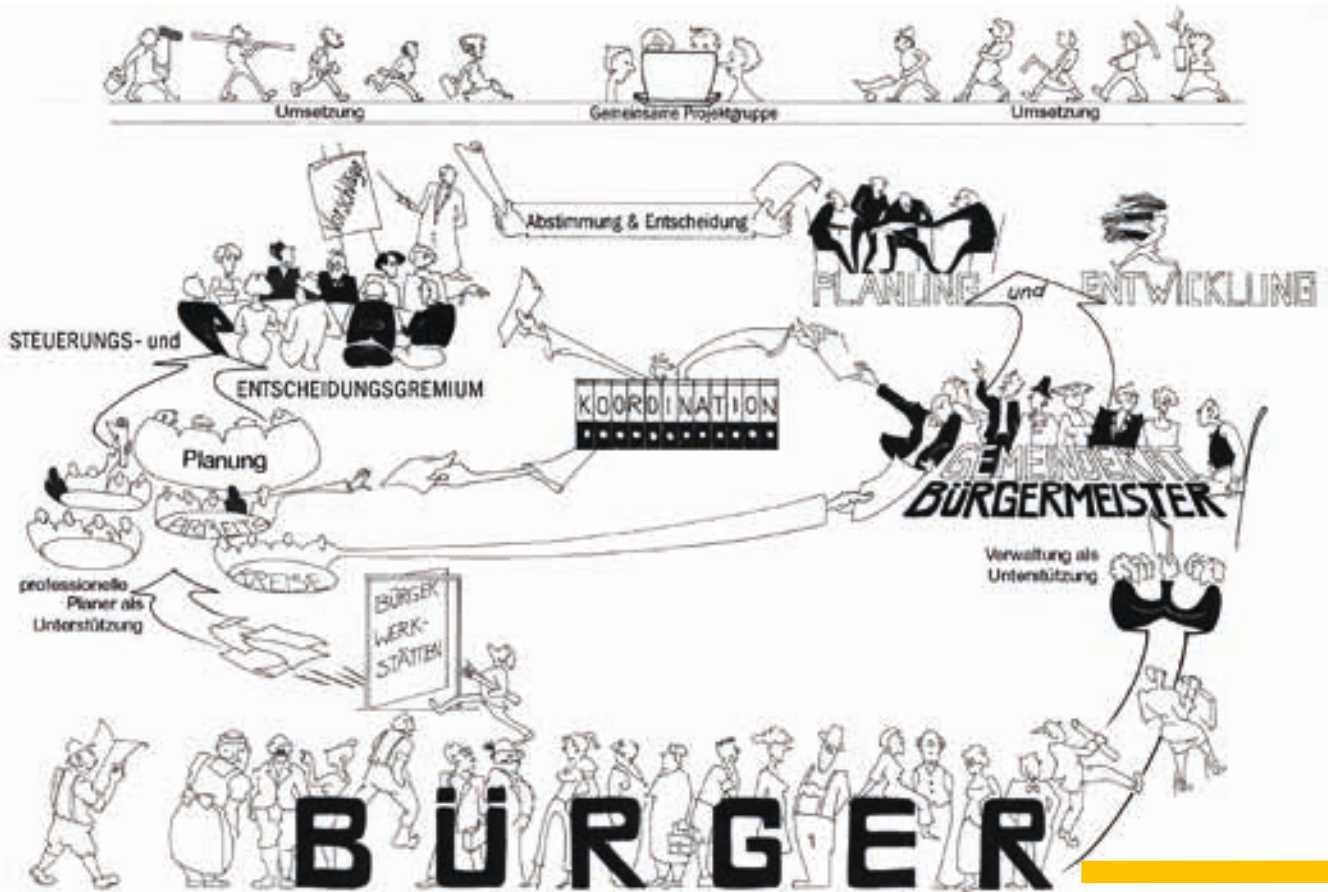
Ab 1998 erfolgte dann die Umsetzung der Planungen: Gemeinsam mit den Bürgern wurden zahlreiche Ortsverschönerungsmaßnahmen, Verkehrsberuhigungen, der Bau von Infrastruktureinrichtungen, die Einrichtung einer ehrenamtlich geführten Bücherei und eines Dorfladens und sogar der Neubau einer Schule auf der grünen Wiese, mit Wasser und viel Licht, wie es sich die Schüler wünschten, geplant und durchgeführt. Daneben entstand das Gemeindeleitbild: „Wir wollen ländlicher Raum bleiben. Wir planen die Zukunft mit dem Bürger.“ Es wurde eine Gemeindechronik herausgegeben und es gab zahlreiche ehrenamtliche Initiativen und Aktivitäten.

Die Koordinationsstelle für Bürgerbeteiligung

Da die wachsende Anzahl an Projekten nicht mehr nebenbei mit den vorhandenen Ressourcen der Verwaltung organisiert und koordiniert werden konnte, beschloss der Gemeinderat bereits 1998, eine Koordinationsstelle für Bürgerbeteiligung im Rathaus einzurichten. Die Halbtagesstelle wurde mit einer erfahrenen Verwaltungskraft besetzt. Sie sorgt für den Informationsfluss zwischen Gemeinderat, Verwaltung und engagierten Bürgern, organisiert Veranstaltungen, stellt Kontakte zu Behörden und Förderstellen her, koordiniert die Öffentlichkeitsarbeit und ist vor allem als Ratgeberin und Gesprächspartnerin rund um die Partizipation vor Ort gefragt.

Ein Dorf baut seine Schule: Eltern, Lehrer, Schüler und Architekten arbeiten im Arbeitskreis Schule mit.





Dieses Konstrukt trägt ganz wesentlich dazu bei, dass sich auf allen Feldern der Gemeindepolitik eine Beteiligungskultur entwickeln kann. Ganz wichtig ist dabei, dass Politik und Verwaltung sich öffnen und verstehen, dass sie nicht immer alles selber am besten wissen und selber machen müssen, sondern auf die Kompetenzen und die Freude am Mitmachen ihrer Bürger setzen können. Das letzte Wort haben in jedem Fall die gewählten Vertreter im Gemeinderat.

Um den Schritt von der über viele Jahre staatlich geförderten Bürgerbeteiligung zur Bürgergesellschaft gehen zu können, wurde im Jahre 2008 die „Satzung zur Weiterführung der Bürgerbeteiligung in der Gemeinde Weyarn“ erlassen. Sie fixiert die zwei Säulen der Entscheidungsfindung der Gemeinde Weyarn: der herkömmliche Entscheidungsprozess über den gewählten Gemeinderat wird ergänzt durch die Bürgerbeteiligung. Dafür sieht die Satzung eine klare Organisationsstruktur mit festen Regeln vor:

- „ Die Bürger-Arbeitskreise gründen sich autonom, sie tagen öffentlich, dokumentieren ihre Tätigkeiten und beraten ihre Projekte regelmäßig im Steuerungsgremium. Sie haben ein Recht auf ein jährliches Budget und auf Weiterbildung sowie externe Beratung. Derzeit gibt es 13 Arbeitskreise.

„ Das Steuerungsgremium besteht aus gewählten sowie von den Arbeitskreisen bestimmten Mitgliedern, es tagt vierteljährlich und öffentlich und fungiert als Koordinationsinstanz der Arbeitskreise. Im Steuerungsgremium werden die Planungsergebnisse der Arbeitskreise besprochen. Ebenso wie deren Budgetanforderungen werden sie anschließend dem Gemeinderat als Beschlussvorlagen vorgelegt.

Echtes Gestalten und nicht nur Kuchen backen

Mit der Satzung wurde die Koordinationsstelle für Bürgerbeteiligung in „Mitmachamt“ umbenannt und als eine direkt dem Bürgermeister unterstellte, hauptamtliche Stelle fixiert. Das Mitmachamt kümmert sich um alle Fragen in Bezug auf Bürgerbeteiligung und dient als Informations-Drehscheibe zwischen Gemeinderat, Verwaltung, Arbeitskreisen und Steuerungsgremium. Auch die jährliche Budgetanmeldung der Arbeitskreise und dessen Verwaltung erfolgen durch das Mitmachamt.

Nach einundneinhalbjähriger Vakanz wurde die Stelle 2013 neu ausgeschrieben. In der Stellenanzeige hieß es, als Sachbearbeiter für das Mitmachamt stehe man „mitten im kommunalpolitischen Geschehen“ und müsse „flexibel auf neue

Anforderungen“ reagieren können. Gerade das ist auch der Reiz und die Herausforderung des Mitmachamts: dafür zu sorgen, dass die Bürger ihre Kreativität und ihr Wissen einbringen können, dass sie gehört und ernst genommen werden und ihre Ideen und Projekte dort landen, wo die Umsetzung erfolgen kann. Eine Umfrage im Rahmen der „Allianz Vielfältige Demokratie“ der Bertelsmann-Stiftung im Jahr 2017 ergab, dass sich jeder zweite Gemeindebürger ehrenamtlich engagiert und auch diejenigen, die selbst – gerade – nicht mitmachen, sind mit den Beteiligungsmöglichkeiten zufrieden. Das war auch schon einmal anders: Als die Koordinationsstelle krankheitsbedingt für längere Zeit unbesetzt war, gingen die Bürgeraktivitäten spürbar zurück und große Projekte blieben aus. Es scheint also wichtig, dass ein „Kümmerer“ vor Ort ist, wenn Bürgerbeteiligung „echtes Gestalten und nicht nur Kuchen backen“ sein soll, wie es eine Weyarner Bürgerin selbstbewusst formuliert.



KONTAKT:

Dr. Katja Klee
Koordinationsstelle/das Mitmachamt Weyarn
Telefon: 08020 1887-24
klee@weyarn.de
www.weyarn.de

- 1 Heute führen viele Pfade durch die Region „Ruhner Land“.
- 2 Neulandgewinnerin Sabine Uhlig stellt beim Tag der Dörfer im Ruhner Land das Wegeprojekt vor.



Neue Region: das Ruhner Land

Ein Landstrich im Nordosten Deutschlands liegt in verschiedenen Bundesländern, Gemeinden und Landkreisen. Aber für die Menschen vor Ort ist er eine Region, die zusammenwachsen soll. [VON SABINE UHLIG UND ANJA RATH]

Lange Zeit war die Region rund um die Ruhner Berge im Nordosten Deutschlands von Teilung geprägt. Quer durch das nur etwa 700 Quadratkilometer große Gebiet verlief zu DDR-Zeiten die Transitstrecke, die West-Berlin und Hamburg verband. Sie trennte Gemeinden voneinander und Verbindungswege waren nicht erwünscht. Seit der Wiedervereinigung verläuft die Landesgrenze zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg durch die Region, außerdem drei Landkreis- und mehrere Gemeindegrenzen. Sechs ländliche Gemeinden aus bis zu sieben Dörfern liegen rund um die Ruhner Berge. Die Schweriner Volkszeitung

veröffentlicht drei Regionalausgaben, die Zeitschrift „Der Prignitzer“ drei unterschiedliche Veranstaltungskalender. Die Buslinien des öffentlichen Nahverkehrs enden an den Grenzen.

Viele LKW-Fahrer nutzen lieber die mautfreien Alleen rund um die Ruhner Berge als Abkürzung von der nahegelegenen A 24 nach Magdeburg, statt die längere Autobahnstrecke über Berlin zu nehmen. Die alten Straßen haben keine Geh- oder Fahrradwege. Alternativen für Fußgänger oder Radler gab es kaum: Viele alte Land- und Kirchwege, die früher Dörfer miteinander verbanden, fielen

in unterschiedliche Zuständigkeiten und wurden oft nicht mehr gepflegt. Andere Teilstücke verschwanden nach und nach unter landwirtschaftlichen Flächen.

Tiefe Gräben?

Das hatte gesellschaftliche Auswirkungen: Die Menschen in einem Dorf erfuhren nicht mehr, was im Nachbardorf los war, trafen sich seltener bei Veranstaltungen oder konnten diese ohne Auto nicht erreichen. Eines allerdings einte die Dörfer: Alle hatten mit einem schnellen Altersanstieg in der Bevölkerung zu kämpfen, mit dem Wegzug der Jungen, mit Leerstand, der Abwanderung



von Gewerbe und der Schließung von Dorfläden. Und alle kämpften für sich allein. Förderprojekte scheiterten mitunter an den Grenzen, denn sie durften Gebiete im anderen Bundesland nicht einschließen.

Neue Impulse kamen 2015: Der ins brandenburgische Bresch zugezogene Landschaftsarchitekt Tobias Schweitzer traf auf die damals neue Bürgermeisterin der mecklenburgischen Gemeinde Ziegendorf, Petra Mannfeld, und sie starteten eine Initiative zur Entwicklung des „Ruhner Landes“. Gemeinsam mit den Bürgermeistern der Gemeinden rund um die Ruhner Berge wollten sie regionale Ziele setzen, Infrastrukturen organisieren und die Region wirtschaftlich voranbringen. Doch verwaltungstechnische Hindernisse erwiesen sich als zu groß. Und es gab keinen, der sich gekümmert hätte. „Die Menschen hatten eigentlich nichts mehr miteinander zu tun, dann kann man auch nichts gemeinsam machen“, erinnert sich Petra Mannfeld.

Aufgeweckt

Um Ziegendorf, das Hauptdorf der gleichnamigen Gemeinde, wollten die dort lebenden Menschen sich allerdings mehr kümmern: Die örtlichen Landfrauen jäteten Unkraut vor leerstehenden Häusern und bepflanzten

den Friedhof neu. Dann gewann Petra Mannfeld den Preis „Goldene Bild der Frau“. Die 52-Jährige spendete das Preisgeld von 10 000 Euro. Als Eigenanteil floss es in das alte Pfarrhaus: Für rund 100 000 Euro – gefördert im Rahmen des Bundesprogramms Ländliche Entwicklung – wurde es saniert und zum Mehrfunktionshaus umgebaut. Als Projektträger gründeten die Ziegendorfer 2015 den Verein „Neues Landleben“, in dem inzwischen auch viele der Landfrauen aktiv sind. Die Vereinsmitglieder steckten viel Eigenleistung ins Pfarrhaus. Bei Aufräum-Aktionen und Arbeitseinsätzen engagierte sich die Gruppe „Ziegendorfer aktive Bürger“. Häufig war die regionale Presse dabei. 2016 erhielt der Verein Neues Landleben den mit 500 Euro dotierten „Nachbarschafts-Oskar“ des Netzwerks Nachbarschaft.

Neue Region entwickeln

Das weckte Interesse – und zuweilen Neid – in anderen Dörfern und Gemeinden. Der Ruhner-Land-Gedanke wurde neu diskutiert. Zu Tobias Schweitzer und Petra Mannfeld gesellten sich Bürger und kommunale Akteure aus der Region, die den Gedanken informell weiterentwickeln wollten. Dazu galt es, das gesellschaftliche und soziale Engagement und den Zusammenhalt in der entstehenden

Region zu stärken. Ein Verein aus einer Nachbargemeinde machte die Aktiven auf das länderübergreifende Förderprogramm „Neulandgewinner“ der Robert Bosch Stiftung aufmerksam. Der Verein „Zukunft Siggelkow“ hatte selbst daran teilgenommen und unterstützte die neue Initiative bei der Antragstellung. 2017 stellten Petra Mannfeld und Tobias Schweitzer das Projekt zur Entwicklung des Ruhner Landes mit Erfolg vor: Über zwei Jahre standen nun 50 000 Euro zur Verfügung. Da Tobias Schweitzer die Projektleitung aus persönlichen Gründen abgegeben hatte, übernahm die Lehrerin Sabine Uhlig aus Ziegendorf die Verantwortung als Neulandgewinnerin.

„Menschen aus Dörfern, die vorher nichts mehr miteinander zu tun hatten, sollten wieder gemeinsame Interessen entwickeln, zusammen etwas tun, sich dabei kennenlernen und austauschen“, sagt sie. Jeweils mindestens zwei Dörfer sollten zusammenarbeiten. In gemeinsamen Arbeitseinsätzen und mit der Hilfe von ansässigen Landwirten wurden die alten Wege wieder begehbar gemacht. Die Menschen vor Ort erwanderten sie und belebten den Jakobsweg als verbindendes Element. Bürger aus Bresch und Mollnitz gründeten eine Waldschule;



Die Einwohner von Bresch nach getaner Arbeit: Rund um die Dorfmitte müssen die bienenfreundliche Blühwiese und Obstbaumallee jetzt nur noch wachsen.

mehrere Dörfer gestalteten Dorfplätze insektenfreundlich – als Statement für ökologische Verantwortung und damit es wieder Orte zum Verweilen gibt. „Und es gibt Verbindungen über die Landesgrenzen hinweg, die es vorher nicht gab, beispielsweise zwischen Bresch und Ziegendorf“, so Uhlig. Aktuell entstehen entlang der Wege Spielstellen aus Naturmaterialien, die gemeinsam mit Kindern geplant und mit Hilfe der Eltern angelegt werden.

Über Aktivitäten, Ideen und Veranstaltungen, aber auch über Probleme und Zukunftsfragen berichtet das Magazin „Ruhner Land Bote“. Als Neulandgewinnerin übernimmt Sabine Uhlig die Gesamtkoordination: Anfangs traf sie sich mit den Menschen in den Dörfern, um Projekte zu entwickeln. „Nun laufen die Initiativen selbstständig weiter, aber wir bleiben in Kontakt“, sagt sie. Alle sechs bis acht Wochen lädt sie die Bürgermeister und Aktiven zu den Ruhner-Land-Treffen ein. Meist kommen rund 35 Personen, darunter auch viele, die die Vernetzung und den Austausch schätzen. Daneben betreibt Uhlig Öffentlichkeitsarbeit, berät Akteure zu Fördermöglichkeiten, nimmt an den Terminen im Rahmen des Neulandgewinner-Programms teil und prüft die Abrechnungen. Die Buchhaltung übernimmt Petra Mannfeld.

Konflikte und neue Aufstellung

In Ziegendorf und dem Verein Neues Landleben kam es allerdings immer häufiger zu Konflikten. „Viele sind an ihre Grenzen gestoßen“, sagt

Sabine Uhlig, „es wurde ihnen mit dem Ruhner Land einfach zu viel.“ Hinzu kamen persönliche Befindlichkeiten und eine erhitzte Auseinandersetzung um ein bei der Gemeinde beantragtes Legehennen-Bauprojekt. Mehrere Mitglieder traten aus. „Das hat Ziegendorf aktiviert, aber auch gespalten“, sagt Uhlig. Es war klar: Gemeinsam konnte man nicht weitermachen. Sie setzt das Projekt nun mit dem Verein „Neuland gewinnen e.V.“, in dem sich ehemalige und aktuelle Neulandgewinner zusammengeschlossen haben, fort. Gemeinsam wollen sie die begonnenen Aktivitäten zu Ende bringen. Momentan konstituiert sich eine Gruppe kreativer Menschen, die nach dem Auslaufen der Neulandgewinner-Förderung die Entwicklung des Ruhner Landes weitergestalten wollen. Der Verein Neues Landleben will sich zukünftig wieder vorrangig um die Belange der Gemeinde Ziegendorf kümmern. „Aber projektbezogen wollen wir natürlich weiter zusammenarbeiten“, betont Sabine Uhlig.

Foto: Tobias Schweitzer



KONTAKT:

Sabine Uhlig
Telefon: 0151 40186372
s.uhlig@ruhner.land
www.ruhner.land

Vorbild Schweiz?

Die Schweiz ist das Land der Volksabstimmung: Sie werden innerhalb der Kommune, innerhalb des Kantons und auf Bundesebene durchgeführt. Beeinflussen sie die Beziehung der Schweizer zu ihren Kommunen?



Dr. Jens Lucht arbeitet seit 15 Jahren in der Schweiz. Er ist Departmentsleiter Wissensvermittlung am Forschungsinstitut Öffentlichkeit und Gesellschaft der Universität Zürich.
www.foeg.uzh.ch

Herr Dr. Lucht, bewirken die Volksabstimmungen in der Schweiz, dass sich Bürger ihren Kommunen verbundener fühlen als in Deutschland?

Das Verhältnis von Bürgern zu ihren Kommunen würde ich in der Schweiz auf jeden Fall als enger bezeichnen. Das Gefühl, Themen selbst in der Hand zu haben, ist durch die Volksabstimmungen stärker ausgeprägt als in Deutschland. Dass dieses engere Verhältnis aber allein durch diese Art der Beteiligung begründet ist, glaube ich eher nicht. In der Schweiz wird beispielsweise generell mehr vorausgesetzt, dass die Bürger in der Kommune mitarbeiten, etwa im Vereinswesen. Das ist kein Zwang, aber es wird erwartet – nur in den großen Städten findet man diese Erwartung so nicht.

Wieso ist das so?

Der Schweizer kennt den Begriff „Vater Staat“ nicht, ihn prägt eher das calvinistische Prinzip, das auf Gegenseitigkeit beruht. Deshalb ist es klar, dass sich Bürger – speziell Wohlhabende – stärker engagieren. Ich denke da an die Kultur-, Sport- und Wissenschaftsförderung. Vielleicht hat das auch etwas damit zu tun, was man in der Schweiz Kantönligeist nennt: Man ist im Kanton und in der Kommune verhaftet, versteht sich zuerst als Thurgauer oder Aargauer, und dann als Schweizer. Die Schweizer sind zudem skeptischer als die Deutschen, was die politische Führung betrifft – Volksabstimmungen sind vielleicht eine Konsequenz dieses Denkens. Deshalb gibt es auch weniger Bürgerinitiativen, weil die Eidgenossen eben sowieso viel mitentscheiden können. Ich arbeite seit 15 Jahren in der Schweiz und mir fällt auf, dass es weniger größere Demonstrationen als in Deutschland gibt.

Findet in der Bevölkerung mehr Austausch über Politik statt, wenn eine Volksabstimmung ansteht?

Auf jeden Fall gibt es im Vorfeld mehr öffentliche Kommunikation, besonders bei Themen, die medial gut darstellbar sind, etwa wenn Abstimmungen über Ausländer oder sogenannte Abzocker – also beispielsweise Manager, die eine besonders hohe Vergütung erhalten – anstehen. Dann geht es stark polarisierend zu. Solche Situationen können eine Bevölkerung spalten, denn es entsteht ein Einfallstor für Populismus. Die stärkste Partei, die Schweizer Volkspartei SVP, ist populistisch und gegenüber Fremden sehr skeptisch. Sie benutzt das Instrument der Abstimmung sehr häufig: Es gab unter anderem Initiativen zur Abschiebung und gegen Minarette. Wenn es beispielsweise in der Schweiz eine Flüchtlingswelle wie 2015 und 2016 in Deutschland gegeben hätte, hätte meiner Einschätzung nach in der Folge wahrscheinlich eine Volksabstimmung stattgefunden. Dabei ist es durchaus möglich, dass sich eine Mehrheit der Bevölkerung dafür ausspricht, die Flüchtlingspolitik deutlich restriktiver zu gestalten. An diese Entscheidung ist die Politik dann gebunden, auch wenn sie vorher etwas anderes verfolgt hat. Für uns Deutsche wäre so etwas ein deutlicher Politikwechsel.

Das Prinzip der Volksabstimmungen lässt sich also nicht auf Deutschland übertragen?

In der Schweiz sind die Volksabstimmungen urwüchsig – sie sind seit dem 19. Jahrhundert ein Teil des Systems. Das ist etwas anderes, als sie nachträglich einzuführen. Deutschland hat ein repräsentatives System mit Profi-Politikern, die hat die Schweiz nicht. Sie hat eine lange und gute Tradition der Beteiligung, sodass manches ausgebremst wird und es bisher doch nicht zu radikalen Ergebnissen kam, weil das Volk die eine oder andere heikle Initiative abgelehnt hat. Man darf aber nicht vergessen, dass diese Art der Bürgerbeteiligung prinzipiell ergebnisoffen ist.

Vielen Dank für das Gespräch.

Das Interview führte Andrea Birrenbach.

„Bei manchen Volksabstimmungen geht es stark polarisierend zu.“

Carsten Gühlstorf von der Landfleischerei Behnke stellt Wurstspezialitäten nach traditionellen Rezepten her. Ihn stellt einer der Spots vor.



Vor dem Hauptfilm

Einige mecklenburgische Partner des länderübergreifenden UNESCO-Biosphärenreservates Flusslandschaft Elbe präsentieren sich in sechs Filmspots und bringen die Region über ihre Grenzen hinaus auf die Kinoleinwände. [VON KATHARINA POSSITT]

Der Elbstrom mit seinen zahlreichen Nebenflüssen prägt das länderübergreifende UNESCO-Biosphärenreservat „Flusslandschaft Elbe“. UNESCO-Biosphärenreservate stehen weltweit modellhaft dafür, wie Interessen von Umweltschutz und Wirtschaft ausgeglichen werden können. An der Elbe macht dies das Netzwerk der „Partner des Biosphärenreservates“ sichtbar: Die zertifizierten regionalen Betriebe und Unternehmen, beispielsweise Landwirte, Bildungseinrichtungen und Gastronomie, engagieren sich für den Erhalt der Flusslandschaft und bauen regionale Wirtschaftskreisläufe auf.

Natur und Netzwerk

Der mecklenburgische Teil des Biosphärenreservates liegt zwischen den kleinen Hafenstädten Boizenburg im Norden und Dömitz im Süden. Ein lustiger Kino-Werbespot für eine dortige lokale Buchhandlung brachte Dirk Foitlänger vom „Förderverein Biosphäre Elbe MV e. V.“ und Christian Lempp vom „Kino-Club Boizenburg e. V.“ 2014 auf die Idee: Über die Kinoleinwand ließen sich doch auch das Biosphärenreservat und das Netzwerk der Partner bekannter machen. Der Förderverein Biosphäre Elbe MV setzte sie, über LEADER gefördert, in Kooperation mit dem Biosphärenreservatsamt Schaalsee-Elbe und Partnern des Biosphärenreservates um.

Ein Ziel dabei war auch, das wachsende Partner-Netzwerk darin zu bestärken, sich nicht gegenseitig als Konkurrenten, sondern als gemeinsam für die Region handelnd wahrzunehmen. Länderübergreifend gibt es über 140 Partner, in Mecklenburg-Vorpommern 47: beispielsweise den Töpferhof Hohenwoos, die Pension „Am Schäferbrink“ und das Jugendtouristikzentrum Biber „Jesse“ Tours, die einer der sechs Spots professionell in Szene setzt. Insgesamt präsentieren sich 15 Partner sowie drei Ranger des Biosphärenreservates auf der Leinwand.

Herausforderungen

Die schwere Aufgabe der Auswahl fiel der „AG Kinospot“ zu: Sie wollte das vielfältige Partner-Netzwerk repräsentieren, auch Kleinstbetriebe sollten dabei sein können. Neben der LEADER-Förderung ermöglichte das die solidarische Finanzierung des erforderlichen Eigenanteils, zu dem jeder der vorgestellten Partner entsprechend seiner finanziellen Möglichkeiten beitrug. Nun stellen sich sowohl größere Firmen als

auch Ein-Personen-Unternehmen und Betriebe im Nebenerwerb vor. Den Slogan „Wir sind Biosphäre – Nachhaltig. Natürlich. Nah.“ entwickelten Akteure aus der Region bei einem Workshop und die regionale Agentur „Lightmark“ erstellte die Filme.

Spot on!

Im Rahmen einer regionalen Woche feierten die Kinospots im September 2017 Premiere im Kino Boizenburg. Es zeigte sie danach ein Jahr lang; die Kinos in Schwarzenbek, Ludwigslust, Lüchow und Lüneburg führten sie über kürzere Zeiträume vor. Der „Tourismusverband Mecklenburg-Schwerin e. V.“ nahm die Spots mit zur Internationalen Grünen Woche und der ITB Berlin. Beim Open-Air-Kino zur Eröffnung der 2. Biosphären-Woche des Biosphärenreservatsamtes Schaalsee-Elbe am 31. August 2019 in Boizenburg dürfen sie natürlich auch nicht fehlen.

Wie kommen sie an? Viel positives Feedback kam aus der Region. Vielfach war zu hören: „Ich wusste gar nicht, dass man so tolle Produkte aus der Region bekommt!“ Eine häufige Rückmeldung der Partner selbst lautet: „Da hat doch letztes ein Freund angerufen, er hätte mich im Kino gesehen ...“ Aufgrund der Kinospots ist das Netzwerk der Partner greif- und erlebbarer geworden. Vielleicht wächst es auch deshalb stetig weiter. ■

SERVICE:

Kinospots online gucken unter:
www.youtube.com/channel/UCHD3AzrowJjz9U-Srmql9zQ



KONTAKT:

Katharina Possitt
Förderverein Biosphäre Elbe MV e. V.
Telefon: 038847 440335
foerderverein@biosphaere-elbe.de
www.biosphaere-elbe.de

In Löwenstedt
schalten die Bürger
selbst die Straßen-
laternen an.



Zwölf Minuten Licht

Im schleswig-holsteinischen Löwenstedt gehen nachts aus Kostengründen die Straßenlaternen aus. Per Knopfdruck können die Bürger das Licht nun wieder einschalten, wenn sie es brauchen. [VON ANJA RATH]

Angefangen hatte alles mit dem Internet der Dinge: Informatiker Simon Hansen wollte seine Deckenleuchte per Smartphone ein- und ausschalten. „Als ich dann einmal nachts im Dunkeln mit der Handytaschenlampe den Weg nach Hause suchen musste, bin ich auf die Idee gekommen, auch die Straßenlaternen auf diese Weise zu steuern.“ Denn bis dahin ging in seinem Wohnort, einer kleinen Gemeinde mit rund 650 Einwohnern, gegen Mitternacht das Licht aus.

Vom Konzept zum Knopf

Simon Hansen ist im Herbst 2014 zurück in seinen Geburtsort Löwenstedt gezogen. Bereits während seines Studiums in Flensburg hatte der 28-Jährige sich gemeinsam mit Kommilitonen mit der Firma Sourceboat selbstständig gemacht. Sie entwickelten die App „Knoop“ – das ist plattdeutsch und bedeutet Knopf. Zusammen mit der Gemeindevertretung erarbeiteten die Informatiker das Konzept und testeten die App mit einer kleinen Nutzeranzahl. Die Kosten dafür trug das Unternehmen selbst. Da bereits LEDs in den Straßenlampen leuchten, waren keine technischen Anpassungen erforderlich. „Diese Leuchtmittel haben keine Probleme mit erhöhtem Schaltaufkommen“, so Hansen. Die App kommuniziert über einen Server mit dem Steuergerät, das in der Gemeinde installiert ist, und schaltet so die Straßenlaternen einzeln oder straßenweise an. Bei einer Bürgerversammlung ging die kostenlose App offiziell an den Start: Am 27. Januar 2017 wurde die erste Laterne manuell eingeschaltet.

600 Mal angeklopst

Bei Knoop ist der Name Programm: „Der User drückt einfach auf den Knopf und dann geht das Licht für zwölf Minuten an. Oder die App zeigt an, dass das nicht funktioniert, beispielsweise, weil es draußen noch zu hell ist“, so Hansen. Knoop hat noch weitere Funktionen, die aber nicht jedem Benutzer zur Verfügung stehen. So kann der Bürgermeister per Smartphone die Dauer der Schaltungen anpassen, Nutzer freischalten oder auch sperren. Etwa 15 Prozent der Löwenstedter haben

bislang einen Zugang. „Wenn Ältere ohne Smartphone das Licht schalten wollen, fragen sie meist einen jüngeren Dorfbewohner – das funktioniert sehr gut“, sagt Simon Hansen. Innerorts bleibt das Licht ab der Dämmerung bis Mitternacht oder ein Uhr – je nach Jahreszeit –

weiterhin dauerhaft an. „Die Kernzeit wurde bewusst noch nicht reduziert“, erläutert Hansen. „Die Bürger sollen Zeit haben, sich mit dem Thema zu befassen.“ Im Jahr 2018 wurden die Laternen circa 600 Mal per Knoop geschaltet. Das Ziel ist, dass sie in absehbarer Zeit nur noch bedarfsgerecht angehen.

Auch anderen geht ein Licht auf

Eine Nutzerin ist die 27-jährige Jennifer Viebrock: „Wenn ich nachts alleine im Dorf unterwegs bin, fühle ich mich sicherer, wenn die Straßenlaternen eingeschaltet sind.“ Außerdem kann die App dazu beitragen, Strom zu sparen und die Lichtverschmutzung zu reduzieren. In den nächsten Monaten wird Knoop in weiteren ländlichen Gemeinden eingeführt. „Wir haben eine zweite Version des Steuergerätes entwickelt. Sie beinhaltet viele Verbesserungen, die wir im Laufe des ersten Jahres gelernt haben“, berichtet Simon Hansen. Die Entwickler führen viele Gespräche in Schleswig-Holstein, aber auch deutschlandweit. Im Austausch mit Bürgermeistern von anderen Gemeinden entstanden weitere Ideen, die sie in Zukunft verfolgen wollen. Hansen geht es zudem um Partizipation vor Ort. „Wir stehen im Kontakt mit dem Bürgermeister und den Bürgern von Löwenstedt und sind offen für Ideen und Feedback.“ ■



KONTAKT:

Simon Hansen
Sourceboat GmbH & Co. KG
Telefon: 0461 49389007
info@sourceboat.com
<https://sourceboat.com>

Mobile Demenz- und Sozialberatung

Demenz ist häufig mit Scham besetzt. In Mecklenburg-Vorpommern fährt das GeroMobil durch zahlreiche Dörfer, damit sich Betroffene und Angehörige anonym beraten und betreuen lassen können. Weil es so gut angenommen wird, bietet es mittlerweile auch mobile Sozialberatung. [VON ANTJE ERLER UND MEIKE GERBER]

Wer in der Region Uecker-Randow die Sorge hat, an Demenz erkrankt zu sein, muss keine weiten Strecken zurücklegen, um sich mit Fachleuten auszutauschen: Das GeroMobil hat sich als mobile Demenzberatung für Betroffene und ihre Angehörigen etabliert. Der barrierefreie, speziell ausgestattete Kleintransporter ist seit 2013 regelmäßig auf Tour durch die Dörfer der Region, um die Einwohner mit Informationen rund um das Thema Demenz zu versorgen. Seit 2018 wird das Fahrzeug nun zusätzlich für soziale Beratung genutzt.

Versorgung verbessern

Von 2009 bis 2012 setzten sich die regionalen sozialpsychiatrischen Einrichtungen im Modellprojekt „Länger leben in Mecklenburg-Vorpommern“ mit den Herausforderungen des sozialen und demografischen Wandels in der Region auseinander.

Im ehemaligen Landkreis Uecker-Randow, der 2011 im Landkreis Vorpommern-Greifswald aufging, geht die Bevölkerung seit Jahren zurück. Etwa ein Viertel ist über 65 Jahre alt und der Anteil demenzerkrankter

Personen in den Altenpflegeeinrichtungen mit rund 65 Prozent hoch. Daher suchten die Einrichtungen nach Möglichkeiten, die Früherkennung von demenziellen Erkrankungen und die Versorgung demenzerkrankter Menschen zu verbessern. Die Geschäftsführerin der Volkssolidarität Uecker-Randow, der Geschäftsführer des Landesverbands Sozialpsychiatrie Mecklenburg-Vorpommern, der Leiter des Instituts für Sozialpsychiatrie der Universität Greifswald sowie der damalige Chefarzt für Psychiatrie des Klinikums Ueckermünde wollten gemeinsam ein Konzept zur Verbesserung der Situation entwickeln. Dabei sahen sie sich insbesondere mit einer schlechten Infrastruktur in der stark landwirtschaftlich geprägten Region konfrontiert. Es gibt keine Großstädte oder Ballungszentren und viele ältere Menschen haben kaum Möglichkeiten, ihre Dörfer zu verlassen.

Schnell war klar: Eine mobile Lösung muss her. Dabei war den Initiatoren ein niedrigschwelliger Zugang sowie absolute Vertraulichkeit besonders wichtig. Da Demenz noch immer mit Scham besetzt ist, sollte es den Betroffenen möglichst leichtfallen, sich beraten zu lassen. So entstand die Idee zu einer mobilen Beratung, die bedarfsgerecht und anonym für Betroffene und Angehörige vor Ort ist.



Die Startfinanzierung kam von 2012 bis 2014 zu 80 Prozent aus Fördermitteln des Projekts „Nachbarschaftshilfe und soziale Dienstleistungen“ des Bundesfamilienministeriums sowie zu 20 Prozent aus Eigenmitteln der Volkssolidarität. Bis Ende 2014 wurde das GeroMobil vom Institut für Sozialpsychologie der Universität Greifswald wissenschaftlich begleitet. Koordiniert wird es von der Geschäftsstelle der Volkssolidarität Uecker-Randow.

Diagnostik im Bus

Zunächst führten die Mitarbeiter des GeroMobils im Rahmen des Modellprojekts Hausbesuche durch. Außerdem hielten sie Vorträge zur Erkrankung Demenz in Ortsgruppen der Volkssolidarität und bei Angehörigen. Zwischen Februar 2013 und Januar 2018 fuhr ein barrierefreier Sprinter insgesamt 37 Dörfer an. Er wurde eigens für das Projekt umgebaut und verfügt nun über eine Hebebühne für Rollstuhlfahrer und einen Tisch, an dem Rollstuhlfahrer sitzen können. Getönte Scheiben gewährleisten Anonymität.

Ausgehend von einer Bedarfsanalyse der Sozialpsychiatrie Mecklenburg-Vorpommern wurden die Routen nach dem Anteil älterer Menschen in den Dörfern der Region ausgerichtet. Die Haltepunkte werden zuvor im Internet sowie über Schaukästen und Amtsblätter der Dörfer und Ortsgruppen der Volkssolidarität bekannt gemacht. Vor Ort bieten die Mitarbeiter eine anonyme, kostenlose Beratung sowie Frühdiagnostiktests für Demenz an. Dabei unterstützte sie in der Regel ein Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie.

Außerdem vermittelt das Team Betroffene an Ärzte und Kliniken in der Umgebung weiter und stärkt so das Versorgungsnetz. Kooperationen bestehen unter anderem mit dem AMEOS Klinikum Ueckermünde,

dem Asklepios Klinikum Pasewalk, verschiedenen Pflegediensten, sechs stationären Pflegeeinrichtungen, den Pflegestützpunkten des Landkreises, dem Ärztenetz „Haffnet“ und dem informellen gerontopsychiatrischen Netzwerk der Region, zu dem auch Fachärzte für Neurologie und Psychiatrie sowie eine Praxis für Altersmedizin in Ueckermünde gehören. Hausbesuche bei Demenzerkrankten werden mittlerweile von medizinischen Pflegediensten des Landkreises, wie dem Arbeiter-Samariter-Bund, übernommen und laufen nicht mehr über das GeroMobil.

Nachfrage steigt

Die Zahl der Versorgten steigt: Während 2012 im Durchschnitt 28 Patienten pro Quartal betreut wurden, waren es im Jahr 2016 etwa 80. Auch die Anzahl der Beratungen nahm zu: 2013 nahmen etwa 47 Menschen namentlich und über 90 anonym die mobile Beratung in Anspruch, 2015 schon 89 namentlich und 155 anonym. Zudem gab das GeroMobil Anstoß für soziale Vernetzungen. 2015 gründete sich eine Selbsthilfegruppe für pflegende Angehörige. Im Mehrgenerationenhaus Torgelow, das die Volkssolidarität eröffnete, hilft nun ein Garten der Sinne Demenzerkrankten, durch Kräuter wie Petersilie und Thymian Erinnerungen hervorzurufen. In der Therapieküche lernen die Betroffenen und ihre Angehörigen die Grundlagen einer gesunden Ernährung durch Vorträge und gemeinsames Kochen.

Aufgrund der kontinuierlich steigenden Nutzung des Angebots sollte das Projekt auch nach der Modellphase weiterbestehen. Die Förderung durch das Bundesfamilienministerium lief Ende 2014 aus. 2015 setzten das Sozialministerium Mecklenburg-Vorpommern und der Landkreis Vorpommern-Greifswald die Finanzierung fort, weiterhin ergänzt durch Eigenmittel

der Volkssolidarität Uecker-Randow. Von den Pflegekassen gab es keine Unterstützung, da sie bereits eigene Pflegestützpunkte betreiben.

Zusatzangebot: Sozialberatung

Im Januar 2018 ging das GeroMobil im Modellprojekt „Neustrukturierung der Beratungslandschaft im Landkreis Vorpommern-Greifswald“ auf. Dieses dreijährige Projekt zielt auf die Umstrukturierung der gesamten Beratungslandschaft im Landkreis Vorpommern-Greifswald ab und berücksichtigt dabei die Sozialplanung des Landkreises: Da die mobile Beratung zur Demenz in den Dörfern erfolgreich war, erweiterte man sie um die allgemeine soziale Beratung im Landkreis. Das neue Modellprojekt wird vom Deutschen Institut für Sozialwirtschaft (DISW) wissenschaftlich begleitet und vom Sozialministerium Mecklenburg-Vorpommern sowie dem Landkreis Vorpommern-Greifswald zu etwa gleichen Anteilen finanziert.

Das mobile Beratungsangebot findet weiterhin über den GeroMobil-Autobus statt, mit dem der neue Projektleiter Ronny Thom nun öfter, nämlich zweimal pro Woche, insgesamt 24 Kleinstdörfer der Region anfährt, die schlechten Zugang zu sozialen Beratungspunkten haben. Die weiterhin niedrigschwellige Eingangsberatung unterstützt die Bürger nun beispielsweise bei Anträgen für das Arbeitslosengeld II, beim Ausfüllen von Betreuungsvollmachten und Anträgen rund um die Pflege von Angehörigen. Die Zusammenlegung der Beratungen wird bei den Einwohnern des Landkreises gut angenommen: Seit der Erweiterung ist die Anzahl der mobil Beratenen auf beinahe 400 Personen pro Jahr angestiegen. ■



KONTAKT:

Dr. Antje Erler
Institut für Allgemeinmedizin
Johann Wolfgang Goethe-Universität
Telefon: 069 6301-5930
erler@allgemeinmedizin.uni-frankfurt.de
www.innovative-gesundheitsmodelle.de

Mehr als ein Urlaubsgefühl

„Selber machen!“ lautet der Titel der Regionalen Entwicklungsstrategie der LEADER-Region Saalfeld-Rudolstadt. Das dazugehörige Schwarzatal hat den Aufruf wörtlich genommen und Initiativen zur Erhaltung der Ortsbildprägenden Sommerfrische-Architektur entwickelt.

[VON INES KINSKY]

Im 19. und 20. Jahrhundert flohen wohlhabende Bürger die Hitze der Stadt und genossen die „Sommerfrische“ in Häusern auf dem Land. Ein damals sehr beliebtes Ziel war das Schwarzatal in Thüringen: Sommerfrische-Architektur findet sich hier in fast allen Orten. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts gehörte es zu den ersten Urlaubsadressen Deutschlands und war später eine der begehrtesten Urlaubsregionen in der DDR. Nach der Wende wurden manche der schönen Gebäude noch bis in die 1990er-Jahre als Gasthäuser oder Hotels betrieben; einige sind Eigentum der Kommunen. Inzwischen stehen jedoch viele der traditionellen Sommerfrische-Häuser im Schwarzatal dauerhaft leer.

Gebrochene Biografien

Die Generation der über 50-Jährigen prägt heute das Leben in den Dörfern des Schwarzatals. Für sie ist die Sommerfrische-Architektur Erinnerung an eine lebensfrohe Jugendzeit in Orten, die in der Urlaubszeit mehr Gäste als Einwohner hatten – an ein bestimmtes Lebensgefühl. Das allerdings zunehmend überlagert wurde: Eine Befragung der Bürger im Jahr 2011 zeigte im Schwarzatal ein allumfassendes Gefühl der Niedergeschlagenheit auf, ein Beklagen des Rückgangs der Einwohnerzahlen, des Wegzugs junger Leute und des Verlustes von Einrichtungen der sozialen Infrastruktur in den Orten.

Bis heute erleben die Menschen den Niedergang der bis zur Wende begehrten Urlaubsregion. Der demografische Wandel hat die Effekte des Bedeutungsverlusts als Tourismusdestination verstärkt. Dabei geht es um mehr als um Immobilien, die nicht mehr genutzt werden. Bei Gesprächen des LEADER-Regionalmanagements mit den Menschen vor Ort wird eine tiefe Verunsicherung deutlich: Sie haben erfahren, dass sich das gewohnte Bild der Heimat über Nacht verändern kann. Gewohnte Strukturen, der Arbeitsplatz und eine Lebensleistung sind aufgrund eines Blickwinkels, der bis heute vor allem das westdeutsche Modell als beispielhaft definiert, noch immer diskreditiert. Seit der Wende sind wichtige Positionen in Verwaltung und Wirtschaft mit Zugezogenen besetzt. Während die Zentralen der großen Unternehmen im Westen verbleiben, ist

Ostdeutschland in Teilen verlängerte Werkbank mit günstigen Bedingungen für die Arbeitgeber, soweit einige der Wahrnehmungen. Das Schwarzatal ist dabei vielleicht nur ein Beispiel unter vielen.

Andere Wahrheit

Aber dort, wo vieles zugrunde gegangen ist und brachliegt, ergibt sich Raum für Neues. Der Osten ist Pionierland und vielerorts haben Initiativen damit begonnen, sich gegen das Gefühl einer allgemeinen Depression zu stemmen. Auch dafür kann das Schwarzatal ein Beispiel sein. Dort traf sich auf Einladung der Regionalen LEADER-Aktionsgruppe (RAG) 2011 eine Gruppe von circa 20 Engagierten zu einer Zukunftswerkstatt, die sich zu einer Institution verstetigen sollte. Die Initiatoren waren Mitglieder der „Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Schwarzatal“: Vertreter von Vereinen und Personen mit Schnittstellen zu Politik und Verwaltung, zu regionalen Betrieben sowie zum LEADER-Management. Sie tauschten ihre Eindrücke aus und sprachen im Nachgang Menschen im Schwarzatal an. Neben dem beschriebenen Gefühl der Niedergeschlagenheit spiegelten sie noch etwas anderes zurück: Sie sind tief mit ihren Dörfern verbunden und verstehen die Region mit ihren Tälern und Höhen als Heimat. Die Teilnehmer der Zukunftswerkstatt trafen eine Vereinbarung, die bis heute nachwirkt: „Wir hören auf zu jammern, konzentrieren uns stattdessen auf das Positive, das unsere Region ausmacht, und versuchen, die Zukunft im Schwarzatal mitzugestalten.“

Viel Positives: Das Schwarzatal ist reich an intakter Natur, an beeindruckender Landschaft, an architektonischen Schätzen und vor allem an aktivem Dorfleben. An diesen Punkten kann Förderung ansetzen. Die „Zukunftswerkstatt Schwarzatal“ wurde in den Jahren 2015 und 2016 als eine von zwölf Modell-Initiativen im Rahmen des Projektes „Baukultur konkret“ des damaligen Bundesbauministeriums und des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung betreut. Zu den Ergebnissen gehörte der „Aktionstag Sommerfrische“ im Jahr 2016. Ein weiteres ist, dass das Thema Sommerfrische Schwarzatal als einer der Schwerpunkte der Internationalen Bauausstellung (IBA) Thüringen 2023 qualifiziert





wird. Ziel ist es, neue Nutzungen und Nutzer für traditionelle Sommerfrische-Gebäude zu finden. Die Region ist dank der Öffentlichkeitsarbeit der IBA bei Architekten und Baukultur-Interessierten in ganz Deutschland angekommen.

Es gibt bereits erste Projekte: So hat eine Architektin aus Jena im Rahmen eines thüringischen Modellvorhabens eine Musterwohnung im denkmalgeschützten Heimatmuseum in Döschnitz eingerichtet, die als Ferienwohnung gebucht werden kann, und eine Gemeinschaft junger Architekten der Bauhaus Universität Weimar wird ein Traditions Haus in Schwarzburg als Sommerfrische-Haus betreiben.

Vorarbeiten: Bestandsaufnahme

Die Zukunftswerkstatt Schwarzatal, die inzwischen ein Verein mit acht Mitgliedern und rund 80 aktiven Partnern ist, hatte nach dem ersten Treffen damit begonnen, in Eigenleistung Sommerfrische-Objekte zu erfassen. Seit 2011 unterstützt die RAG die Akteure bei Sachkosten und durch Personalleistungen des Regionalmanagements. Im Rahmen des LEADER-Projekts „Sommerfrische – Ein Lebensgefühl im Wandel der Zeit“ trugen die Aktiven in den Jahren 2017 und 2018 eine große Sammlung an alten und aktuellen Fotos, Zeitzeugenberichten und Daten zusammen und klärten die Verfasser- und Nutzungsrechte ab. Nun kann das Material in vielerlei Art verwendet und aufbereitet werden: Das Gefühl „Sommerfrische“ hat Gesichter und Stimmen bekommen. Auszüge der erfassten Daten wurden in einer Ausstellung und in Filmen mit Zeitzeugenberichten aufgearbeitet. Im Rahmen eines „Aktionstages Sommerfrische“ präsentierte die Zukunftswerkstatt Schwarzatal zum Aktionstag Sommerfrische 2017 den Pilotfilm „Sommerfrische Schwarzatal in Lichtenhain/Bergbahn“.

Das Thema Sommerfrische hat viele Facetten, mit denen sich rund ums Schwarzatal nun wieder viele auseinandersetzen. Für die Menschen vor Ort ist es Teil einer Biografie, für die IBA Thüringen ist es eine den Landstrich prägende Architektur und für die Touristiker der Region Rennsteig-Schwarzatal ein Ansatzpunkt, um

die Urlaubsdestination im Thüringer Wald wiederzubeleben. Den LEADER-Akteuren hilft das emotional besetzte Thema dabei, mit den Menschen vor Ort über die Zukunft der Städte und Dörfer zu sprechen.

Einladung zum Reden

Derzeit wird der Film „Sommerfrische – ein Lebensgefühl im Wandel der Zeit“ in den Kommunen im Schwarzatal öffentlich gezeigt: bisher in 15 Orten und vor rund 540 Besuchern. Die Menschen vor Ort finden sich, die Geschichte ihrer Familie und ihres Ortes wieder. Im Anschluss an die Filmvorführung ist Raum für Gespräche und Diskussionen.

Eine Einladung zum Reden ist auch der mittlerweile jährlich stattfindende Aktionstag Sommerfrische: Am 25. August 2019 werden zum vierten Mal leerstehende Sommerfrische-Häuser für Besucher geöffnet, um dort zu verweilen, gemeinsamen zu schmausen und sich auszutauschen. Das im Forschungsvorhaben entwickelte Format ist mittlerweile eine regionale Veranstaltung geworden, an der Vereine und Kommunen aktiv mitwirken. Rund 2 000 Besucher sind im vergangenen Jahr gekommen. Die Menschen kommen ins Gespräch, und dabei geht es im Schwarzatal um weit mehr als um die Bewahrung eines Urlaubsgefühls. ■

1 Die Ausstellung zeigt die Geschichte der Sommerfrische. Sie wurde im Rahmen des LEADER-Projekts entwickelt und wandert nun durch die Region.

2 Ein Sommerfrische-Konzert auf dem Marktplatz in Schwarzburg: Das Foto wurde in den 1920er-Jahren aufgenommen.

SERVICE:

Mehr über die Zukunftswerkstatt online:
<https://sommerfrische-schwarzatal.de>
 Den Sommerfrische-Film gibt's unter:
www.youtube.com > Suche: Sommerfrische
 Lebensgefühl



KONTAKT:

Ines Kinsky
 LEADER-Aktionsgruppe Saalfeld-Rudolstadt e. V.
 Telefon: 03672 3189211
kinsky_leader@yahoo.de
www.leader-saalfeld-rudolstadt.de

Extrawurst: Stressfrei schlachten

Das EIP-Projekt „Innovative Schlachtverfahren“ erprobt, welche Fortschritte ein Schlachtmobil für die tiergerechtere Schlachtung, die Fleischqualität und den Arbeitsschutz bringen könnte. [VON CORDULA MÖBIUS]

Rindern und anderen Nutztieren den Transport zu immer weiter entfernt liegenden Schlachtstätten zu ersparen, hätte große Vorteile. Eine eigene Schlachtstätte auf dem Betrieb zu bauen, ist aber eine teure Lösung. Wie also Lebetiertransporte vermeiden, wenn die EU-Hygieneverordnung für Lebensmittel tierischen Ursprungs vorschreibt, dass „Schlachttiere lebend in einen EU-zugelassenen Schlachtbetrieb gebracht werden müssen“. Das EU-Recht lässt Ausnahmen nur für die Schlachtung von Farmwild und Bisons oder für Not- und Hausschlachtungen zu.

Den Schlachter zum Rind schicken

Insbesondere bei der extensiven Fleischrinderhaltung, bei der die Tiere das ganze Jahr über auf der Weide gehalten werden und den Umgang mit dem Menschen weniger gewohnt sind, hat es Vorteile, wenn den Rindern Stress bei der Schlachtung erspart wird. Denn das Trennen von der Herde, der Transport zur Schlachtstätte und insbesondere das Abladen und Führen in den Schlachtraum sind stressig für Tier und Mensch. Gerade letzteres birgt die Gefahr von Arbeitsunfällen. Weniger Stress, das bedeutet auch eine bessere Fleischqualität. Die aktuelle Rechtslage in Deutschland ermöglicht es Landwirten, eine Ausnahmegenehmigung zur Weideschlachtung durch Kugelschuss zu erhalten. Sie müssen aber sicherstellen, dass ihre Tiere ganzjährig im Freien gehalten werden. Doch was geschieht mit den Rindern, die – neben dem Aufenthalt auf der Weide – auch ab und zu im Stall untergebracht sind? Könnte man ihnen den stressigen Transport zur Schlachtereier nicht auch ersparen, sie in vertrauter Umgebung betäuben und töten und lediglich die weitere Bearbeitung des Schlachtkörpers im Schlachtbetrieb vornehmen? Inwieweit ist der Einsatz einer mobilen Technik realistisch, die ein stressfreies Schlachten gestattet und gleichzeitig alle gesetzlichen Vorgaben erfüllt? Wie wäre es, wenn der Schlachter zum Rind käme und nicht das Rind zum Schlachter?

EIP-Projekt erprobt mobile Schlachtung

Mit all diesen Fragen befasst sich die Operationelle Gruppe „Extrawurst“ aus Hessen im Rahmen eines Projektes der Europäischen Innovationspartnerschaft landwirtschaftliche Produktivität und Nachhaltigkeit (EIP-Agri). Landwirte, Schlachter, Anlagenbauer und eine Veterinärin entwickeln dabei eine teilmobile Schlachteinheit,

die es erlaubt, dass der Schlachter zum Rind kommen kann. Leadpartner ist das „Büro für Agrar- und Regionalentwicklung/ Die Landforscher“ in Kassel. Das Projekt startete im Januar 2017 und wird bis September 2019 gefördert. Es beinhaltet die technische Entwicklung einer mobilen Schlachteinheit, die EU-Zulassung dieser Einheit für die zwei beteiligten Schlachtunternehmen sowie Probenschlachtungen. Darüber hinaus wird überprüft, ob alle rechtlichen Vorgaben – insbesondere der Tierschutz-Schlachtverordnung – eingehalten werden können.

Komplexe Rechtslage

Räumlich gesehen findet ein Teil des Schlachtprozesses – das Fixieren, Betäuben und Entbluten des Tieres – mit Hilfe der EU-zugelassenen mobilen Schlachteinheit auf dem Betrieb des Tierhalters statt. Tatsächlich aber und vor allem rechtlich gesehen, hat der Schlachtunternehmer die Gesamtverantwortung. Die teilmobile Schlachtung wird dabei als gewerbliche Standardschlachtung betrachtet und muss den Vorgaben der EU-Tierschutz-Schlachtverordnung, der nationalen Tierschutz-Schlachtverordnung sowie der EU-Hygieneverordnung entsprechen. Dazu zählen die Fixierung des Rindes, die Betäubung durch Bolzenschuss, das lebende Verbringen des Tieres in die Schlachtstätte, sein Entbluten innerhalb von 60 Sekunden nach der Betäubung sowie das Auffangen des Blutes und dessen ordnungsgemäße Entsorgung. Eine der größten Herausforderungen für die Operationelle Gruppe war es deshalb, einen rechtskonformen Weg für die teilmobile Schlachtung zu finden. Um dies sicherzustellen, standen die Akteure im ständigen Dialog mit der Veterinärverwaltung, die für die EU-Zulassung der Schlachtbetriebe zuständig ist.

Streng überwacht und eng getaktet

Bis der Prototyp des Schlachtmobils fertig konstruiert war, bedurfte es einiger technischer Weiterentwicklungen. Ergebnis war ein großer, straßentauglicher Anhänger mit Wänden, Decke und Boden, der mit einem Seilzug, einer Blutauffangwanne und einem berührungsfreien Waschbecken ausgestattet ist.

In der Praxis funktioniert das teilmobile Schlachten wie folgt: Der Schlachtunternehmer kommt mit der teilmobilen Schlachtstätte auf den Hof. Der Landwirt stellt einen Fixier- und Betäubungsstand



bereit. Das zu schlachtende Tier wird auf dem Hof des Landwirts in den Betäubungsstand geführt und dort fixiert. Das Tier kennt diesen Stand zum Beispiel von Behandlungen oder dem Einführen von Ohrmarken. Außerdem behält es den Blickkontakt mit der Herde. Ein sachkundiger Schlachter betäubt das Tier mit einem Bolzenschuss. Der Fixierstand wird schnell geöffnet, das betäubte und zusammengebrochene Tier wird mit Hilfe einer Seilwinde in die teilmobile Schlachteinheit verbracht. Dort wird es innerhalb von 60 Sekunden möglichst durch Bruststich getötet. Auch nach dem Töten muss es schnell gehen, damit der Schlachtkörper innerhalb der nächsten 60 Minuten ausgeweidet werden kann. Zum Ausnehmen, Enthäuten und Zerteilen muss daher der Schlachtkörper zügig zum stationären Teil des Schlachthofes transportiert werden.

Den gesamten Prozess, für den der Schlachtunternehmer die Verantwortung trägt, überwacht während des Projekts ein Amtstierarzt. Darüber hinaus werden die Fixiereinrichtungen – der Betäubungsstand – des landwirtschaftlichen Betriebes vor der Schlachtung von der Veterinärbehörde auf ihre Funktionsfähigkeit geprüft.

Erste Probeschlachtungen erfolgreich

Mittlerweile hat die im Projekt entwickelte teilmobile Schlachteinheit auf dem Gut Fahrenbach in Witzenhausen und dem Gronauer Hof der Gerty-Strohm-Stiftung in Bad Vilbel ihre Feuerprobe bestanden, sodass das Projekt auch der interessierten Öffentlichkeit vorgestellt werden konnte. Entwickelt und mit Behörden, Veterinären und Praktikern abgestimmt, ist zudem eine Leitlinie, die die gute fachliche Praxis des neuen Verfahrens beschreibt und die für den Tierschutz relevanten Faktoren festlegt. Sie beschreibt die Voraussetzungen einer teilmobilen Schlachtung, den notwendigen Prozess des Fixierens, Betäubens, Tötens, Entblutens und Transports zum stationären Teil des Schlachtbetriebes sowie die notwendigen Schritte bei der Kontrolle und Dokumentation. Die Leitlinie wird bundesweit kommuniziert werden und ist ab Ende Mai 2019 auch über den Verband der Landwirte mit handwerklicher Fleischverarbeitung erhältlich.

Wettbewerbsvorteil für kleinere Betriebe

Für kleine Schlachtbetriebe, Rinderhalter und Direktvermarkter könnten sich mit Hilfe des teilmobilen Schlachtens neue Absatzmärkte öffnen. Denn immer mehr Verbraucher interessieren sich für das Tierwohl und reagieren sensibel auf Themen wie den Transport und die Schlachtung von Tieren. Und so mancher Konsument ist auch bereit, für tiergerecht erzeugtes Fleisch mehr zu zahlen. Nicht nur deshalb sucht die Operationelle Gruppe „Extrawurst“ nach Möglichkeiten, die teilmobile Schlachtung nicht nur bei Rindern, sondern auch Schafen und Ziegen anzuwenden.

Auf den bundesweiten Öko-Feldtagen, die vom 3. bis 4. Juli 2019 auf der Hessischen Staatsdomäne Frankenhausen in Grebenstein stattfinden, können interessierte Landwirte das Schlachtmobil in Augenschein nehmen. ■

SERVICE:

Informationen zum Projekt finden Sie auch unter www.praxis-agrar.de.

Zum Weitergucken: Die DVS stellt in einer Film-Serie die große Bandbreite von EIP-Agri-Projekten vor. Der erste Film dreht sich um die „Extrawurst“.

Online unter: www.netzwerk-laendlicher-raum.de/eip-filme



KONTAKT:

Dr. Andrea Fink-Keßler
Büro für Agrar- und Regionalentwicklung /
Die Landforscher
Telefon: 0561 27224
afk@agr-ar-regional-buero.de
www.landforscher.de

Schwarmintelligenz für gute Projektanträge

Im Rahmen von Projektwerkstätten stellen Menschen in der LEADER-Region „Wesermarsch in Bewegung“ ihre Ideen vor, bevor eine offizielle Entscheidung über einen Förderantrag fällt. Die zukünftigen Projekte profitieren vom Wissen der Gruppe – und nebenbei wächst das Netzwerk. [VON MEIKE LÜCKE]

Als die LEADER-Förderperiode 2014 bis 2020 startete, bekundeten in der LEADER-Region „Wesermarsch in Bewegung“ viele neue Akteure ihr Interesse, sich engagieren zu wollen. Das war erfreulich, denn der Grundgedanke von LEADER ist, das sogenannte endogene Potenzial der Region zu erschließen, die Region also zusammen mit den Menschen vor Ort weiterzuentwickeln. Doch wie gelingt das in der Praxis? Die niedersächsische Lokale Aktionsgruppe (LAG) wollte etwas Neues versuchen, denn die Selbstevaluierung der vorherigen LEADER-Förderperiode hatte gezeigt, dass in den LAG-Sitzungen zwei Aspekte zu kurz gekommen waren: die Bewertung der Projektqualität und die Akteursvernetzung. Auf den ersten Blick schien nahezuliegen, die LAG zu erweitern, die Sitzungszeiten zu verlängern und thematische Arbeitsgruppen einzuberufen.

Dagegen sprachen allerdings weitere Evaluierungsergebnisse: Die LAG-Mitglieder wünschten sich ausdrücklich, die bisherige Sitzungsdauer von maximal zwei Stunden nicht zu überschreiten. Zudem würden mit einer deutlichen Erweiterung der bereits aus 26 Personen bestehenden LAG die Arbeitsfähigkeit, das Gruppengefühl sowie die

ausgewogene strategische Zusammensetzung womöglich empfindlich gestört. Weiterhin konnten in der Wesermarsch themengebundene Arbeitsgruppen in den Vorjahren nie dauerhaft etabliert werden, insbesondere, weil viele der häufig mehrfach engagierten Menschen keine weitere feste terminliche Verpflichtung eingehen konnten. Wie also agieren?

Informell, unverbindlich, anlassbezogen

Der Lösungsansatz kam vom externen Berater Stefan Gothe von der kommunale GbR. Er schlug vor, ein informelles Gremium zu schaffen: In Projektwerkstätten sollten Akteure, die sich für ein bestimmtes Projekt interessieren, gemeinsam mit Vertretern der LAG, der Bewilligungsstelle und des Regionalmanagements darüber diskutieren. So sollten alle dazu beitragen, die Idee zu verbessern. Als beratende Experten, „Projektfachberater“, wurden insbesondere Akteure aus vergangenen Förderperioden gewonnen, darunter ehemalige Hauptverwaltungsbeamte und vormalige LEADER-Projektträger; etwa ein Dutzend helfen nun regelmäßig bei der Projektqualifizierung. Bis zur Halbzeitevaluierung Ende 2018 führte die LAG sieben Projektwerk-

stätten mit 139 Teilnehmern durch. Insgesamt wurden 22 Projektideen besprochen, aus Bereichen wie Jugend, Kultur und Naturtourismus.

Fast alle Projekte haben inzwischen erfolgreich Fördermittel beantragt – und das nicht immer über LEADER: Alle Projektideen passten zum Regionalen Entwicklungskonzept der Wesermarsch, doch mitunter erwiesen sich andere Förderprogramme letztendlich als besser geeignet. Die Anregungen aus den Projektwerkstätten halfen den Antragstellern, ihre Projektideen zu verbessern; und die schriftlichen Projektskizzen dienten oft als Grundlage für die Beantragung anderweitiger Finanzmittel.

Stringentes Zeitmanagement!

Bei jeder Projektwerkstatt ist pro Projekt eine halbe Stunde Zeit vorgesehen: zehn Minuten für die Projektvorstellung, 20 Minuten für Nachfragen, Anregungen, Lob und Verbesserungsvorschläge. Eine professionelle Power-Point-Präsentation ist dabei kein Muss. Die Projektakteure entscheiden selbst darüber, wie sie ihre Ideen vorstellen; auch Karten und Fotos eignen sich zur Veranschaulichung. Das Regionalmanagement sendet den Teilnehmern bereits mit der



Bei den Projektwerkstätten diskutieren die Akteure oft noch nach offiziellem Veranstaltungsende rege miteinander über die vorgestellten Projekte und verschiedene Themen der Regionalentwicklung.

Einladung schriftliche Projektskizzen als Vorabinformation zu. Das trägt dazu bei, die knappe Zeit je Projekt einzuhalten. Der Mehrwert des Formats ist ohnehin das Feedback der Teilnehmer: Wer sein Projekt zu lange vorstellt, vergibt die Chance, das geballte Fach- und Regionswissen der anderen geschenkt zu bekommen. Durch den straffen Zeitplan ist es gelungen, Projektwerkstätten von bis zu dreieinhalb Stunden durchzuführen, in denen – mit Pause – bis zu fünf Projektideen hintereinander vorgestellt wurden. Im Nachgang teilt das Regionalmanagement den Ideengebern die Erkenntnisse zur Projektqualifizierung in Form von Foto- und Textprotokollen mit, so dass diese bis zur folgenden LAG-Sitzung Gelegenheit haben, etwaige Anregungen in ihre Projektanträge aufzunehmen.

Bei der Organisation der Projektwerkstätten achtet das Regionalmanagement darauf, dass thematisch ähnliche Ideen gebündelt vorgestellt werden. Somit können die Teilnehmenden bei den Projektvorstellungen anwesend sein, die für sie thematisch relevant sind. Für niemanden besteht eine Anwesenheitspflicht. Viele Projektfachberater kommen jedoch mehrfach und bleiben von Anfang bis Ende, oft „weil es so spannend ist“, so eine häufige Rückmeldung. Wo eine Projektwerkstatt stattfindet, hängt auch von den vorzustellenden Projekten ab. Melden sich beispielsweise viele Projekte aus dem Norden an, so findet die Veranstaltung auch dort statt, um den Projektinitiatoren unnötig lange Anfahrtswege zu ersparen. Bei breiter geographischer Streuung wird die Projekt-

werkstatt in der zentral gelegenen Kreisstadt ausgerichtet.

Unter Gleichen: Kommune und Bürgerschaft

Eine Besonderheit der Projektwerkstätten ist, dass alle Anwesenden die gleiche Rolle haben: sich gegenseitig zu helfen und zu unterstützen. Der Projektträger steht – anders als bei den LAG-Sitzungen – unter keinem großen Erwartungs- oder gar Erfolgsdruck. Bürgermeister und LAG-Mitglieder müssen ihre Projektideen genauso vorstellen wie Vereinsmitglieder und Privatpersonen. Oft begleiten Bürgermeister lokale Projektinitiatoren von Vereinen zur Projektwerkstatt – oder sie stellen das Projekt sogar gemeinsam vor. „Wenn Bürger eine Projektidee haben, die unserer Stadt zugutekommt, sich aber mit Gremienvorstellungen nicht so gut auskennen, dann unterstütze ich sie gerne“, sagt Michael Kurz, einer der Bürgermeister aus der Wesermarsch. So hat er bereits einmal den baurechtlichen Teil eines Projekts vorgestellt und das Vereinsmitglied die Projektinhalte.

Schulnote „Voll gut“

Da es sich bei den Projektwerkstätten um ein neues Beteiligungsformat in der Region handelt, lässt das Regionalmanagement jede Veranstaltung mittels anonymer Fragebögen bewerten. Für die meisten der abgefragten Kriterien, wie Veranstaltungsart und -organisation, Örtlichkeit, Inhalte, Zeitrahmen für Diskussionen und Zusammensetzung der Teilnehmer, wurden in den bislang abgegebenen 110 Bewertungsbögen Bestnoten vergeben. Mit einer 1,5 nach dem

Schulnotensystem ist die Gesamtzufriedenheit sehr hoch. Das straffe Zeitmanagement, das das Regionalmanagement im Blick hat, wurde ausdrücklich gelobt, ebenso die „gelebte Partizipation“, „offene Diskussion“ und „ein schönes Frage-Antwort-Gespräch zwischen Projekt-Akteuren und Teilnehmern“.

Die Bürgermeisterin und LAG-Vorsitzende Regina Neuke hat als Gründungsmitglied der LAG bereits 18 Jahre LEADER-Erfahrung. „Die Projektwerkstatt ist das bisher fehlende Bindeglied zwischen der Bevölkerung und der LAG“, ist ihr Zwischenfazit. „Hier kommen Fachleute und Unbeteiligte zusammen, die nicht schon die LAG-Förderbrille aufhaben.“ Der Regionsbetreuer Carsten Fischer vom Amt für regionale Landesentwicklung Oldenburg sieht noch einen weiteren Mehrwert: „Die Projektwerkstätten führen zurück zu den Wurzeln des LEADER-Gedankens: Engagierte lokale Akteure setzen sich mit ihrem Wissen und ihrer Zeit freiwillig, unentgeltlich, partizipativ und kooperativ zum Wohle der Region für andere ein – Demokratie, Bottom-up und Selbstwirksamkeit wird hier aktiv gelebt.“ ■



KONTAKT:

Meike Lücke
Regionalmanagement
„Wesermarsch in Bewegung“
Telefon: 04401 927-601
meike.luecke@lkbra.de
www.wesermarsch-in-bewegung.de
www.facebook.com/wesermarschinbewegung

Den ländlichen Osten aufgeben?



Das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) empfiehlt in seiner kürzlich erschienenen Studie „Vereintes Land – drei Jahrzehnte nach dem Mauerfall“, nicht länger die ostdeutsche ländliche Wirtschaft zu fördern, sondern in die produktiveren Unternehmen der größeren Städte zu investieren. Wie ökonomisch wäre das – und wie sozial? Wir haben mit Dirk Binding vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag e.V. und der Sächsischen Staatsministerin für Gleichstellung und Integration, Petra Köpping, gesprochen.

”

Man sollte stärker spezifizieren.“

Dirk Binding leitet den Bereich Digitale Wirtschaft, Infrastruktur und Regionalpolitik beim Deutschen Industrie- und Handelskammertag e.V. (DIHK) in Berlin. www.dihk.de

Herr Binding, was halten Sie von der Forderung des IWH, lieber die Wirtschaft der ostdeutschen Städte zu fördern als die der ländlichen Regionen?

Der DIHK teilt die Ansicht des IWH nicht. Wir haben gerade gemeinsam mit dem Bundeslandwirtschaftsministerium und weiteren Partnern das „Aktionsbündnis Leben auf dem Land“ gegründet, um solchen Thesen entgegenzuwirken. In einigen ländlichen Räumen gibt es viel Gewerbe und zahlreiche Handwerksbetriebe, die Produktivität in vielen ländlichen Regionen ist sogar höher als in mancher Stadt. Zudem haben über 1 300 sogenannte Hidden Champions, also Weltmarktführer, ihren Hauptsitz auf dem Land oder in Kleinstädten, beispielsweise der Kühlschrankhersteller Liebherr und der Autzulieferer Dürr. Das Gute an der Empfehlung des IWH ist: Sie motiviert die Menschen im ländlichen Raum, stärker an ihrem Image als Wirtschaftsstandort zu arbeiten.

Die ländliche Wirtschaft Ostdeutschlands soll wegen ihrer kleineren Unternehmensstrukturen und fehlenden Konzernzentralen unproduktiver als die im Westen sein. Was sagen Sie dazu?

Die These ist sehr gewagt. Warum eröffnet BMW beispielsweise eins seiner modernsten Werke in Ostdeutschland, wenn die dortigen Fachkräfte angeblich so unproduktiv sind? Man sollte außerdem keinen Durchschnitt aller Unternehmen bilden, sondern stärker spezifizieren. So sind beispielsweise viele Unternehmen, die nach der Wende mit innovativen Produkten neu gegründet wurden, sehr produktiv. Bei den älteren Betrieben, die in den 1990er-Jahren von der Treuhand in

Privatunternehmen überführt wurden, darf man außerdem nicht vergessen: Die Politik hat diese Unternehmen unterstützt, um Arbeitsplätze zu sichern. Ohne diese Fördergelder wären die Veränderungen in der damaligen Zeit noch viel dramatischer vonstattengegangen. Ein erfolgreiches Beispiel für ein Unternehmen, das durch die Treuhand privatisiert worden ist und heute global agiert, ist Jenoptik.

Der demografische Wandel und der mit ihm einhergehende Fachkräftemangel wird es mittelständischen ländlichen Unternehmen möglicherweise noch schwerer machen. Was kann man tun?

Ganz wichtig ist die digitale Infrastruktur! Der Ausbau des Glasfasernetzes und die Versorgung mit 5G-Mobilfunk sind eine riesige Baustelle und nicht nur für die hochproduktiven innovativen Unternehmen wichtig, sondern beispielsweise auch für das Gastgewerbe. Viele Maschinen in den Industrie- und Handwerksbetrieben werden über das Internet gewartet. Letztlich geht es darum, als Standort attraktiv zu sein. Neben einer ausreichenden Internetverbindung sind auch Infrastrukturen der Nahversorgung und Mobilität wichtig, um Fachkräfte zu binden. Die Infrastruktur der Städte kommt mehr und mehr an ihre Grenzen, sie ist außerdem im ländlichen Raum viel kostengünstiger. Am nachhaltigsten wäre es, Hochschulen und öffentliche Verwaltungsstrukturen in den ländlichen Raum zu verlegen: Wenn genügend Menschen vor Ort sind, können Infrastrukturen erhalten oder auch neue Mobilitätskonzepte wie autonomes Fahren getestet werden.

Vielen Dank für das Gespräch!

Das Interview führte Juliane Mante.

SERVICE:

Weitere Informationen zur Studie des IWH unter www.iwh-halle.de/publikationen

Foto: DIHK



Petra Köpping ist Sächsische Staatsministerin für Gleichstellung und Integration.
www.smgi.sms.sachsen.de

Frau Köpping, was würde passieren, wenn man der Empfehlung von IWH-Chef Reint Gropp folgen würde, die städtische Wirtschaft Ostdeutschlands zu lasten der ländlichen zu fördern?

Das haben wir ja nach der letzten Bundestagswahl gesehen, bei der die AfD einen so starken Zulauf erhalten hat. Ich habe in vielen Gesprächen gehört: Wir sind eine abgehangene Region, wir sehen hier keine Perspektiven für uns. Die Menschen verlieren das Vertrauen in ihre Regionen und in die Politik und wählen Parteien, von denen sie noch nicht enttäuscht wurden – das ist eine verständliche Reaktion. Um dem entgegenzuwirken, muss auch die ländliche Wirtschaft weiter gefördert werden.

Haben die Empfehlungen ökonomisch gesehen nicht auch eine gewisse Logik?

Wir müssen aufhören, Stadt und Land gegeneinander auszuspielen. Wir brauchen Partnerschaften zwischen Stadt und Land, von denen beide Seiten etwas haben: Dass beispielsweise die Stadt die Trägerschaft für Infrastrukturen im ländlichen Raum übernimmt, zum Beispiel für Kindergärten oder den öffentlichen Nahverkehr, und im Gegenzug von der Naherholungsfunktion des ländlichen Raums oder günstigeren Mieten und Immobilienpreisen profitiert. Ein Beispiel ist Hannover, das mit seinem Regionalverbund das Nahverkehrsnetz im Umland mitfinanziert. Auch eine Land-Land-Kooperation macht vor, wie es gehen kann: Die Gemeinde Lippendorf in Sachsen hat erhebliche Gewerbesteuer-einnahmen und Sponsorengelder durch das ortsansässige Kohlekraftwerk. Diese Einnahmen teilt die Gemeinde mit den umliegenden Ortsteilen.

Was macht man aber mit Regionen, in denen die nächste Großstadt weit entfernt ist?

Hierfür braucht es zum Beispiel Partnerschaftskonzepte zwischen zwei Metropolen, die den ländlichen Raum dazwischen in den Blick nehmen und mit entwickeln. Man kann auch Teile der öffentlichen Verwaltung in die ländlichen Räume verlegen, wie in letzter Zeit häufig diskutiert, aber das reicht nicht. Was insgesamt fehlt, ist der Mut, in abgelegenen Regionen auch einmal Visionen umzusetzen. Etwa in der Oberlausitz an einem der entstandenen Seen nach der Flutung der Tagebaue eine neue Modellstadt zu bauen, die so aufgebaut ist, dass junge Menschen in ihr leben wollen, die Breitbandversorgung hat, CO₂-neutral ist und komplett ökologisch gebaut; und die gleichzeitig neue Ansätze erprobt, wie das autonome Fahren. Dort würden sich auch innovative Start-ups ansiedeln, die Arbeitsplätze schaffen und zum Aufbau der weiteren Infrastruktur beitragen, die die Attraktivität des Umlandes erhöhen. Dreiskau-Muckern, mittlerweile ein Ortsteil der Gemeinde Großpößna bei Leipzig, wurde beispielsweise aufgrund von Tagebauplänen in den 1980er-Jahren nach und nach umgesiedelt. Der Tagebau wurde nach der Wende aufgegeben und man hat es geschafft, den Ort komplett an seiner früheren Stelle neu wiederaufzubauen inklusive der notwendigen Infrastruktur, sodass er heute wieder um die 500 Einwohner hat. Mit einem Durchschnittsalter von 35 Jahren war es dann im Jahr 2000 das jüngste Dorf Deutschlands. Die Aufbruchsstimmung, die die Menschen damals spürten, weil man ihnen wieder eine Perspektive und Handlungsmöglichkeiten vor Ort gab, brauchen wir wieder, das hat etwas mit den Menschen gemacht.

Vielen Dank für das Gespräch!

Das Interview führte Juliane Mante.

”

Es braucht mehr Mut für Visionen.“



Bewirkt Digital Farming mehr Umweltschutz?



Dr. Knut Ehlers leitet beim Umweltbundesamt (UBA) das Fachgebiet Landwirtschaft.

Die Landwirtschaft wird zunehmend präziser: Mithilfe von Sensoren und digitalen Karten ist es mittlerweile möglich, Flächen auf kleinem Raum unterschiedlich zu düngen oder mit Pflanzenschutzmitteln zu behandeln. Das ist gut für die Ernte und die Umwelt. Oder?

Was hat eine digitale Landwirtschaft mit Umweltschutz zu tun?

Schneider: Das gesamtgesellschaftliche Thema Digitalisierung betrifft die Landwirtschaft in besonderem Maße, denn damit geht das Versprechen einher, dass durch mehr Effizienz und Optimierung auch die Umwelt profitiert oder ein verbessertes Tierwohl erreicht werden kann.

Ehlers: Die digitale Landwirtschaft bietet dafür sicherlich große Chancen, wird aber ebenso sicher nicht alle Probleme wie von Zauberhand lösen. Letztlich ist sie nur ein Werkzeug und führt nicht zwangsläufig zu mehr Umwelt- und Naturschutz. Dazu ist eine klare externe Zielvorgabe nötig.

Also müsste sich der Fokus im gesellschaftlichen Dialog ändern?

Schneider: Die Digitalisierung schreitet in allen Bereichen der Landwirtschaft voran: von der Datenerfassung, -verarbeitung und -übertragung, über Präzisionslandwirtschaft bis zu Transparenz und Sicherheit in der Wertschöpfungskette. Bevor wir uns aber mit technischen Details auseinandersetzen, braucht es auf einer übergeordneten Ebene die Klärung der Frage, welche Art von Landwirtschaft wir zukünftig wollen und wie Digitalisierung dazu beitragen soll.

Aber es gibt doch bereits eine Biodiversitätsstrategie, den Aktionsplan nachhaltiger Pflanzenschutz, bald eine Ackerbaustrategie und das Ordnungsrecht.

Ehlers: Trotzdem begleiten uns seit Jahrzehnten im Wesentlichen die gleichen Umweltprobleme, die nach wie vor ungeklärt sind oder häufig noch nicht einmal ansatzweise entschärft wurden. Der Verlust der Artenvielfalt in der Agrarlandschaft, wozu ich auch das Insektensterben zähle,

oder zu hohe Nitratgehalte im Grundwasser sind zwei Beispiele für solche, seit Langem ungelöste Probleme. Es besteht daher weiterhin politischer Handlungsbedarf, den ich insbesondere im Ordnungsrecht und bei der Ausrichtung der Landwirtschaftssubventionen sehe. Wenn diese beiden Bereiche klare Zielvorgaben machten, könnte die Digitalisierung ein wertvolles Mittel zum Zweck sein, um die Ziele zu erreichen.

Gleichzeitig erheben Landwirte bundesweit zunehmend mehr Daten und setzen immer mehr digitale Methoden ein.

Ehlers: Ja, und dass die Daten digital erhoben werden, kann den bürokratischen Aufwand für landwirtschaftliche Betriebe reduzieren, beispielsweise bei ihren Berichtspflichten, bei Kontrollen und Vollzug – und so zu mehr Akzeptanz für Auflagen von Umwelt- und Naturschutz beitragen.

Schneider: Die Landwirtschaft bemängelt zunehmend lauter, dass die Subventionsvergabe zu unübersichtlich ist und Umweltauflagen nur schwer nachvollziehbar seien. Dafür gibt es mittlerweile digitale Lösungen. So prüfen Pflanzenschutzassistenzsysteme in Echtzeit, ob gesetzlich vorgeschriebene Gewässerabstände eingehalten werden oder eingesetzte Mittel mit den Auflagen konformgehen. Es wären auch die technischen Grundlagen vorhanden, um landwirtschaftliche Gemeinwohlleistungen sichtbar zu machen. Dazu müsste aber klar sein, wem welche Daten gehören und unter welchen Bedingungen Landwirte sie beispielsweise an Wissenschaft und Behörden weitergeben. Über die einzelbetriebliche Digitalisierung hinaus böte die Nutzung von kombinierten regionalen Daten gute Möglichkeiten, um Agrarökosystemzustände zu erfassen, Stichwort Big Data.



Dr. Christian Schneider ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im UBA; im vergangenen Jahr hat er einen Stakeholder-Dialog zum Thema „Digital Farming – Chancen für eine umweltfreundliche Landwirtschaft“ begleitet.
www.uba.de



”

Digitalisierung führt nicht zwangsläufig zu mehr Umwelt- und Naturschutz in der Landwirtschaft.“

Precision Farming gibt es schon seit einigen Jahren. Haben sich die Umweltwirkungen der Landwirtschaft im Zuge der Digitalisierung verändert?

Schneider: Karl Falkenberg, der ehemalige Umwelt-Generaldirektor der europäischen Kommission, hat vor einigen Jahren den Schluss gezogen, dass Präzisionslandwirtschaft nicht dazu geführt hat, umweltfreundlichere Agrarsysteme zu schaffen. Auch grundsätzlich kann man sagen, dass es für viele der heutigen Umweltprobleme der Landwirtschaft keine betrieblichen digitalen Lösungsansätze gibt. So lässt sich beispielsweise weder das Problem zu hoher Nährstoffeinträge durch hohe Viehbesatzdichten noch das eines steigenden Dünger- und Pestizideinsatzes bei zu engen Fruchtfolgen digital lösen. Der Fokus von digitalen Methoden liegt gegenwärtig auf der Effizienzsteigerung. Positive Umweltwirkungen sind nachgeordnet und lediglich willkommene Begleiterscheinungen.

Ehlers: Die Digitalisierung führt recht rasch zu Effizienzsteigerungen. Das ist gut, aber diese gehen nicht automatisch mit einem vermehrten Umwelt- und Naturschutz einher. Vielmehr besteht die Gefahr, dass sie durch sogenannte Reboundeffekte neutralisiert werden: So kann man zwar über eine

verbesserte Futtereffizienz die Stickstoffausscheidung pro Tier reduzieren, wenn man aber im Zuge der Effizienzsteigerung mehr Tiere hält, wird schlussendlich unter Umständen sogar mehr Stickstoff über Wirtschaftsdünger wie Gülle in die Umwelt eingetragen. De facto entweicht auch heute noch viel zu viel Stickstoff in die Umwelt – trotz der Steigerung der Stickstoffeffizienz in der Vergangenheit.

Was könnte Landwirte dazu bewegen, bei digitalen Verfahren Umwelt- und Naturschutzanliegen stärker einzubinden?

Schneider: Ein Landwirt wird schauen, wofür digitale Prozesse im Betrieb dienen sollen und sich fragen, ob es sich lohnt, diese einzusetzen. Denn mit der Einführung neuer digitaler Systeme geht immer auch ein großes finanzielles Risiko einher. Damit Landwirte über Effizienzsteigerungen hinaus ein Interesse daran haben, die Umweltwirkungen ihres eigenen Handelns zu verbessern, müssen Anreize geschaffen werden, indem beispielsweise Subventionen an den Nachweis einer verbesserten Umweltwirkung geknüpft sind oder indem der Verwaltungsaufwand reduziert wird.

Wie könnte eine solche Digitalisierung im Sinne des Umweltschutzes aussehen?

Ehlers: Im Bereich Pflanzenschutz wird es wohl recht schnell zu Effizienzsteigerungen kommen. Das heißt, es müssen weniger Pflanzenschutzmittel eingesetzt werden um den gleichen Effekt zu erzeugen. Das ist gut, wird aber nicht das Problem lösen, dass mehr als ein Drittel der Ackerwildkräuter gefährdet sind, weil auch der effizientere Pflanzenschutz das Ziel hat, unerwünschte Beikräuter auf dem Feld zu bekämpfen. Sinnvoll wären selbstbegrünte Flächen, also solche, die sich selbst überlassen werden. Mittels Precision Farming wird es möglich, solche Flächen beim Ackerbau zu schonen – das kann beispielsweise auch für Biotopin-seln innerhalb der Äcker funktionieren. Mithilfe solch digitaler Fernerkundungsverfahren könnten empfindliche Bereiche ein-

gemessen und Landwirte über Mittel der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU dafür honoriert werden, wenn sie die bei Aussaat, Pflanzenschutz und Düngung aussparen. Wenn das Verfahren für den Landwirt dann auch noch über die entsprechende Förderung finanziell attraktiv ist, kann die Digitalisierung positive Effekte auf die Umwelt bewirken.

”

Eine agrarstrukturelle Transformation vollzieht sich nicht einfach so durch digitale Technik, sondern sie muss gesteuert werden.“

Schneider: Umweltschutz muss in die Algorithmen! Die Verfahren müssen standortspezifisch sein und einen optimalen Ertrag beispielsweise mit dem Erhalt von ökologischen Nischen für Tiere und Pflanzen verbinden. Optimierung bedeutet also mehr als Ertragsmaximierung und Betriebsmitteleinsparung. Wir brauchen eine agrarstrukturelle Transformation, die durch Digitalisierung unterstützt wird. Dieser Wandel vollzieht sich nicht einfach so durch digitale Technik, sondern muss gesteuert werden. Dann kann Digital Farming sehr wohl die Umweltwirkung der Landwirtschaft verbessern.

Vielen Dank für das Gespräch!
Das Interview führte Anja Rath.

Von Landengeln und Dorfkümmernern

Wohnraum, Fahrdienste und medizinische Versorgung: Die Stiftung Landleben hilft, den ländlichen Raum im Norden von Thüringen für alle Generationen lebenswert zu gestalten. [VON SABRINA STRECKER]



Wer in Jürgen Ehrlichs Bus steigt, hat meist ein Lächeln auf den Lippen. Der 72-Jährige bringt Menschen aus der Dorfgemeinschaft Seltenrain zum Einkaufen oder zum Arzt, wenn sie nicht mehr mobil sind. Für viele sei die Rente zu knapp, um in solchen Fällen ein Taxi zu bestellen, sagt er. Beim Bürgerfahrdienst engagiert sich Ehrlich seit drei Jahren. Er trug außerdem dazu bei, dass es das Angebot überhaupt gibt: 30 Jahre lang war er Bürgermeister in Sundhausen, das rund 40 Kilometer von Erfurt entfernt liegt. Gemeinsam mit den Bürgermeistern der Seltenrainer Nachbargemeinden Blankenburg, Kirchheiligen und Tottleben stellte er sich den Problemen im ländlichen Raum: Sie gründeten die unabhängige und gemeinnützige Stiftung Landleben. Damit wollen sie die Region in den Heilinger Höhen für Jung und Alt lebenswert machen – indem sie altersgerechten Wohnraum schaffen, Bildung ermöglichen und Umweltprojekte sowie Heimatpflege fördern.

Häusertausch leichtgemacht

Die Stiftung Landleben gibt es seit 2011. Als Grundstockvermögen brachten die Gemeinden damals eigene Ländereien und Häuser in die Stiftung ein. Grund und Boden, auf dem sie auch ihre erste Idee realisieren konnten: das altersgerechte Wohnen. In den Dörfern Sundhausen, Kirchheiligen und Blankenburg ließen sie dafür acht barrierefreie Bungalows bauen. Das finanzierten sie aus Fördermitteln vom Thüringer Landesamt für Landwirtschaft und Ländlichen Raum sowie aus Krediten, die über die Mieten abgegolten werden. Sobald die Senioren umsiedelten, bezogen junge Familien die freiwerdenden Häuser. Zusätzlicher Wohnraum entstand auch in historischen Gebäuden, die von der Stiftung saniert wurden. Seit 2018 gibt es beispielsweise zwei Wohnungen in der im Jahr 1829 erbauten Alten Schule in Kirchheiligen.

Ein weiterer Meilenstein: 2011 wurde die Grundschule in Kirchheiligen geschlossen – 2014 von der Stiftung wiedereröffnet. Als eine der kleinsten Schulen Thüringens ist sie heute bis zur vierten Klasse besetzt. Getragen wird sie vom Thepra Landesverband, einem freien Träger der Jugendhilfe und Sozialarbeit unter dem Dach des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Um die

Wünsche der Kinder zu erfüllen, lädt die Stiftung außerdem einmal im Jahr zum Crosslauf ein. Dabei erlaufen die kleinen Dorfbewohner Spenden für die Schule, die Kindergärten oder die Kindersportgruppe.

Auch ein Schwimmbad hielten die Gemeinden über die Stiftung aufrecht, eine stillgelegte Eisenbahn im Kleinformaat verwandelten sie in eine Pension. Und wer Fragen zu amtlichen Angelegenheiten hat, Beratung braucht oder einen Termin beim Facharzt vereinbaren möchte, kann zur Dorfkümmernin gehen. Sie ist im Auftrag der Stiftung in den Dörfern unterwegs und hat täglich zwei Stunden lang Sprechzeiten – jeden Tag in einem anderen Ort.

Die Vision: Ein großes Versorgungszentrum

Der Bürgerfahrdienst, für den Jürgen Ehrlich unterwegs ist, gehört zum größten Projekt – dem Landengel. Damit ist die Stiftung in mehreren Bereichen unterwegs. In Kooperation mit der Landfactor, einem kleinen landwirtschaftlichen Unternehmen, ermöglicht sie beispielsweise den Grundschulern der Region außerschulisches Lernen in Produktionsanlagen und auf Streuobstwiesen. Und sie will noch mehr schaffen: „Wir wollen ein patientenorientiertes Gesundheits- und Versorgungszentrum errichten und medizinische, therapeutische und pflegerische Angebote besser miteinander vernetzen“, sagt Christopher Kaufmann. Der 32-Jährige leitet das Projekt seit Ende 2016 hauptamtlich, ist gelernter Krankenpfleger und studierte Gesundheits- und Pflegemanagement. Gerade ist er mit einem großen Pflegeverband und anderen Ärzten im Gespräch, um die therapeutische, fachärztliche und hausärztliche Versorgung in einem sogenannten Landambulatorium unter ein Dach zu bringen. „Hier findet man eine koordinierte und kontinuierliche Versorgung aus einer Hand: Man hat einen Termin beim Hausarzt und kann noch zum Friseur oder Einkaufen gehen. Ehrenamtliche fahren die Personen hin und bringen sie wieder nach Hause.“

16 Kooperationspartner hat das Projekt Landengel dafür schon im Boot – darunter Haus- und Fachärzte, eine Apothekerin, eine Praxis für Physiotherapie, eine Hebamme und eine Psychologin. In diesem Jahr sollen es



noch mehr werden. Der Vorteil für die Partner: Sie können die Versorgung besser regeln, mit Ärzten in anderen Regionen Thüringens ein Netzwerk aufbauen und sich schneller informieren. Die Internationale Bauausstellung Thüringen unterstützt die Gestaltung des Landambulatoriums. Außerdem soll es in den Dörfern einzelne kleine Gesundheitskioske mit medizinischem Fachpersonal geben. Ziel ist, dass Landengel auf eigenständiger Basis läuft und über immer neue Projekte auch Arbeitsplätze schafft.

Aktuell finanziert die Stiftung das Projekt Landengel zu großen Teilen aus Fördergeldern, die sie über die Thüringer Aufbaubank erhält – etwa aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds zur Entwicklung des ländlichen Raums (ELER). Die Dorfkümmerein wird über die Verwaltungsgemeinschaft Bad Tennstedt bezahlt, im Rahmen eines Gemeinsamen Entwicklungskonzeptes der Region Seltenrain. Auch die an den jeweiligen Projekten beteiligten Partner bringen sich finanziell ein. Zudem gibt es weitere Einnahmen über Spenden. Das Personal für die Projekte stellt die Stiftung selbst an.

Menschen zum Mitmachen begeistern

In ihren Projekten versucht die Stiftung Landleben, den Spagat zwischen Haupt- und Ehrenamt zu finden. „Die Probleme durch die demografische Entwicklung kann nicht mehr allein nur das Hauptamt auffangen“, glaubt Kaufmann. „Auch Ehrenamtliche sollen anderen helfen können und die Versorgung vor Ort gewährleisten.“ So ist Landengel inzwischen in einem gleichnamigen Verein aufgegangen – und zählt aktuell bereits 140 Mitglieder.

Engagierte Menschen wie diese brauche es. Sie zu gewinnen, sei die größte Herausforderung: „Wir müssen die Leute ständig auf das aufmerksam machen, was wir vorhaben und welchen Mehrwert das bietet. Und wir müssen uns immer wieder neu erfinden“, sagt Kaufmann. Dabei komme es sehr auf Kontakte und Netzwerke an. „Wo haben wir Ressourcen oder Infrastrukturen, die wir nutzen können? Wie finde ich die Leute, die mitmachen wollen, die begeistert sind? Dazu muss man sich immer wieder kümmern, in die Region gehen und mit den Leuten sprechen.“

1 Dank der barrierefreien Bungalows in zentraler Lage können ältere Menschen in ihrer vertrauten Umgebung bleiben.

2 Kurz in die Gärtnerei, einkaufen oder zur Bank: Der Landengel-Bus fährt alle, die nicht mehr mobil sind.

3 In den Seltenrain-Dörfern lernen die Kinder auch außerhalb der wiedereröffneten Schule – und machen ihren eigenen Apfelsaft.

Vorbild für andere sein

Diese Arbeit trägt Früchte. „Die Menschen in der Region merken, dass sie mit ihren Problemen nicht allein gelassen werden“, resümiert der ehemalige Bürgermeister Jürgen Ehrlich. Außerdem gebe es keinen Leerstand in der Region. „Viele junge Leute interessieren sich dafür, hier zu leben. Das ist eine herrliche Sache!“ Diesen Eindruck teilt Christopher Kaufmann: „Man nimmt in der Region sehr viele junge Familien wahr, die eine Arbeit finden und auch weiterhin hier arbeiten können.“ Dass dadurch auch der Bedarf für Kindergartenplätze wächst, hat die Stiftung bereits im Blick.

Die Initiatoren der Stiftung Landleben haben noch viel vor. Klares Ziel ist es, auch langfristig zu bestehen und viele weitere Projekte für ein gutes Leben auf dem Lande umzusetzen – immer in Abstimmung mit den jeweiligen Kommunen. Die Stiftung soll zudem Ansprechpartner bieten für alle, die einen brauchen. „Es lohnt sich, weiterhin dafür zu kämpfen, den ländlichen Raum zu entwickeln“, ist Christopher Kaufmann überzeugt. Er hofft, auch über Landesgrenzen hinaus zu zeigen, wie diese Entwicklung nachhaltig und gut gelingen kann. ■



KONTAKT:

Christopher Kaufmann
Stiftung Landleben
Telefon: 036043 72040
christopher.kaufmann@stiftung-landleben.de
www.stiftung-landleben.de

Raus aus der Fläche, rein ins Netz?

In vielen ländlichen Räumen dünnen Angebote zur Nahversorgung aus – auch bei den Finanzdienstleistungen. Lassen sich geschlossene Bankfilialen kompensieren? Von Lösungen und ihren Voraussetzungen. [VON ALEXANDER CONRAD]

Der demografische Wandel, der Trend zur Digitalisierung, niedrige Zinsen und verändertes Nutzerverhalten setzen die Kreditinstitute unter Druck: Von 2007 bis 2016 ging die Anzahl ihrer Zweigstellen in Deutschland zurück – laut Deutscher Bundesbank um fast 20 Prozent, von 39 833 auf 32 026. Die Anzahl der regulären, mit Mitarbeitern ausgestatteten und Vollzeit geöffneten Filialen der Sparkassen, Genossenschaftsbanken und Kreditbanken (ohne Postbank) sank zwischen 2000 und 2015 sogar um 27 Prozent. Im internationalen Vergleich stehen die deutschen Banken sowohl bei der Filialdichte als auch bei den Filialschließungen im Mittelfeld. Die Filialdichte, also die Zahl der Bankfilialen pro Einwohner, liegt nur leicht unter dem Durchschnitt der 28 EU-Mitgliedsstaaten.

Ländliche Räume besonders betroffen

Die Filialschließungen betreffen alle drei Bankengruppen und 94 Prozent der Kreise und kreisfreien Städte. Dabei sind ländliche Regionen stärker betroffen als Städte. Denn dort trifft die Finanzdienstleister der demografische Wandel besonders: In vielen Regionen sinken die Einwohnerzahlen und mehr Kunden nutzen ausschließlich das Online-Banking. Gerade Sparkassen und Genossenschaftsbanken sind tief in den Regionen verwurzelt. Bezüglich ihrer Filialdichte unterscheiden sie sich nicht sehr stark, die Sparkassen sind allerdings gleichmäßiger über das gesamte Bundesgebiet verteilt.

Alternative Strategien beim Rückbau

Die Vorstände der Regionalbanken begründen die Filialschließungen mit vorausschauendem, verantwortungsbewusstem Handeln im Sinne der Bank. Sie bieten verschiedene Alternativen an: mobile Filialen wie Sparkassenbus oder Zasterlaster, Cashback-Systeme,

also Bargeld-Auszahlungen an der Kasse im Discounter oder beim Bäcker, oder die Beratung zu Hause. Zudem bauen sie die Angebote in der Online-Filiale aus, die von zu Hause oder per App überall erreicht werden kann.

Die Sparkassen Meißen und Oberlausitz-Niederschlesien begannen frühzeitig, Kunden und Verwaltungsräte im Rahmen von Projekten zu sensibilisieren, wie beim Projekt des Ostdeutschen Sparkassenverbandes „Herausforderung Demografie“ oder dem Modellvorhaben Regio-LAB des Bundeslandwirtschaftsministeriums. Die dabei gemachten Erfahrungen bezogen sie in die Anpassung ihrer Filialstrukturen ein. So sicherten beide Häuser die wohnortnahe Bargeldversorgung, indem sie mit dem örtlichen Einzelhandel wie Bäckern und Fleischern kooperierten. Diese bieten Sparkassenkunden nun eine limitierte Bargeldauszahlung an. Damit nahmen sie vor allem älteren, weniger mobilen Kunden die Angst davor, vom Bargeld abgeschnitten zu sein. Von dieser Kooperation profitiert auch der Einzelhandel selbst, da er seine Kunden damit stärker an sich bindet. Die Sparkasse Meißen reizte mit dem Versorgungsansatz „Grosse Emma“ den Kooperationsgedanken besonders weit aus: Sie wollte die Versorgungskosten pro Kopf tragfähig gestalten und bündelte im 800 Einwohner umfassenden Zabeltitz mehrere Dienstleister an einem Ort. Im Sinne der Sharing Economy teilen sich diese nun räumliche, technische und soziale Infrastrukturen.

16 Megabit sind notwendig

Wo welche alternativen Angebote am besten geeignet sind, darauf lässt sich keine pauschale Antwort geben. Stets müssen die regionalen Besonderheiten berücksichtigt werden. Sollen die Angebote digitalisiert werden,



ist das nur erfolgreich, wenn die Menschen den digitalen Zugang haben und nutzen können oder wollen. Verbindungen mit einer Geschwindigkeit von sechs Megabit pro Sekunde sind in Deutschland flächendeckend verfügbar – zwischen 93 und 99 Prozent der Gemeinden haben Zugang. Es gibt jedoch Gemeinden, in denen einem Teil der Bevölkerung selbst diese vergleichsweise niedrige Verbindungsrate nicht zur Verfügung steht. Videotelefonie, die eine persönliche Vor-Ort-Beratung ersetzt, ist erst ab einer Verbindung von 16 Megabit pro Sekunde realisierbar. Etwa 80 bis 93 Prozent der Menschen haben bundesweit in den Gemeinden Zugang zu dieser Verbindungsrate – sieben bis 20 Prozent nicht. Es gibt also deutlich unterversorgte Regionen, gerade in dünn besiedelten Gegenden. In etwa der Hälfte der ländlichen Regionen haben sogar mindestens 20 Prozent der Menschen keinen Zugang zu 16 Megabit.

Auch persönliche Faktoren zählen

Ob und wie Menschen digitale Angebote der Banken nutzen können oder wollen, macht folgendes Beispiel deutlich: Die Wahrscheinlichkeit, ein Online-Konto zu nutzen, steigt mit dem Grad des Einkommens, der Ausbildung, der Internetkompetenz sowie mit der Bevölkerungsdichte in der Region. Sie sinkt mit steigendem Alter. Dabei zeigen sich regionale Unterschiede, beispielweise zwischen Ost und West. In den neuen Bundesländern hängt es vor allem von der Ausbildung, der Internetkompetenz und vom Alter ab, in den alten Ländern vor allem von der Einwohnerdichte und vom Einkommen.

Voraussetzungen schaffen

Die ländlichen Regionen werden in den nächsten Jahren weiter Einwohner verlieren. Bei denen, die bleiben, wird das Durchschnittsalter weiter steigen. Auch mit weiteren Filialschließungen ist zu rechnen. Teilweise

werden die regionalen Finanzdienstleister sie über eigene – vielleicht auch innovative – Angebote auffangen. Dennoch wächst eine regionale Kluft, die durch einen entsprechenden Ausbau des Breitbandes kompensiert werden muss. Werden allerdings immer mehr Finanzdienstleistungen digitalisiert, heißt das auch: Besonders ältere Menschen und Menschen mit geringem Ausbildungsgrad in dünn besiedelten ländlichen Regionen könnten von Bankdienstleistungen als Basis gesellschaftlicher Teilhabe abgehängt werden. Für sie könnte es sinnvoll sein, den digitalen Zugang mit mobilen physischen Angeboten zu kombinieren, also mit der Beratung zu Hause oder in wohnortnahen Multifunktionseinrichtungen, mit Bargeldagenturen oder Cashback-Systemen sowie Hol- und Bringservices für Kunden. ■

SERVICE:

Dieser Beitrag basiert auf Ergebnissen des Projekts „Digitale und physische Versorgung des ländlichen Raums mit Finanzdienstleistungen“, das 2018 von der Wissenschaftsförderung der Sparkassen-Finanzgruppe e.V. gefördert wurde. Weitere Informationen finden Sie unter: www.hnee.de > Fachbereiche > Nachhaltige-Wirtschaft > Team > Prof. Alexander-Conrad > Publikationen



KONTAKT:

Prof. Dr. Alexander Conrad
Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde
Fachbereich Nachhaltige Wirtschaft
Telefon: 03334 657289
aconrad@hnee.de



Ökonomie versus Gemeinwohl?

Der Trend geht zur Schließung von Bankfilialen, vor allem in ländlichen Räumen. Wer ist stärker in der Pflicht, Alternativen zu suchen – der Staat, die Bürger oder die Regionalbanken?

”

Deutschland ist noch gut mit Bankfilialen versorgt.“

Alexander Conrad ist Inhaber der Professur für Volkswirtschaftslehre, Prodekan und Leiter des Studiengangs Regionalmanagement an der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde.
www.hnee.de

Herr Professor Conrad, welche Vorteile haben Regionalbanken, wenn sie bei Filialschließungen Alternativen anbieten? Überwiegen ihre Kosten nicht den Nutzen?

Die Kosten einer Filialschließung für die Banken lassen sich nicht pauschal benennen. Sie sind unterschiedlich, je nachdem, ob die Gebäude im Eigentum der Regionalbanken oder gemietet sind, wie lange der Mietvertrag läuft, wie die derzeitigen Kunden der Filiale künftig betreut werden sollen und was mit den Filialmitarbeitern passiert. Dies sind die direkt quantifizierbaren Kosten. Häufig müssen aber auch soziale Kosten berücksichtigt werden – Kunden müssen weitere Wege zurücklegen und verlieren Zeit, der Ortsmittelpunkt oder der soziale Raum gehen verloren. Genauso lässt sich der Nutzen alternativer Angebote nicht verallgemeinern. Mit einer mobilen Filiale etwa lässt sich in der Regel kein großer Ertrag erwirtschaften, aber sie erzeugt Nähe, Verlässlichkeit, Versorgung und Sichtbarkeit.

Inwieweit verpflichtet der öffentliche Auftrag die Sparkassen oder Genossenschaftsbanken, ausreichend Finanzdienstleistungen bereitzustellen?

Beide Institutsgruppen, aber insbesondere die Sparkassen zeichnen sich dadurch aus, dass sie über ein Regionalprinzip verfügen. Sie haben also ein großes Interesse an einer guten regionalen Entwicklung und dazu können sie durch ihre wirtschaftliche Aktivität einen Beitrag leisten. Teil des öffentlichen Auftrages der Sparkassen ist es ja auch, die Menschen der Region mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen zu versorgen. Sich einfach nur in die wachsenden, prosperierenden Räume zurückzuziehen, ist daher keine Lösung. Für mich wäre ein Mix der Versorgungswege eine gute Lösung: digitale Angebote dort, wo Menschen

einen guten Zugang zum Netz haben und diesen auch nutzen können und wollen, spezialisierte Filialen in verdichteten Räumen. In den peripheren ländlichen Bereichen gilt es, flexible und mobile Angebote aufzubauen.

Kennen Sie Beispiele, wo Regionalbanken ihre Möglichkeiten gut genutzt haben?

Die mobile Filiale wurde vielfach erprobt und weiterentwickelt – die Ostsächsische Sparkasse in Dresden hat zum Beispiel die Sparkassenbusse weiter ausgebaut. Die Sparkasse Meißen testet das Konzept des Multifunktionshauses Grosse Emma. Die Sparkasse Oberlausitz-Niederschlesien setzt auf Bargeldagenturen, bei denen sie zusammen mit Einzelhandelsgeschäften Bankdienstleistungen anbietet. Sie teilt sich zudem mit der Genossenschaftsbank Infrastrukturen – gemeinsame Automaten und gemeinsame Räume, in denen Beratung stattfinden kann.

Ist es auch die Verantwortung jedes einzelnen Bürgers, ausreichend gewappnet zu sein oder sollte die Politik stärker in die Pflicht genommen werden?

Selbstversorgungsräume wird es in Zukunft hier und dort sicher auch geben und es ist interessant zu sehen, welche Lösungen entwickelt werden, die für das gesamte Bundesgebiet interessant sein könnten. Solange aber der Grundsatz der Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen in Deutschland gilt und wir auch noch öffentliche Regionalbanken haben, sollte die Selbstversorgung nicht an erster Stelle stehen. Ich denke, dass wir – im europäischen Vergleich – insgesamt noch recht gut aufgestellt sind. Die Kennzahlen zu den „Filialen je Einwohner oder Quadratkilometer“ (siehe dazu auch Seite 50) zeigen, dass wir sehr viele Filialen haben und deshalb reduzieren können. Bei einer schwierigen Versorgungslage sollte die Politik Anreize setzen: zum Beispiel den Internetzugang und die Internetkompetenz verbessern oder die Einrichtung von Multifunktionsräumen unterstützen.

Vielen Dank für das Gespräch!

Das Interview führte Juliane Mante.

Zum Fokusthema der nächsten Ausgabe:
Der Bauer und sein Dorf

DIE POSITION

Nur Hobbybauern sind im Dorf angesehen



„

*Das Dorf wird
zum Afterwork-
Refugium
stadtflüchtiger
Wohlstands-
bürger.“*

Uwe Roth ist stellvertretender Vorsitzender des Landesverbandes für Landwirtschaftliche Fortbildung, Geschäftsführer eines Kreisbauernverbandes, des Maschinenringe Hessen e. V. und des Wasser-, Boden- und Landschaftspflegeverbands Hessens.

Der Bauer im Bilderbuch ist Garant für Familie, Bedächtigkeit, Harmonie, Beständigkeit. Ähnlich wie der röhrende Hirsch über dem Sofa, sorgt dieses Bild für Wohlgefühl: Ein friedliches Miteinander mit der Natur, hier und da ein kleiner Schlepper mit spielzeugähnlichem Anhängerge-
rät. Der Bauer, ach wie schön, aber in der freien Wildbahn seit Jahrzehnten nicht mehr gesehen.

Denn dem Bauern folgte der Landwirt. Ein Technokrat, der sich in der zunehmend mechanisierten und bildungsintensivierten Gesellschaft behaupten musste. In den 1960er-Jahren unterschied man sehr fein: Der Landwirt war Experte der Zukunft, der Bauer ein „Hinterwäldler“, der auf dem Dorf nicht mehr gerne gesehen war. Nebenan wohnend, klein, althergebracht, mit Kühen im Stall und Mist vor dem Haus wurde er den nichtbäuerlichen Dorfbewohnern zur Last. Der Landwirt zog vor die Tore des Dorfes und entlastete sie von Hahnengekräh und Mistgeruch. „Schau dir den Hans an, der hat's zu was gebracht, der hat jetzt einen Aussiedlerhof, 30 Kühe und 200 Schweine ...“ So war es bis in die 1980er-Jahre. Lernen, aufbauen, etwas schaffen – das waren Werte in der prosperierenden Nachkriegszeit.

Der Landwirt schaffte es mit Hilfe von Wissenschaft und Technik recht schnell, über 100 seiner Mitmenschen zu ernähren. Immer weniger brauchten sich Gedanken um den „vollen Teller“ zu machen. Und der Bauer? Das Relikt mit wenig gesellschaftlicher Anerkennung bewegte sich mehr oder weniger geduldet im Dorf. „Hoffentlich hört der bald auf ... der Lärm der blökenden Schafe ... noch nicht einmal ein verkehrstüchtiges Auto hat er.“

Doch das Blatt wendet sich! Lernen, aufbauen, etwas schaffen, das gilt für die Landwirtschaft nicht mehr. In einer Gesellschaft, die Wohlbewahrung, Digitalisierung, Welthandel und Internationalität in den Vordergrund stellt, entsteht der Wunsch nach Bewahrung der Ursprünglichkeit. Durch wen? Durch den Bauern!

Vergessen ist der Hinterwäldler von nebenan, das Babyschaf ist so niedlich und auch der kleine alte Trecker. Aber bitte mit wenig Tieren, sonst wird es schnell zu laut und stinkig. Überleben kann man damit nicht, aber fürs Herz und die Seele ist es gut. Der Hobbybauer, der ist ein lieber Mensch: Er ist sorgsam mit Tieren und der Natur – und das Hinterrad vom Schlepper kleiner als man selbst. Den Landwirt zwingen die Liberalisierung von Märkten und Konzentrationen im Lebensmitteleinzelhandel zu wirtschaftlichen Betriebsgrößen und betriebswirtschaftlich effizienten Arbeitsabläufen. Doch das will man im Zusammenhang mit Landwirtschaft nicht hören. Ohne Lösungen anzubieten, degradiert das Dorf den einstigen Experten zum Umweltsünder.

Gleichzeitig hochlobt es den Hobbybauern, der den Platz des ehemals belächelten Bauern einnimmt. Das Dorf, einst eine Ansammlung vieler kleiner Bauern, mutiert zunehmend zum Afterwork-Refugium stadtflüchtiger Wohlstandsbürger. Im Rahmen der von ihnen gesetzten Grenzen dürfen Hobbybauern deren Bild der Ursprünglichkeit und Beschaulichkeit erfüllen.



Stimmen Sie dem zu?

**Oder sehen Sie
es anders?**

An dieser Stelle veröffentlichen wir Ihre Leserbriefe zur Position und zu den Inhalten unseres Magazins. Schicken Sie uns Ihre Meinung per E-Mail an landinform@ble.de, per Fax oder auch gerne per Post.

Ihre LandInForm-
Redaktion

angelesen



Dorflektüre wider die Stereotypen

Ein lesenswerter Sammelband: Er will klassische Ansätze der Land- und Dorf-Soziologie an aktuelle Debatten anschließen, das gegenwärtige Interesse an dörflichen Lebenswelten aufgreifen und Lücken in der sozialwissenschaftlichen Forschung schließen. Neun Beiträge thematisieren lokale Teilhabe, Geschichtsbewusstsein und sozialen Zusammenhalt, Nachbarschaft als Ressource und den Umgang mit Schulschließungen. Eine Autorin behandelt die Multilokalität heutiger Dorfbewohner: Wie beeinflusst das Leben an mehreren Orten die Bindung zum Dorf und das dörfliche Engagement? Ein anderer Beitrag fragt nach, inwieweit „Ländlichkeit“ in umweltpolitischen Konflikten politisch konstruiert wird, auch um sich gegen städtische Entscheider zu stellen. Befunde der seit 60 Jahren laufenden Langzeitstudie „Ländliche Lebensverhältnisse im Wandel“ des Thünen-Institutes für Ländliche Räume sind die Basis weiterer Beiträge, unter anderem zu Geschlechterrollen sowie lokalpolitischen Möglichkeiten vor dem Hintergrund von Problemerkzählungen über „das“ Dorf. Gerahmt wird der Band von einer materialreichen Einführung und abschließenden Thesen zur Weiterentwicklung der Dorfforschung: Ein Dorf ist keineswegs mit einem siedlungsräumlichen Gebilde und einer sozialen Gestalt gleichzusetzen. Es entsteht, indem „individuelle und kollektive Praktiken“ es immer wieder „als soziales Gebilde“ neu erschaffen. Auch die politische Perspektive, die das Dorf häufig mit der Gemeinde gleichsetzt, wird hinterfragt, da Gemeinde und Dorf meist keine Einheit mehr darstellen. Danach ist das Dorf auch als „Konfliktfeld konkurrierender gesellschaftlicher Projekte“ zu sehen, dessen eindeutige Definition nicht nur nicht möglich, sondern von Zuschreibungen und Perspektiven der verschiedenen Akteure abhängig ist. [stk]

Annett Steinführer, Lutz Laschewski, Tanja Mölders, Rosemarie Siebert (Hrsg.): *Das Dorf – Soziale Prozesse und räumliche Arrangements*. Reihe: Ländliche Räume: Beiträge zur lokalen und regionalen Entwicklung, Bd. 5, Lit Verlag, 2019, 224 Seiten, 29,90 Euro, ISBN 978-3-643-14114-9



Neues Standardwerk zur Kulturlandschaft?

Artenverlust und Maismonokulturen für Biogas, Überdüngung und Nitrat im Grundwasser, Pestizideinsatz und Produktion für den Weltmarkt – diese Schlagworte sind uns vertraut. Ulrich Hampicke, bis 2009 Professor für Landschaftsökonomie an der Universität Greifswald, gelingt es in seinem Buch, diese komplexen Themen in den Kontext von Schutz und Nutzung der Kulturlandschaft zu setzen. Die Darstellung ist tiefgründig und das Lesen anspruchsvoll, es gibt viele Tabellen und Grafiken. Das Buch hat das Potential, wie andere von Ulrich Hampicke zuvor, ein Klassiker und Lehrbuch für kommende Generationen zu werden. Zunächst übernimmt es die Aufgabe, sowohl naturschutzfachliches als auch landwirtschaftliches Basiswissen zu vermitteln und führt gleichzeitig in die Praxis des Naturschutzes in der Kulturlandschaft ein. Erfreulich ist die folgende klare Behandlung der Hauptprobleme: der Verlust der Artenvielfalt und dass zu viel Stickstoff in die Umwelt eingetragen wird. Weiter geht es mit Böden, Pflanzenschutz, Tierhaltung, Energiepflanzen, ökologischem Landbau sowie Lebensstil und Ernährung. Dabei schafft es der Autor, auch Kontroversen wie Kritik an der konventionellen Landwirtschaft und Ernährungssicherung durch Ökolandbau aufzugreifen. Außerdem stellt er die Arbeit der Unteren Naturschutzbehörden prägnant dar und widmet dem Wald ein eigenes Kapitel.

Gelungen ist auch die Darstellung der EU-Agrarpolitik und deren kritische Diskussion. Viele Schlagworte wie „gute fachliche Praxis“ oder „Sanktionen“ werden verständlich erläutert. Das Kapitel „Lichtblicke“ ist eine Fundgrube für Erfolge und neue Ideen dazu, wie Erhaltung und Nutzung der Kulturlandschaft vereinbar sind.

Sosehr Ulrich Hampicke in seinem Buch Position bezieht gegen fehlenden politischen Willen, überbordende Bürokratie und fehlende Fortschritte in der Landschaft, sosehr ist sein Buch ein faktenschweres Bekenntnis dafür, die Landnutzung weiterzuentwickeln und mit dem Naturschutz zu versöhnen. [jaf]

Ulrich Hampicke: *Kulturlandschaft – Äcker, Wiesen, Wälder und ihre Produkte*. Ein Lesebuch für Städter, Springer-Verlag Berlin Heidelberg, 2018, 300 Seiten, Hardcover 24,99 Euro, ISBN 978-3-662-57752-3, eBook 19,99 Euro, ISBN 978-3-662-57753-0

angekündigt

Umfrage zur Sozialen Landwirtschaft in Brandenburg

Was bietet die Soziale Landwirtschaft? Welcher Mehrwert kann für landwirtschaftliche Betriebe, für Menschen mit besonderen Bedürfnissen und für ländliche Räume entstehen? Das Institut für Soziale Arbeit an der Universität Cottbus startet dazu eine Erhebung zum Angebot und Bedarf in Brandenburg und Berlin. Durchgeführt wird die Online-Umfrage in Zusammenarbeit mit der Deutschen Arbeitsgemeinschaft Soziale Landwirtschaft DASoL. Die Befragung wendet sich an landwirtschaftliche, forstwirtschaftliche und gartenbauliche Betriebe sowie soziale Organisationen und Träger in Brandenburg und Berlin. Die Teilnahme ist bis zum 30. Juni 2019 möglich. [abb]

ww3.unipark.de/uc/Soziale_Landwirtschaft_Brandenburg

Auszeichnung für Bauernfamilien

Gesucht wird die Agrar-Familie des Jahres: Der dlV Deutscher Landwirtschaftsverlag und vier weitere Agrarverlage loben einen mit 7 000 Euro dotierten Preis aus. Bewerben können sich Familien, die generationenübergreifend innovative Projekte auf ihrem Hof umsetzen oder ihren Betrieb fit für die Zukunft machen. Gute Chancen haben außerdem Familien, die durch ihre Aktivitäten das Leben im Dorf bereichern oder das Bild der Landwirtschaft in der Gesellschaft verbessern. Neben einer Eigenbewerbung sind auch Vorschläge willkommen. Bewerbungsschluss ist der 3. Juli 2019. [abb]

www.dlv.de > Presse

Vorbildliche Bioenergie-Kommunen gesucht

Eine Auszeichnung für Kommunen, die regenerative Energiequellen nutzen – das ist der Wettbewerb Bioenergie-Kommunen 2019. Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) möchte damit die Aufmerksamkeit auf Kommunen lenken, die ihre Energieversorgung auf erneuerbare Energiequellen umstellen. In die Bewertung fließt ein, ob dabei vor allem regional verfügbare land- und forstwirtschaftliche Rohstoffe sowie biogene Reststoffe genutzt werden. Ebenfalls wird berücksichtigt, ob die Kommune die Bürger an den Planungen zur Bioenergie-Nutzung beteiligt und ob sie aktive Öffentlichkeitsarbeit damit betreibt. Das BMEL vergibt dreimal 10 000 Euro an die Gewinner-Kommunen; Bewerbungsschluss ist der 15. August 2019. [abb]

www.bioenergie-kommunen.de

LandInForm

Ab sofort möchte ich **kostenlos** LandInForm – Magazin für ländliche Räume abonnieren. Bitte schicken Sie mir von jeder aktuellen Ausgabe ___ Exemplare.

☐ Ich möchte über Veranstaltungen der DVS informiert werden (Bitte E-Mail-Adresse angeben).

Einverständniserklärung (Bitte ankreuzen!)

☐ Ich bin damit einverstanden, dass die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung meine unten angegebenen personenbezogenen Daten für das kostenlose Abonnement der Zeitschrift LandInForm erfasst, speichert und von den externen Dienstleistern, die ich auf www.land-inform.de einsehen kann, eingeben, für den Versand bearbeiten und aktualisieren lässt. Ich kann mein Einverständnis jederzeit widerrufen und das Abonnement per E-Mail kündigen.

Name

Institution

Ggf. LAG-Name (LEADER)

Postanschrift

Telefon

E-Mail

Funktion des Abonnenten

Arbeitsfeld der Institution

Unterschrift

Unseren Newsletter landaktuell können Sie über www.landaktuell.de bestellen.

Sie können LandInForm auch im Internet unter www.land-inform.de bestellen.

bitte
freimachen

Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Deichmanns Aue 29
53179 Bonn

Im Fokus unserer nächsten Ausgabe:
Der Bauer und sein Dorf



Termine

4. bis 6. Juli	Deutscher Landschaftspflegetag Tagung in Göttingen	www.lpv.de/veranstaltungen.html Deutscher Verband für Landschaftspflege
9. Juli	Fachtagung Klimaschutz – Was kann die Landwirtschaft tun? Tagung in Braunschweig	www.lwk-niedersachsen.de > suche veranstaltungen Landwirtschaftskammer Niedersachsen und Thünen-Institut für Agrarklimaschutz
16. September	Risikomanagement in der Landwirtschaft Tagung in Apolda	www.aufbaubank.de/presse-aktuelles/veranstaltungen/tagung-risikomanagement-in-der-landwirtschaft Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft und Thüringer Aufbaubank
17. und 18. September	Schichtwechsel in Braunkohlerevieren* Workshop in Schöningen Infos auf Seite 9	www.netzwerk-laendlicher-raum.de/schichtwechsel DVS, LEADER-Region „Grünes Band im Landkreis Helmstedt“
12. und 13. November	Bundesweites LEADER-Treffen* Workshop in Merseburg bei Halle	www.netzwerk-laendlicher-raum.de/leadertreffen DVS

Weitere Termine finden Sie im DVS-Terminkalender auf: www.netzwerk-laendlicher-raum.de/termine

Unser Fokuscartoon

von Mele

